



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Bevölkerungsschutz

Bildung im Bevölkerungsschutz

3 | 2022



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Was muss eigentlich noch passieren?

Die Corona Pandemie, die Flutkatastrophe im Westen Deutschlands mit Schwerpunkt im Ahrtal, der Krieg in der Ukraine, eine kriegsbedingte Gasmangellage, die Folgen des Klimawandels!

All dies sind Herausforderungen, die das System des Bevölkerungsschutzes sowie des Krisenmanagements in Deutschland



Thomas Mitschke ist Leiter der Abteilung IV „Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ)“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“.

in den letzten Jahren und in der Zukunft zu bewältigen hat.

Dass hierbei das Krisenmanagement nicht immer effektiv erfolgte und Defizite im System erkennbar werden, zeigen die zahlreichen Ergebnisse zur Auswertung dieser komplexen Lagen und die breiten Bemühungen um einen Neustart im Bevölkerungsschutz.

Ich erlaube mir an dieser Stelle die Bewertung, dass das Wissen um die Defizite nicht erst seit den genannten Ereignissen vorhanden ist sondern angesichts der dichten Häufung und

erheblichen Komplexität sowie gravierenden Folgen dieser Lagen nochmals offensichtlich wurde.

Ob aus dem Wissen und den Erkenntnissen der Auswertungen auch konkrete und nachhaltige Konsequenzen gezogen werden, die in konkreten Maßnahmen münden, bleibt wiederum abzuwarten.

Erkennbar wird bei den Bemühungen um die Optimierung des Systems wiederum eine Fokussierung auf die Maßnahmen der Bewältigung solcher Lagen.

Wünschenswert und notwendig wäre eine deutlichere Konzentration auf die Maßnahmen der Verhinderung, Vermeidung und Vorsorge von und auf Krisen und Katastrophen dieses Ausmaßes. Dies schließt die personellen und finanziellen Investitionen in die Phasen der „Prevention und Preparedness“ des Risiko- und Krisenmanagementzyklus ausdrücklich mit ein.

Hiervon betroffen ist aus meiner Sicht wiederum der Aspekt der Bildung als beste Krisen- und Katastrophenvorsorge. Alle politisch und fachlich Verantwortlichen müssen sich die Frage stellen, ob zur Verbesserung des Systems dem Aspekt der Bildung ausreichend Bedeutung beigemessen wird und ob man für die Bildung die notwendigen Rahmenbe-

dingungen schafft und ihr und den Bildungseinrichtungen die erforderliche „Luft zum Atmen“ gibt.

Ein wesentlicher Aspekt zur Vermeidung der erkannten Defizite ist die Einführung verbindlicher und zwischen den Akteuren und den Bildungseinrichtungen einvernehmlich abgestimmter sowie standardisierter Qualifizierungen im Rahmen der Aus- und Fortbildung. Dies gilt vor allem für die Qualifizierung der politisch und unmittelbar Verantwortlichen sowie der Führungskräfte auf allen Ebenen und in allen relevanten Bereichen im Sinne eines zu schaffenden integrierten Bildungssystems.

Im Kern geht es um lebenslanges Lernen zum Aufbau und Erhalt der notwendigen Handlungskompetenzen. Angesichts der enormen Herausforderungen für die Verantwortlichen und die gravierenden Folgen beim Versagen, gelingt der Aufbau dieser Kompetenzen nur durch nachhaltige Aus- und Fortbildung sowie ständiges Training und Übung.

Wünschenswert wäre es sicherlich, wenn es zur Erreichung dieser Ziele keiner „Vorgaben“ bedarf, sondern Verantwortliche und Führungskräfte sich aus eigenem Interesse sowie Antrieb hierfür aus- und fortbilden. Allein die Ausbildungsrealität und die wiederholt erkennbaren Defizite machen deutlich, dass wir zur Optimierung des Systems Bevölkerungsschutz sowie des Krisenmanagements mehr Verbindlichkeit und Standardisierung brauchen.

Lassen Sie uns im Bildungswesen des Bevölkerungsschutzes gemeinsam an diesem Ziel arbeiten, damit wir zum Schutz unserer Bevölkerung die genannten Zielgruppen für die nächsten Herausforderungen in der Breite und Tiefe bestmöglich handlungsfähig machen.

Es muss nicht mehr passieren, um die Einsicht in diese Notwendigkeit zu erlangen.

Die auf die Bildungsarbeit bezogenen Artikel in diesem Heft zeigen konkret, welche Bedeutung und welchen Stellenwert die Bildung im Rahmen der Vorsorge und Verhinderungen von Katastrophen und Krisen hat. Aus dem Wissen um diese Aspekte muss jedoch bei jedem Einzelnen die Einsicht und der Wille zur eigenen Qualifizierung erfolgen. Nutzen Sie in diese Sinne bereits jetzt aus eigenem Antrieb das Aus- und Fortbildungsangebot der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung im Ahrtal, das sich gerade nach der Flutkatastrophe auf Ihren Besuch wie wir auch sehr freut.

Ihr

Thomas Mitschke



BILDUNG IM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Wandel der Bildung im Bevölkerungsschutz – Sachstand und Ausblick der neuen Bundesakademie	2
Das Bildungswesen in Deutschland – eine Ressource für die Krisenbewältigung?	7
Ausbildung zur Zivilen Verteidigung und im Zivilschutz	11
Digitale Lernangebote Online- und Blended-Seminare, Lernmanagementsystem, Web-Based-Trainings und 3D-Akademie	14
Lebensader Verkehr Pilotseminar an der BABZ zu aktuellen Entwicklungen im Sektor Verkehr: Schutz Kritischer Infrastrukturen, Notfallvorsorge, Sicherstellung von Verkehrsleistungen	16
Mobilität im Zivil- und Katastrophenschutz	18
Aufbau eines Netzwerkes zur Pädagogik im Bevölkerungsschutz	21

EHRENAMT

Engagement im Bevölkerungsschutz in die Zukunft denken Eine Metaperspektive auf Forschung und Praxis	23
---	----

MEDIZINISCHER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Inside 6. Kleeblatt Das BBK hat mit dem GMLZ für die Übernahme von Patientinnen und Patienten aus dem Ukrainekrieg die Rolle eines 6. Kleeblattes übernommen	27
---	----

SELBSTSCHUTZ

Langsam besser vorbereitet? Neue Eindrücke aus der Evaluation der Informationskampagne Selbstschutz	30
--	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	37
Technisches Hilfswerk	39
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	42
Deutscher Feuerwehrverband	45
Deutsches Rotes Kreuz	46
Johanniter-Unfall-Hilfe	47
Malteser Hilfsdienst	48
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	50

RUBRIKEN

Nachrichten	52
Impressum	52

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	53
--------------------------------	----

Wandel der Bildung im Bevölkerungsschutz – Sachstand und Ausblick der neuen Bundesakademie

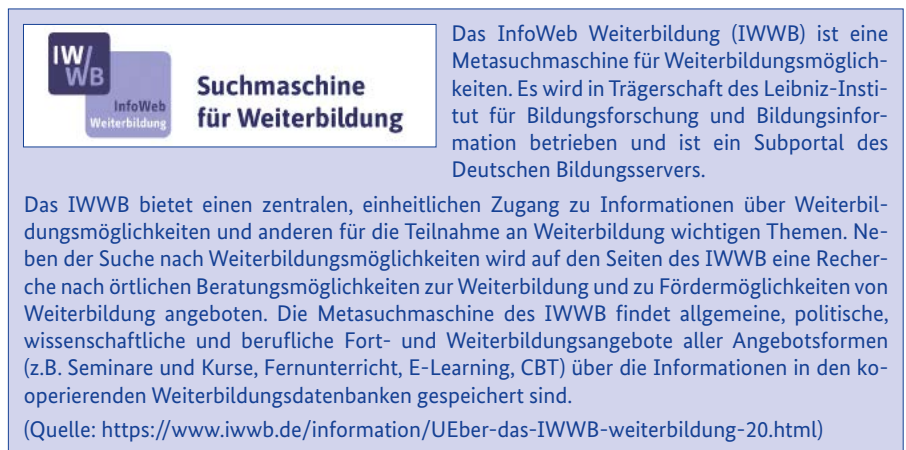
„Als Mitte März 2020 innerhalb weniger Tage alle Bildungseinrichtungen in Deutschland – von Kindergärten bis Universitäten und Instituten der beruflichen Aus- und Fortbildung ihre Pforten schlossen, war sofort klar: Bildungseinrichtungen sind systemrelevante Infrastrukturen.“ Dies ist ein Zitat aus unserem Beitrag im Bevölkerungsschutzmagazin vor zwei Jahren. Eine wichtige Erkenntnis war damals, dass flächendeckende Schließungen und langanhaltendes Aussetzen von Bildungsangeboten als nicht haltbare Optionen identifiziert wurden. Nicht nur wir postulierten, in einem „New Normal“ in der Bildung im Bevölkerungsschutz angekommen zu sein, in dem die Erweiterung von Bildungsangeboten in den Digitalen Raum verstetigt werden sollte. Doch wie sieht es nun aus mit der Bildung im Bevölkerungsschutz? Ist die Digitalisierung für den Wandel ausreichend? In was für einem „New Normal“ bewegen wir uns? Wo steht die Bundesakademie und wo bewegt sie sich hin?

Thomas Mitschke und Kathrin Stolzenburg

Ende 2022 blicken wir zurück auf unzählige Coronawellen, die in den letzten 2,5 Jahren teils verheerende Naturereignisse wie die Flut im Westen Deutschlands, diverse Wald- und Moorbrände sowie Dürre überlagerten. Russland hat die Ukraine überfallen und lässt seine Soldaten morden, foltern, vergewaltigen und plündern. Die Flüchtlingswelle aus der Ukraine trifft zusammen mit einer Wiederrückkehr der Flüchtlingsmigration aus Afrika und dem Nahen Osten. Viele Kommunen in Deutschland sehen sich am Ende ihrer Kapazitäten. Die hybride Kriegsführung Russlands führt auch zur Verknappung von Lebensmitteln und Dünger, was wiederum massive Auswirkungen auf die Versorgung von Menschen im Globalen Süden hat. In Europa kommt es darüber hinaus zu einer Verknappung von Energieträgern. Ob es in der Folge im Winter 2022/2023 auch zu lokalen, rollierenden Stromabschaltungen kommt, kann von Experten nicht ausgeschlossen werden.

Wir sind damit als Gesellschaften grundsätzlich aber auch in der Bildung im Bevölkerungsschutz im Besonderen in einem „New Normal“, das sich nicht mehr nur auf die Digitalisierung von Bildungsangeboten beziehen kann wie wir das 2020 vermuteten. Die multiplen Lagen zeigen, dass klassische Abläufe der Bildung neu überdacht werden müssen. Bisher wurden nach Ereignissen Lessons Learnt

und Best Practices erhoben, bewertet und bildungsrelevante Ableitungen in Curricula überführt. Wenn die Ereignisse aber langanhaltend sind, sich gegenseitig überlagern oder auch in schneller Folge auftreten – all das war die



Das InfoWeb Weiterbildung (IWWB) ist eine Metasuchmaschine für Weiterbildungsmöglichkeiten. Es wird in Trägerschaft des Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation betrieben und ist ein Subportal des Deutschen Bildungsservers.

Das IWWB bietet einen zentralen, einheitlichen Zugang zu Informationen über Weiterbildungsmöglichkeiten und anderen für die Teilnahme an Weiterbildung wichtigen Themen. Neben der Suche nach Weiterbildungsmöglichkeiten wird auf den Seiten des IWWB eine Recherche nach örtlichen Beratungsmöglichkeiten zur Weiterbildung und zu Fördermöglichkeiten von Weiterbildung angeboten. Die Metasuchmaschine des IWWB findet allgemeine, politische, wissenschaftliche und berufliche Fort- und Weiterbildungsangebote aller Angebotsformen (z.B. Seminare und Kurse, Fernunterricht, E-Learning, CBT) über die Informationen in den kooperierenden Weiterbildungsdatenbanken gespeichert sind.

(Quelle: <https://www.iwwb.de/information/UEber-das-IWWB-weiterbildung-20.html>)

Abbildung 1: Das InfoWeb Weiterbildung ist eine Suchmaschine für die Weiterbildung.

letzten Jahre der Fall – dann kann die Adaptation von Bildungsinhalten nicht erst im Anschluss geschehen. Der aktuell hohe Beratungsbedarf zur Absicherung der Funktionsfähigkeit bei Stromausfall verdeutlicht das gut. Bevölkerungsschützer, Bevölkerung und politische Entscheidungsträger müssen also nicht mehr nur aus sondern vornehmlich IN Krisen lernen.

Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz wie der BABZ des BBK kommt hierin nun eine besondere Bedeu-

tung zu. Das vernetzte Vorgehen bis hin zu einer organisationsübergreifenden Harmonisierung ausgewählter Bildungsinhalte sind sicher wichtige, erste Schritte. Dazu gehört auch ein gezieltes Bildungsmarketing, um die bestehenden Angebote sichtbar und damit auch nutzbar zu machen. Ein integraler Schritt wäre eine digitale Plattform zur passgenauen Weiterbildungssuche im Bevölkerungsschutz. Ob das bestehende InfoWeb Weiterbildung (IWWB, siehe Abbildung 1), in dem bislang kaum Schulen des Bevölkerungsschutzes beteiligt sind, die Basis sein könnte, ist eine noch nicht beleuchtete Frage.

2020 wurden durch uns erste zu ergreifende Schritte skizziert, um die Chancen des – damaligen – „New Normal“ für die Bildung im Bevölkerungsschutz nutzbar zu machen. In Tabelle 1 ist diesen Schritten der Stand 2022 gegenüber-

gestellt. Es zeigt sich: Viele Maßnahmen wurden angestoßen oder auch schon ergriffen. Das ist durchaus positiv und bestätigt, wie beschleunigt die Entwicklung in der Digitalisierung auch für die Schulen im Bevölkerungsschutz war.

Das gilt auch – vielleicht sogar insbesondere – für die Bundesakademie. Mit der 2020 eingeleiteten Neuausrichtung des BBK wurden auch viele Meilensteine für die BABZ neu gesetzt. Darunter fällt zum Beispiel die Stärkung der Bildungseinrichtung als zentrale Einrichtung des Bundes für die Bildung im Bevölkerungsschutz, welche auch durch die Umbenennung in Bundesakademie unterstrichen wird.

Herausfordernd bleibt eine Umstrukturierung einer Einrichtung mitten in den dynamischen Ereignissen. Mitarbeitende der BABZ waren aufgrund ihrer Expertise nicht

Schritte 2020	Feststellung Umsetzung 2022 mit Fokus BABZ (kein Anspruch auf Vollständigkeit)
<p>Bildung im Bevölkerungsschutz und der Bildungswillen insbesondere ehrenamtlicher Bevölkerungsschützer müssen auf die politische Agenda gebracht werden</p>	<p>Das Ehrenamt in Deutschland – im Bevölkerungsschutz aber auch grundsätzlich – ist stärker auf die politische Agenda gerückt. Dies bildet sich in den politischen Willenserklärungen ab (z. B. Koalitionsvertrag 2021-2025 und auch in den Leitlinien: „Unser Land gegen Krisen und Klimafolgen wappnen - Neustart im Bevölkerungsschutz des BMI“). Das zeigt sich aber auch an konkreten Umsetzungen, wie der Arbeit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. BBK und spezifisch die BABZ sowie natürlich viele andere Organisationen auch bemühen sich nicht nur, über ihre Netzwerke zur politischen Bewusstseinsbildung beizutragen. Darüber hinaus werden durch die Bildungseinrichtungen Veranstaltungsformate angeboten, die für politische Entscheider offen sind oder sich direkt an sie wenden, um ihnen die Leistungsfähigkeit aber auch Bedarfe unseres Systems des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz zu vermitteln.</p> <p>Über den Ausbau des Netzwerkes Bevölkerungsschutzpädagogik und die Stärkung des Workshops für Leitende von Behörden erhoffen wir uns die Stärkung unserer gemeinsamen Stimme zu Bildung und Ehrenamt. Ohne die Zuweisung erforderlicher Ressourcen und Schaffung der Verbindlichkeit für Aus- und Fortbildungen z. B. für Schlüsselpersonal im Bevölkerungsschutz wird dieser Schritt jedoch nur begrenzt umsetzbar verbleiben.</p> <p>Umsetzungsstand: begonnen</p>
<p>Der zentrale Stellenwert pädagogischer Ziele, Qualitätsstandards und Werte für die Bildung muss im Kontext einer Bevölkerungsschutzpädagogik in ihrer Bedeutung für den Bevölkerungsschutz kontinuierlich herausgestellt werden</p>	<p>Das Netzwerk Bevölkerungsschutzpädagogik wird gestärkt.</p> <p>Viele Schulen im Bevölkerungsschutz bieten didaktische Module an. Auch die BABZ tut das und hat 2022 ihr Angebot erweitert. Workshops zur Didaktik im Bevölkerungsschutz stehen allen Gastdozierenden offen. Um insbesondere ehrenamtlich Tätigen eine Teilnahme zu ermöglichen, gibt es auch digitale Angebote. Ein Ziel ist, eine modular aufgebaute Zertifizierung für Dozierende im Bevölkerungsschutz anzubieten.</p> <p>Umsetzungsstand: begonnen</p>
<p>Erarbeitung einer Fach- bzw. Handlungsfelddidaktik für die Aus- und Fortbildung im Bevölkerungsschutz</p>	<p>Es stellte sich bezüglich einer Fachdidaktik noch signifikanter Forschungsbedarf heraus. Entsprechend hat das BBK über seine Ressortforschung ein wissenschaftliches Projekt ausgeschrieben. Dieses wird im Jahr 2023 beginnen.</p> <p>Umsetzungsstand: begonnen</p>
<p>Erstellung didaktischer Konzepte zur Digitalen Bildung auf der Basis pädagogischer Konzepte, um Zielsetzungen des digitalen Lernens deutlich zu machen</p>	<p>Didaktische Konzepte liegen in den verschiedenen Schulen des Bevölkerungsschutzes vor. Insbesondere die Integration digitaler Lernformate in diese Konzepte wurde in den letzten beiden Jahren vorangetrieben.</p> <p>Umsetzungsstand: umgesetzt</p>
<p>Nachhaltige Gewährleistung der technischen Funktionsfähigkeit und Finanzierung der verfügbaren und benötigten digitalen Infrastruktur und Plattformen für die Bildungseinrichtungen</p>	<p>Anders als 2020 gehört mittlerweile die Nutzung von Web- bzw. Videokonferenzen und auch von Lernplattformen zum Standardrepertoire bei Ausbildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz. Auch die Integration von Simulationen und vereinzelt Serious Gaming wurden vorangetrieben.</p> <p>Zur Erstellung digitaler Lerninhalte wie bei Onlinekursen sind Applikationen erforderlich, die jährlich lizenziert werden müssen. In vielen Einrichtungen können für Austausch und Kollaboration aus Datenschutzgründen keine Standardformate (wie Office 365 in Kombination mit MS Teams) genutzt werden. Dies führt immer noch zu suboptimalen Anwendungen und einer nicht kompatiblen Vielfalt an Kollaborationsplattformen.</p> <p>Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Digitalfähigkeit der Verwaltungsprozesse. Kann diese nicht Schritt halten mit der Digitalisierung der Lehre, führt dies unter Umständen zu einer Einschränkung des Angebotes.</p> <p>Umsetzungsstand: fortgeschritten</p>

Schritte 2020	Feststellung Umsetzung 2022 mit Fokus BABZ (kein Anspruch auf Vollständigkeit)
Konzipierung und verbindliche Anwendung von standardisierten und zertifizierten Qualifizierungsmaßnahmen für Lernbegleiter und Mentoren/Mentorinnen im Bevölkerungsschutz	<p>Wie andere Einrichtungen in der Erwachsenenbildung auch, setzt die BABZ auf kompetenzorientiertes Lernen. Doch welche Kompetenzen genau benötigen Dozierende/Lernbegleiter und auch Lernende? Die BABZ hat dazu in einem ersten Schritt eine Kompetenzmatrix für ihre Dozierenden erstellt. Die Matrix ist selbstverständlich angelehnt an den DQR. Im Jahr 2023 planen wir eine Kompetenzmatrix für unsere Lernenden zu erstellen.</p> <p>Eine organisationsübergreifende Übersicht didaktischer Qualifizierungsangebote von Lernbegleitern liegt noch nicht vor.</p> <p>Die Zertifizierung für Dozierende im Bevölkerungsschutz ist auf der Agenda. Ideal wäre, dass einzelne Module organisationsübergreifend belegt werden können und dann auch gemeinsam anerkannt werden.</p> <p>Umsetzungsstand: begonnen</p>
Auf- und Ausbau der digitalen Kompetenzen bei Lernenden und Lernbegleitern	<p>Seit 2020 hat sich auch in Bezug auf die Digitalen Kompetenzen von Lernenden und Lernbegleitern viel getan. Selbstverständlich gilt es diese beständig zu aktualisieren. Die BABZ wie viele andere Schulen des Bevölkerungsschutzes auch, hat umfangreiches Lernmaterial für Mitarbeitende erstellt und bietet beständig Fortbildungen im Digitalen Lernen an. Der interne Austausch wird über Formate wie eine BBK-interne Dozierendenbesprechung gewährleistet.</p> <p>Umsetzungsstand: hoch, aber fortwährend weiterzuführen</p>
Schaffung von attraktiven Stellen in den Bildungseinrichtungen, um Personal mit einer hohen pädagogischen und digitalen sowie IT Kompetenz zu gewinnen.	<p>Im Jahr 2022 wird vielfach von einem „Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer“ gesprochen. Nicht immer passen Bewerbungen und Vorstellungen zu fachlichen Fähigkeiten durch die Arbeitgeber überein. Immer wieder werden außerdem in Lehre und Verwaltung auch Stellen „rückwärtsgerwand“ ausgeschrieben; das heißt, es werden Fähigkeitsprofile wie vor Corona gesucht.</p> <p>Bei der Personalgewinnung müssen stärker die Zukunftsfähigkeit der Stelle und eine fachliche Qualifizierung der Bewerbenden nach Einstellung im Vordergrund stehen. Die Attraktivität der Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz muss stärker vermarktet werden. Stellen sollten auch eine neue Work-Life-Balance berücksichtigen und z. B. Homeoffice ermöglichen. Klar ist jedoch: Die Attraktivität von Stellen liegt (nicht nur aber) auch an der Vergütung. Wer hier wie z. B. die BABZ in den Restriktionen des TVÖD gefangen ist und beispielsweise berufserfahrenen Führungskräften nur Gehälter von Berufseinsteigenden – womöglich noch in einer niedrigen Entgeltstufe – zahlen kann, ist heutzutage nur beschränkt konkurrenzfähig. Auch wenn die Stelle in sich noch so gut gestaltet ist.</p> <p>Umsetzungsstand: nicht begonnen</p>
Nachhaltige Verstetigung der digitalen Lernangebote über die Pandemie hinaus	<p>Wer kennt sie nicht? Die Tablet-Klassen an allgemeinbildenden Schulen: Irgendwann zwischen Corona-Welle 2 und 3 eingerichtet; bei Welle 4 wieder abgeschafft. Bei den Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind solche Effekte zum Glück nicht so drastisch. Die Digitale Lehre in Ergänzung zu Präsenzangeboten hat sich etabliert und verstetigt.</p> <p>Umsetzungsstand: vollzogen</p>
Ebenenübergreifende Harmonisierungen von Lehrinhalten und digitalen Bildungsangeboten zur Generierung von Synergien im Sinne eines integrierten Bildungssystems im Bevölkerungsschutz	<p>In einem ersten Schritt wird im Netzwerk Bevölkerungsschutzpädagogik ein einrichtungsübergreifendes pädagogisches Grundlagenmodul erstellt. Die von der BABZ angestrebte, modular aufgebaute Zertifizierung von Dozierenden im Bevölkerungsschutz könnte auch im Verbund zu anderen Angeboten etabliert werden.</p> <p>Über das Pädagogische hinaus können auch Bildungsinhalte – insbesondere im digitalen Raum – gemeinsam „vertrieben“ und beworben werden. Ein Beispiel hierfür sind die Lernmodule Mobile Helfer der Hilfsorganisationen zur Stärkung des Selbstschutzes der Bevölkerung. Diese Module stehen auch auf der Lernplattform der BABZ zur Verfügung.</p> <p>Umsetzungsstand: begonnen</p>
Anerkennung und Definition des Bildungswesens als eine Kritische Infrastruktur	<p>In Bund und Ländern wird über die Anerkennung des Bildungswesens als KRITIS mittlerweile weniger diskutiert als gefordert: Bildung als KRITIS. Einzelne Länder haben Einrichtungen der Allgemeinbildung entsprechend auch schon als KRITIS definiert. Über die Aktualisierung der Sektoren und Branchen auf Bundesebene könnte auch der Bund alsbald nachziehen. Die Kultusministerkonferenz strebt eine Ausweisung als KRITIS an.</p> <p>Wichtig hierbei ist: Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz sind Einrichtungen KRITIS. Sie werden über den Sektor „Staat und Verwaltung“ mit erfasst. Um das Merkmal „Bildung“ aber stärker zu betonen, sollten sie auch explizit als Einrichtungen KRITIS benannt werden.</p> <p>Umsetzungsstand: begonnen</p>

Tabelle 1: Handlungsschritte für die Bildung im Bevölkerungsschutz – Umsetzungsstand 2022.

nur im Krisenmanagement tätig (und standen deshalb der BABZ nur eingeschränkt zur Verfügung) sondern auch selbst Betroffene der Ereignisse. Dennoch war es wichtig, genau jetzt, eine Bilanzierung der bestehenden Bildungsstrategie vorzunehmen und eine Aktualisierung hinsicht-

lich des Neustarts im Bevölkerungsschutz zu prüfen. Denn wann, wenn nicht jetzt, ist es wichtig festzulegen, wofür die Bundesakademie steht und wie künftig die Resilienz der Bevölkerung durch Bildung der relevanten Akteure erhöht werden kann?

Ausgewählte Meilensteine beim Ausbau der Akademie zur BABZ



Datum	Ereignis
März 2020 Freitag der 13.:	Gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz werden alle allgemeinbildenden Schulen geschlossen. Einrichtung der Erwachsenenbildung folgen diesem Vorgehen. Auch die AKNZ (heute BABZ) schließt ihre Pforten. Aufgrund der mangelnden Digitalfähigkeit der Lehre werden nahezu alle Angebote eingestellt. In den folgenden Monaten wird die AKNZ schrittweise einzelne Veranstaltungen in den digitalen Raum überführen.
September 2020	Die Akademie profitiert von Mitteln des Konjunkturpaketes für Investitionen in die Digitalisierung der Lehre. In den folgenden zwei Jahren wird die AKNZ (heute BABZ) mit diesen Geldern die technische und organisatorische Lerninfrastruktur auf- und ausbauen. Umfassende Schulungen erhöhen die Digitalkompetenzen des Lehrkörpers.
März 2021	Das Konzept zur Neuausrichtung des BBK wird vorgelegt. Die BBK-eigene Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz soll ihre Bildungsangebote ausbauen und zu der ressort- und organisationsübergreifenden Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung weiterentwickelt werden
Juli 2022	Der Zielsetzung aus dem Koalitionsvertrag zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes folgend und unter der Impression des russischen Angriffskrieges, von Naturereignissen und der weiterhin anhaltenden Pandemie legt das BMI ein Konzept zum Neustart im Bevölkerungsschutz vor. Die Neuausrichtung des BBK und die Stärkung der BABZ sind hierin als integrale Bausteine zu verstehen.
Oktober 2022	Die Bildungsstrategie der BABZ wird hinsichtlich der Anforderungen im Neustart des Bevölkerungsschutzes bilanziert und Überarbeitungsbedarf wird vorgelegt

Ausgewählte Ereignisse im Verlauf des Neustarts für den Bevölkerungsschutz

Abbildung 2: Entwicklung von der AKNZ zur BABZ.

Hätte die Wahrnehmung von Bildungsangeboten der BABZ durch Entscheidungsträger die Auswirkungen der Flutkatastrophen bis hin zu einer Senkung der Todeszahlen vermindert? Indirekt wurde diese Frage Anfang 2022 im Untersuchungsausschuss Flut des Landes Rheinland-Pfalz

Die Bildungsstrategie der BABZ existiert seit 2017. In ihr ist die – strategische – Entwicklung der Bundesakademie verankert. Eine solche Strategie wird zum einen im Rahmen der externen Zertifizierung und Rezertifizierungen im Qualitätsmanagement explizit gefordert. Zum anderen unterliegt der Bevölkerungsschutz einem beständigen Wandel, der auch in der Ausrichtung der zentralen Bildungseinrichtung des Bundes Niederschlag finden muss. Diese entwicklungs-strategischen Aspekte der Ausrichtung der Bundesakademie bedürfen der Fortschreibung bzw. Aktualisierung. Mit den Ereignissen der letzten Jahre, die zu einem Neustart im Bevölkerungsschutz führten, erscheint eine Aktualisierung jetzt notwendig. Die neue Strategie wird im Jahr 2023 vorgelegt und umfasst einen Zeithorizont bis 2030.



Abbildung 3: Die Bildungsstrategie der BABZ.

gestellt. Vermutlich kann sie nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden. Aber man sollte sich einer Antwort – wenn auch nur tendenziell – nähern: Wenn eher ja, warum wurden dann die Angebote nicht wahrgenommen und wie kann künftig die Reichweite der BABZ erhöht werden? Wenn eher nein, wie ist das Angebot inhaltlich anzupassen und ggf. im Verbund mit anderen Bildungseinrichtungen umzugestalten?

Einzelne Bestandteile zu derlei Fragen und Antworten haben BABZ und BBK bereits identifiziert und im Entwurf der überarbeiteten Bildungsstrategie für die Akademie verankert (Abbildung 3). Viele Punkte aus der vorherigen Strategie von 2015 werden fortbestehen. Zum Beispiel bleibt die Fokussierung auf die Bevölkerung und Spontanhelfer / ungebundene Helfer als stärker zu erschließende Zielgruppe. Andere Punkte werden ergänzt: so gehört zu einer Reichweitenerhöhung der BABZ auch, dass digitale Lernangebote beständig weiter ausgebaut werden. Insbesondere wird auf agile und niederschwellige Formate gesetzt. Erfahrungen der letzten zwei Jahre fließen ein. Abbildung 2 zeigt ausgewählte Meilensteine in der Umstrukturierung von einer AKNZ hin zu einer BABZ. Auch eine weiterführende Regionalisierung des Präsenzangebotes sowie der Aufbau eines zweiten Standortes der Bundesakademie sind strategische Ziele.

Zur Wahrheit 2022 gehört aber auch, dass viele oben beispielhaft benannte Schritte und Punkte ohne umfassende zusätzliche Ressourcen, Personal oder gar gesetzliche Änderungen angegangen wurden. Dies begrenzt die Entfal-

lung der intendierten Wirkung. Um künftig die Aus- und Fortbildung von Handelnden und Entscheidenden im Bevölkerungsschutz nicht nur einem erfolgreichen Bildungsmarketing und damit auch dem Zufall zu überlassen, macht sich die BABZ auch weiterhin stark für die Etablierung von

Verbindlichkeit zur Teilnahme. Dies wird allerdings nicht allein “aus dem Bestand” und durch eine reine Erhöhung der Onlineangebote umsetzbar sein. Umfängliche Baumaßnahmen, ein Aufwuchs des Personalkörpers in der Lehre und eine Erhöhung des Lehrtitels sind hierfür neben anderen Maßnahmen erforderlich.

Erfolgreiches Krisenmanagement in einem Ereignis und damit Schutz und Sicherheit der Bürger sind nicht nur eine Frage der Haltung der Verantwortlichen. Auch wenn eben diese eng mit Führung verbunden ist. Es ist auch eine Frage der Handlungskom-

petenzen in komplexen Lagen. Und genau diese Kompetenzen sind zu erwerben, zu festigen, auszubauen. Der Volksmund konstatiert: Meister fallen nicht vom Himmel. Dies gilt auch und ganz besonders für ein solch wichtiges Thema wie das Krisenmanagement. Handlungskompetenz und -sicherheit muss erworben werden. Natürlich geschieht dieser Lernprozess auch in der zu bewältigenden Lage. Aber dann sind mithin bereits Fehlentscheidungen getroffen worden. Oder man bildet sich im geschützten Raum u. a. durch Übungen, Schulungen und Netzwerken fort. Die BABZ kann ein solcher Raum sein. In ihrer Alleinstellung als auch im Verbund mit den anderen Schulen des Bevölkerungsschutzes.

Der Bevölkerungsschutz und mit ihm die Bildung im Bevölkerungsschutz befinden sich in einem Neustart. Bund und Länder haben den Willen bekundet, den Bevölkerungsschutz finanziell zu stärken und mit Ländern und Kommunen in einen Föderalismusdialog einzutreten. Werden zur Stärkung der Resilienz Deutschlands Ausbildungen und Teilnahmen im Krisenmanagement zukünftig für ausgewählte Akteure im Bevölkerungsschutz verbindlich, muss dies zwingend mit einer Stärkung an Ressourcen und einem Aufwuchs der Mitarbeiterzahl auch der BABZ einhergehen. Erforderlich ist es ebenfalls, die Aus- und Fortbildung konsequent in einem integrierten Bildungssystem durch verbindliches Zusammenwirken der Bildungseinrichtungen zu realisieren.

Thomas Mitschke ist Leiter der Abteilung IV Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Kathrin Stolzenburg ist Leiterin des Referates Grundlagen der Aus- und Fortbildung, Qualitätsmanagement an der BABZ.

Das Bildungswesen in Deutschland – eine Ressource für die Krisenbewältigung?

Harald Karutz, Corinna Posingies und Johannes Dülks

In der gesamten Coronavirus-Pandemie wurde und wird das Bildungswesen vor allem im Hinblick auf seine Vulnerabilität und Kritikalität betrachtet [13, 14]*. In diesem Beitrag soll stattdessen jedoch der Gedanke verfolgt werden, inwiefern ein funktionierendes, resilientes Bildungswesen gerade in Zeiten einer langfristig anhaltenden, großflächigen Krisenlage womöglich auch eine wertvolle Ressource darstellen kann. In den folgenden Ausführungen geht es also nicht etwa um die Frage, wie sich problematische Aspekte und etwaige strukturelle Mängel kom-

pensieren lassen, um lediglich die aus dem Alltag gewohnte Funktionsfähigkeit des Bildungswesens als solches aufrecht zu erhalten. Vielmehr soll aufgezeigt werden, welchen eigenen und spezifischen Beitrag das Bildungswesen zur Bewältigung komplexer Gefahren- und Schadenslagen leisten könnte. Der Beitrag ist ein engagiertes Plädoyer dafür, „Bevölkerungsschutzpädagogik“ [12] bzw. „Menschenbildung in Katastrophenzeiten“ [10] als eine wesentliche Aufgabe des psychosozialen Krisenmanagements zu verstehen.

Lern- bzw. Bildungspotenziale von Krisen und Katastrophen

Interpretiert man Bildung nicht ausschließlich als Vermittlung von Wissen bzw. arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen und Employability (z. B. [20]), sondern als langfristi-



Abbildung 1: Schulen in Krisen als „stabile und stabilisierende Oasen von Schutz und Sicherheit“

gen Prozess, in dem jedes Individuum sich selbst und sein Verhältnis zur Welt reflektieren, bestimmen und gestalten können soll, lassen sich auch und gerade in Krisenzeiten vielfältige Bildungspotenziale entdecken [2, 4, 5, 19]: Eine ex-

emplarische und nur grob strukturierte Auflistung dazu ist in den Tabellen 1-4 enthalten.

Wenngleich die jeweiligen fachdidaktischen Verortungen, curricularen Bezüge, alters- bzw. jahrgangsstufenspezifische Differenzierungen und eine hierarchisierte Eingliederung in Lernzieltaxonomien bzw. Kompetenzbeschreibungen derzeit noch fehlen, könnten diese Angaben zumindest Grundzüge eines fächerübergreifend angelegten „Krisencurriculums“ skizzieren (vertiefende Ausführungen finden sich u. a. bei [10, 11]; vgl. auch [4]).

Natürlich ist einiges von dem, was in der Tabelle aufgeführt wird, auch heute schon im regulären Schulalltag etabliert. Allerdings fehlt eine didaktische Gesamtkonzeption, um die Entwicklung von Krisenkompetenz und persönlicher Resilienz systematisch zu fördern. Ob und wie bestimmte Unterrichtsthemen daher aufgegriffen werden, um ihren Bildungsgehalt speziell für die Krisenbewältigung nutzbar zu machen, bleibt vielmehr dem individuellen Engagement einzelner Lehrkräfte überlassen. Aus diesem Grund wurde und wird während der Coronavirus-Pandemie mancherorts offenbar Fachunterricht erteilt, als wäre nichts weiter geschehen bzw. als hätten sich durch die jeweiligen Hygieneregeln lediglich die Rahmenbedingungen des Lehrens und Lernens ein wenig verändert [15].

Dabei könnten Kinder und Jugendliche durch eine spezifische „Krisenbildung“ [19] nicht nur reaktiv, d. h. im Nachhinein, aus früheren, abgeschlossenen Krisenerfahrungen lernen, sondern auch zu ihrer Bewältigung in einem aktuell anhaltenden Krisengeschehen beitragen. Im günstigs-

* Die umfangreiche Literaturliste ist unter <https://www.bbk.bund.de/magazin> einsehbar.

ten Fall können damit positive Selbstwirksamkeits- und Gemeinschaftserfahrungen sowie nicht zuletzt persönlichkeitsbezogene Reifungs- und Entwicklungsprozesse verbunden sein [17]. Zudem könnte das „Kohärenzerleben“ [3] gestärkt werden, indem Krisenerfahrungen – durch eine konstruktive Auseinandersetzung mit ihnen – zunehmend verstehbar, sinnhaft und handhabbar erscheinen. Hilfreiches Bewältigungshandeln würde angebahnt und die Resilienz von Kindern und Jugendlichen erhöht.

Voraussetzung für Krisenbildung: Ein krisenfestes Bildungssystem

Eine Voraussetzung dafür, dass spezifische, krisenbezogene Bildungsprozesse gelingen können, besteht allerdings darin, dass Bildungseinrichtungen selbst krisenfest sind: Die Entwicklung persönlicher Resilienz von Kindern und Jugendlichen (sowie indirekt auch ihrer Familien) setzt resiliente Bildungseinrichtungen voraus. Wenn Orte unsicher sind bzw. unsicher erlebt werden, kann dort kaum effektiv gelernt werden. Erst recht kann in einem fragil wirkenden, erheblich verunsicherten System keine Sicherheit vermittelt werden.

Aus diesem Grunde dürfen Bildungseinrichtungen in Krisenzeiten auch nicht nur „Orte wirtschaftsdienlicher Pandemie-Betreuung“ [20] und tradierter formaler Bildung sein, sondern sie müssten zu ebenso stabilen wie stabilisierenden „Oasen von Schutz und Sicherheit“ entwickelt werden, an denen Kinder (und indirekt auch ihre Eltern) Halt und Orientierung erfahren können [14]. Im bereits vor geraumer Zeit veröffentlichten Konzeptpapier „Grundbildung und Katastrophenvorsorge“ der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit [9] heißt es entsprechend, Schulen sollten in Katastrophenszenarien und Krisenzeiten als „safe havens“ (S. 2) und „Zufluchtsstätten“ (S. 3) verstanden werden. Theoretische Bezüge zum Konstrukt eines „verlässlichen, sicheren Ortes“ im Bereich der Traumapädagogik [16], aber auch zu „Katastrophenschutz-Leuchttürmen“ als Anlaufstellen für die Bevölkerung in Krisensituationen [8] sollen an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben.

Eine ganze Reihe unterschiedlicher Faktoren sind in den Blick zu nehmen, um die Krisenfestigkeit des Bildungswesens zu erhöhen: Unter anderem sind hier personelle, räumlich-technische und bildungsorganisatorische Aspekte, die Schaffung einer in Krisenlagen effizient und flexibel handlungsfähigen Schulverwaltungsstruktur sowie ressortübergreifende Notfall- und Krisenplanungen zu nennen (Abbildung 1). Auch die Diskussion um eine Einordnung des Bildungswesens als Kritische Infrastruktur hat in diesem Zusammenhang natürlich höchste Relevanz [13].

Bedeutung von Bindungen und Beziehungen

Ergänzend soll an dieser Stelle auf die Bedeutung stabiler Beziehungen hingewiesen werden: Die Resilienzforschung [22] zeigt die Notwendigkeit von stabilen, verlässli-

chen Bindungen, etwa die enge Beziehung zu Eltern, Freunden und Verwandten, aber eben auch zu Lehrkräften, für die Entwicklung der persönlichen Resilienz auf. Stabile Bindungen wirken in hohem Maße protektiv und fördern das

Personale Kompetenzen	Erläuterung
Über sich selbst nachdenken	Krisen bieten die Gelegenheit, sich mit sich selbst zu beschäftigen, sich selbst in einer Krise zu erfahren und dabei beispielsweise eigene Grenzen zu erkennen. Auch die eigene Vulnerabilität, Begrenztheit und Endlichkeit wahrzunehmen, trägt dazu bei, das Selbst-Bewusstsein zu stärken.
Mit Risiken umgehen	Mit einer Gefahr bzw. einem Risiko konfrontiert zu sein, lädt dazu ein, darüber nachzudenken, welche Risiken man eingehen kann und möchte – und welche nicht. Risikobewusstsein ist immer auch eine Einladung zur Achtsamkeit sowie zur Wertschätzung des Lebens. Sich mit den eigenen (Lebens-) Risiken besonnen auseinanderzusetzen, führt im Idealfall zu Risikomündigkeit.
Selbstwirksamkeit erleben	In Krisen z. B. anderen Menschen zu helfen, stärkt das eigene Selbstwirksamkeitserleben und vermindert das Gefühl, dem jeweiligen Geschehen ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Schülerinnen und Schüler sollten deshalb ermutigt und angeleitet werden (ggf. unter Aufsicht und selbstverständlich nur im Rahmen der verantwortbaren Möglichkeiten) helfend aktiv zu werden; in einer Pandemie z. B. für Senioren einzukaufen, Menschen in Quarantäne telefonisch zu besuchen usw. Auch das korrekte Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung, Händewaschen und Einhalten von Abstandsregelungen kann bereits das Selbstwirksamkeitserleben stärken. Vermittelt werden muss zunächst jedoch, welches Verhalten überhaupt empfehlenswert ist.
Emotionen regulieren	Kinder und Jugendliche können in Krisen Strategien vermittelt bekommen, um mit typischen Reaktionen wie Ängsten, innerer Unruhe und Traurigkeit angemessen umgehen zu können. Dazu gehören z. B. Distanzierungs- und Entspannungstechniken, Gedankenstopp, positive Selbstinstruktion, Imagination usw.
Optimismus und Hoffnung entwickeln	Auch Hoffnung und Zuversicht kann vermittelt werden, etwa durch die gezielte Fokussierung auf Positives; auf die Frage, was sich aus einer Krisenerfahrung lernen lässt und was ggf. verändert werden sollte, um – basierend auf dem in der Krise Gelernten – eine bessere Zukunft zu gestalten.
Kritisch reflektieren	Eine argumentative Auseinandersetzung mit „Querdenkern“, Verschwörungstheoretikern und Pandemie-Leugnern, aber beispielsweise auch mit unterschiedlichen Medienberichten, der Aussagekraft von Inzidenzen und anderen statistischen Parametern kann dazu beitragen, kritische Reflexions- und Deutungsfähigkeit zu entwickeln und begründete Urteile treffen zu können. Abgesehen von einer Pandemie gilt dies in ganz ähnlicher Weise selbstverständlich auch für andere Krisen und Katastrophen.

Tabelle 1: Bildungspotenziale im Hinblick auf die Entwicklung personaler Kompetenzen.

Gefühl von Sicherheit. Sie stärken Problemlösungsfähigkeiten und Selbstwirksamkeitserwartungen, die Selbstständigkeit sowie die (emotionale) Selbstregulation. Aus diesem Grunde ist es so wichtig, dass Lehrkräfte nicht nur Unterrichtsinhalte vermitteln können, sondern eben auch dazu fähig sind, pädagogisch professionell Beziehungen zu gestalten.

Weitere soziale Ressourcen wie ein wertschätzendes Umfeld sowie die Erfahrung von Wärme, Respekt und Akzeptanz [1] scheinen für die Entwicklung von Resilienz ebenfalls unumgänglich zu sein, so dass auf diesen Aspekt auch im Hinblick auf die Krisenfestigkeit des Bildungswesens besonderer Wert gelegt werden sollte: „Wir brauchen [...] ein Klima des Vertrauens und Zutrauens, ein Klima der Geborgenheit und Freude, ein Klima, in dem der Mensch nicht nur aus einem Kopf besteht, sondern auch aus einem

Leib und einer Seele, ein Klima, in dem die kognitive Leistung, so wichtig sie auch ist, nicht über allen anderen Dimensionen des Menschen steht. Wir brauchen ein Klima, in dem das soziale Miteinander wichtig ist, in dem der Mensch mit all seinen Möglichkeiten einen Platz bekommt, Gehör findet und mit allen zur Verfügung stehenden Kräften unterstützt wird“, schreibt Klaus Zierer (2021) dazu.

Soziale Kompetenzen	Erläuterung
Menschliches Verhalten bzw. soziale Prozesse wahrnehmen	„Klopapierplünderungen“ und Impfnähe in einer Pandemie, aber auch beeindruckendes Spontanhelferengagement in einer Flutkatastrophe zeigen exemplarisch auf, wozu der Mensch fähig ist und wie sich Menschen in Extremsituationen – sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht – verhalten können. So bietet jede Krise eine ganz besondere Gelegenheit, über das Wesen des Menschen zu lernen und darüber nachzudenken, wo und wie man sich selbst in der Gesellschaft positionieren möchte.
Menschliche Bedarfe, Bedürfnisse und Abhängigkeiten erkennen	Krisen zeigen auf, welche Bedarfe und Bedürfnisse Menschen haben und worauf sie angewiesen sind, um gesund zu bleiben und sich wohlfühlen. Auch darüber kann gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus unterschiedlichen Perspektiven nachgedacht und diskutiert werden
Werte und Normen reflektieren	Krisen sind Kristallisationspunkte, in denen sich Vertrautes bewähren muss oder eben auch in Frage gestellt wird. Dies gilt in besonderem Maße auch für Normen und Werte – und dafür, wer welche Normen und Werte in welcher Weise vertritt.
Soziales Engagement zeigen und Verantwortung übernehmen	In einer Flutkatastrophe können Schülerinnen und Schüler dabei helfen, Sandsäcke zu befüllen. In einer Pandemie können Sie für Menschen in Quarantäne einkaufen gehen u. v. a. m. (siehe Aspekt „Selbstwirksamkeit erleben“). Auch innerhalb einer Klassengemeinschaft muss (nicht nur in Krisenzeiten, dort aber ganz besonders) jeder einzelne Verantwortung für andere übernehmen, indem z. B. Hygieneregeln eingehalten werden usw. Solche Aspekte können auf zahlreiche andere Situationen im Alltag übertragen werden und laden dazu ein, soziales Engagement ganz grundsätzlich zu fördern.
Mit anderen Menschen zusammenarbeiten	Krisenbewältigung ist immer auch eine Gemeinschaftsaufgabe. Durch gemeinsames Nachdenken, den Austausch untereinander und gemeinsame Aktivitäten zur Krisenbewältigung kann auch Zusammenhalt gefördert werden – in einer Schulklasse ebenso wie in der Gesellschaft insgesamt.
Betroffenheit und Anteilnahme zum Ausdruck bringen	Krisenerleben ist individuell unterschiedlich. Dies erfordert insofern auch, sich in andere Menschen einzusetzen, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen. Nicht zuletzt lässt sich auf diese Weise lernen, wie man Emotionen versprachlichen und z. B. angemessene Anteilnahme bekunden kann.
Mit ethischen Dilemmata umgehen	Krisen sind oftmals komplex und konfrontieren mit Dilemma-Situationen, in denen es keine einfachen Lösungen geben kann, mit denen alle Beteiligten gleichermaßen zufrieden und einverstanden sind. Umso mehr erfordern solche Situationen, zunächst einmal zuzuhören und zu diskutieren, d. h. unterschiedliche Standpunkte auszutauschen und zu versuchen, Kompromisse zu finden.

Tabelle 2: Bildungspotenziale im Hinblick auf die Entwicklung sozialer Kompetenzen.

Weitere Potenziale des Bildungswesens

Davon abgesehen, dass Bildungseinrichtungen dazu beitragen, junge Menschen auf Unglücke, Krisen und Katast-

Fachliche Kompetenzen	Erläuterung
Mit Zahlen umgehen, Statistiken auswerten und interpretieren	Die Auswertung von Statistiken kann Kindern und Jugendlichen dabei helfen, Zahlen, Daten und Fakten differenzierter zu betrachten, zu hinterfragen und zu bewerten. Sich in einer Pandemie mit verändernden Fallzahlen, Inzidenzen und R-Werten analytisch auseinanderzusetzen, trägt beispielsweise dazu bei, das Krisengeschehen insgesamt besser zu verstehen und nachzuvollziehen, warum welche Maßnahmen erforderlich sind.
Historische Bezüge herstellen	Historische Bezüge helfen dabei, die Gegenwart besser einordnen und in Relation setzen zu können. Im Vergleich zu früheren Krisen und Katastrophen sind Vergleiche möglich, und man kann sich beispielsweise auch damit beschäftigen, was aus der Vergangenheit für Lehren gezogen werden konnten. So hilft Geschichtsbewusstsein, aktuelle Krisenerfahrungen zu verarbeiten.
Sprache und Sprachgebrauch reflektieren	Welche Wirkung und Auswirkung die bewusste oder auch unbewusste Verwendung von Wörtern in der Krisenkommunikation haben, lässt sich als Unterrichtsthema hervorragend analysieren und diskutieren. Auf diese Weise kann u. a. auch Sprachsensibilität und der sprachliche Ausdruck gefördert
Schriftlich formulieren	Schülerinnen und Schüler können expressives Schreiben nutzen, um das eigene Krisenerleben zum Ausdruck zu bringen. Nicht zuletzt wird dadurch die Fähigkeit trainiert, schriftsprachlich angemessen zu formulieren.
Medien nutzen	In Krisen ist es von großer Bedeutung, Medien reflektiert zu nutzen. „Fake-News“ sowie etwaige mediale Instrumentalisierungsversuche müssen rasch erkannt werden können, und den Medienkonsum gilt es insgesamt angemessen zu dosieren. Vor diesem Hintergrund bieten Krisen eine hervorragende Gelegenheit, die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern zu stärken.
Gesundheit schützen, Krankheit vermeiden	Dass Krisenerfahrungen immer auch Gelegenheiten bieten, die Gesundheitskompetenz von Schülerinnen und Schülern zu stärken, liegt auf der Hand und lässt sich keineswegs nur auf Pandemien beziehen.

Tabelle 3: Bildungspotenziale im Hinblick auf die Entwicklung fachlicher Kompetenzen.

sens besonderer Wert gelegt werden sollte: „Wir brauchen [...] ein Klima des Vertrauens und Zutrauens, ein Klima der Geborgenheit und Freude, ein Klima, in dem der Mensch nicht nur aus einem Kopf besteht, sondern auch aus einem

rophen vorzubereiten sowie Kompetenzen zu fördern, die für einen möglichst angemessenen Umgang mit diesen Ereignissen hilfreich sind, enthalten Bildungseinrichtungen aber noch zahlreiche weitere Potenziale, die für das Krisenmanagement unmittelbar von Bedeutung sind. Schulen können beispielsweise

- als Notunterkünfte genutzt werden, da sie regelmäßig über große Räumlichkeiten, die entsprechenden sanitären Anlagen und meist auch eine Verpflegungsmöglichkeit verfügen,

Methodische Kompetenzen	Erläuterung
Analysieren und priorisieren	Anhand von Beispielen aus der Medienberichterstattung oder eigenen Erfahrungen kann gelernt werden, worin genau ein Problem besteht und welche Lösungsschritte in welcher Reihenfolge erforderlich sind. Ein weiteres wertvolles Unterrichtsthema kann auch sein, anhand eines Krisengeschehens Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden und Prioritäten klug zu setzen.
Ursachen und Zusammenhänge erkennen und verstehen	Krisen und Katastrophen bieten ausgezeichnete Gelegenheiten, Ursache-Wirkung-Beziehungen aufzuzeigen und zu reflektieren, etwa die Mensch-Technik-Interaktion (z. B. bei Unfällen) sowie die Folgen menschlicher Eingriffe in die Natur (bei einem Extremwetterereignis). Auch Ursachen von Konflikten zwischen Einzelpersonen, in der Gesellschaft oder zwischen Staaten können thematisiert werden (z. B. bei Krieg).
Problemlösungsstrategien entwickeln	In Krisen müssen zahlreiche Probleme gelöst werden. Dafür wird eine systematische Herangehensweise und Entschlusskraft, aber auch Kreativität benötigt. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern können im Unterricht unterschiedliche Problemlösungsstrategien erarbeitet und mit ihren Vor- und Nachteilen besprochen werden.
Krisenbewältigungsstrategien entwickeln	Gelernt werden kann, konkrete Belastungsfaktoren zu identifizieren, mit Widrigkeiten angemessen umzugehen, individuelle (persönliche und soziale) Bewältigungsressourcen zu entdecken und im Sinne von Selbsthilfestrategien gezielt zu nutzen.
Zeitmanagement, organisieren und strukturieren	Speziell in Zeiten von Schulschließungen (z. B. bei einer Pandemie oder Flutkatastrophe) lässt sich lernen, Zeiträume zum Lernen und Tagesstrukturen festzulegen, indem beispielsweise Tages- und Wochenpläne erstellt werden müssen.
Ausdauer und Durchhaltevermögen trainieren	In einer längerfristig anhaltenden Krisenlage kann gelernt werden, (körperliche und mentale) Kraft dosiert einzusetzen, aber auch für eine bewusste Pausengestaltung bzw. Erholungsphasen zu sorgen. Dies setzt u. a. auch Achtsamkeit in Bezug auf eigene Leistungsgrenzen voraus.

Tabelle 4: Bildungspotenziale im Hinblick auf die Entwicklung methodischer Kompetenzen.

- als bekannte Anlaufstelle dienen, an denen unterschiedlichste Hilfsangebote (Auskünfte, Beratungen, Ausgabe von Spenden und Materialien usw.) niedrigschwellig erreichbar gemacht werden und
- die Krisenkommunikation erleichtern, weil über etablierte Kommunikationswege zwischen Schulen und Familien ein großer Teil der Bevölkerung erreicht werden kann.

Insbesondere im Hinblick auf bildungsbenachteiligte Familien, in denen zudem noch Sprachbarrieren vorhanden sind, können Kinder Bindeglieder darstellen, um mit der

behördlichen Krisenkommunikation auch ihre Eltern und weitere Personen im sozialen Umfeld zu erreichen: „[Kinder] agieren als Multiplikator von Wissen, da sie glaubwürdige Vermittler von Informationen an ihre Familien und Freundeskreise sind“, schreibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung entsprechend [7]. Nicholson, Attal-Juncqua und Wollek [18, S. 19] weisen ausdrücklich darauf hin, dass es in der Katastrophenhilfe enorm bedeutsam sei, Menschen dort abzuholen, wo sie sind – und Schulen seien nun einmal dort, wo die Menschen sind.

Fazit

Insgesamt sollte durch die vorliegenden Ausführungen deutlich werden, dass die Aufrechterhaltung des Bildungswesens keineswegs nur ein „notwendiges Übel“ ist, für das in Krisenzeiten mühsam und mit hohem Aufwand gesorgt werden muss. Vielmehr könnte aus dem Bildungswesen auch ein erheblicher Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet werden, wenn man denn die Voraussetzungen dafür schaffen würde.

Die Vorstellung, Schulen zu „stabilen und stabilisierenden Oasen von Schutz und Sicherheit“ weiterzuentwickeln, in denen in Krisenzeiten Halt und Orientierung gegeben wird und in denen Kompetenzen vermittelt werden, die gezielt zur Krisenbewältigung beitragen können, mag mit einem Blick auf die Erfahrungen der vergangenen Monate fast ein wenig utopisch klingen. Tatsächlich dürfte das Bildungswesen während der Coronavirus-Pandemie eher als Ort der Angst, Unsicherheit und Verunsicherung wahrgenommen worden sein. Dies sollte jedoch nicht unreflektiert als eine unvermeidbare Pandemiefolge hingenommen werden; vielmehr wurde diese problematische Entwicklung – zumindest teilweise – erst durch fehlende Vorbereitungen bzw. eine gering ausgeprägte Krisenfestigkeit und ein problematisches Krisenmanagement (mit)verursacht. Dringend muss aus den gesammelten Erfahrungen daher gelernt werden. Bildungsorganisatorische und didaktisch-curriculare, vor allem aber auch übergeordnete, bildungspolitische und nicht zuletzt gesamtgesellschaftliche Weichenstellungen sind hier erforderlich.

Prof. Dr. Harald Karutz ist Diplom-Pädagoge, lehrt an der MSH Medical School Hamburg und leitet dort auch das Institute for Psychosocial Crisis Management (IPCM). Die Psychosoziale Notfallversorgung von Kindern und Jugendlichen ist seit vielen Jahren ein Schwerpunkt seiner Forschungstätigkeit.

Corinna Posingies ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Psychosocial Crisis Management (IPCM) in Hamburg und Doktorandin an der Universität Marburg. Zudem ist sie ehrenamtlich als Notfallseelsorgerin sowie als Hospizbegleiterin aktiv.

Johannes Dülks ist Rettungsingenieur und hat sich im Rahmen seiner Bachelorarbeit intensiv mit der Resilienz von Schulen in Deutschland und im internationalen Kontext auseinandergesetzt. Aktuell studiert er im konsekutiven Masterstudiengang Rettungsingenieurwesen an der Technischen Hochschule Köln.

Ausbildung zur Zivilen Verteidigung und im Zivilschutz

Dirk Freudenberg

Nach dem 11. September 2001 konzentrierte sich die Ausbildung des Bundes im Schwerpunkt auf die Befähigung von Stäben der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, von der Ebene der Landräte bzw. Oberbürgermeister kreisfreier Städte bis hin zur Bundesregierung, um diese in die Lage zu versetzen, mit Katastrophenlagen, einschließlich terroristischer Anschläge, umgehen zu können. Aufgrund des erneuten sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels 2014 kommt inzwischen verstärkt die Ausbildung zur Zivilen Verteidigung einschließlich des Zivilschutzes dazu. Die Inhalte umfassen die unterschiedlichen Teilaspekte der Konzeption Zivile Verteidigung (KZV), von den gesetzlichen Grundlagen über Fragen der Katastrophenmedizin im weitesten Sinne sowie des CBRN-Gefahrenmanagements bis hin zum Selbstschutz. Zentral bleibt aber auch in der größten aller Katastrophen, dem Krieg, die Befähigung zum situationsgerechten Entscheiden und somit Krisenmanagementkompetenzen zu erwerben und zu vertiefen.

Zivile Verteidigung als Verfassungsauftrag

Die Wehrhaftigkeit der Bundesrepublik Deutschland nach außen ergibt sich aus Art. 87 a GG sowie – häufig kaum beachtet – aus dem Art 73 Abs. 1 Nr. 1 GG. Dementsprechend ist die Zivile Verteidigung ebenso wie die militärische Landesverteidigung Verfassungsauftrag [1]* im Rahmen einer umfassend wehrhaften Demokratie [2], welche häufig nur nach innen Beachtung findet. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings diesbezüglich ausdrücklich festgestellt, dass eine „...verfassungsrechtliche Grundentscheidung für eine wirksame militärische Landesverteidigung“ [besteh] und kraft deren unter anderem die Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Bundeswehr ‚verfassungsmäßigen Rang‘ haben.“ [3] Die Verfassungsmäßigkeit der Einrichtung und Funktionsfähigkeit erstreckt sich in analoger Anwendung dieses Grundsatzes ebenso auf die Zivile Verteidigung und muss auch ihren Niederschlag in den Anstrengungen des Staates zur Gesamtverteidigung finden. [4] Die Gesamtverteidigung ruht somit auf den beiden Säulen der militärischen und der Zivilen Verteidigung. Zivile Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung ist demzufolge ebenso wie die militärische Verteidigung Verfassungsauftrag und zudem Teil der

Bündnisverpflichtung der NATO. Neben der Tatsache, dass großangelegte militärische Auseinandersetzungen und der massive Einsatz militärischer Gewalt in Europa nicht nur wieder denkbar geworden [5], sondern der „Krieg als Urka-



Die Ausbildung in der Konzeption Zivile Verteidigung (KZV) reicht von den gesetzlichen Grundlagen über Fragen der Katastrophenmedizin im weitesten Sinne sowie des CBRN-Gefahrenmanagements bis hin zum Selbstschutz. (Grafik: Sundance / CC0 Public Domain / pixabay.com)

tastrophe“ [6] in Europa ein Faktum ist, ist das Spektrum möglicher Bedrohungen und Gefahren seit jeher umfas-

* Die zahlreichen Fußnoten sind unter <https://www.bbk.bund.de/magazin> einsehbar.

send und komplex. Es zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass Effekte nicht örtlich oder regional begrenzbar sind und zudem gegebenenfalls multiple Gefahrenlagen unterschiedlicher Ursache und Intensität an verschiedenen Orten zu beherrschen und zu meistern sind. [7] Die strikte und schematische Trennung zwischen Zivil- und Katastrophenschutz wird indessen schon seit geraumer

Handlungsfeldern, damit die hiermit verbundenen Herausforderungen wirkungs- und zielorientiert beherrschbar gemacht werden und gemeistert werden können. Ereignisse passieren nicht – abgesehen von Naturkatastrophen vielleicht – sondern werden von Menschen durch aktives Handeln bzw. durch Unvermögen, Passivität, Nachlässigkeit, Ignoranz oder Unterlassung aus sonstigen Gründen herbei-



Die Anforderungen an das Risiko- und Krisenmanagement sind gestiegen.
(Foto: BBK)

Zeit als nicht mehr zeitgemäß bewertet. [8] Das gilt auch und insbesondere mit Blick auf die sogenannten Hybriden Bedrohungen, welche aufgrund der Ambiguitäts- und Attributionsproblematik schwierig zu detektieren und zuzuordnen sind und somit die völkerrechtlich binären Zustände von Krieg und Frieden sowie die staatsrechtliche Trennung von innerer und äußerer Sicherheit verwischen. [9] Hieraus erwächst auch die Forderung, dass Zivile Verteidigung nicht mehr als Annexkompetenz, sozusagen als lästiger Appendix einer vornehmlich militärischen Verteidigung anzusehen ist, sondern als gleichberechtigter Pfeiler einer ausgewogenen Gesamtverteidigung. [10]

Notwendigkeit von Kompetenzen und Handlungssicherheit in komplexen Lagen

Mit Verweis auf diese Argumentation stellt Oeter die Frage, ob Landes- und Bündnisverteidigung primär unter konventionell militärischen Aspekten zu konzipieren ist, oder ob die „weichen Stellen“ unserer Verteidigung nicht an ganz anderen Stellen unserer Gesellschaft liegen, etwa an der Verwundbarkeit Kritischer Infrastrukturen und zentraler gesellschaftlicher Funktionssysteme. [11] Demzufolge bedarf es Kompetenzen, um Handlungssicherheit in komplexen Lagen zu gewinnen, das heißt bestimmte Fähigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen

geführten, geduldet oder zugelassen sind folglich eine Konsequenz aus Entscheidungen – Entscheidung zum Handeln oder Unterlassen. [12] Eine Entscheidung ist folglich das Produkt von Führung und damit Ausfluss von Verantwortung. Verantwortung zu übernehmen heißt Risiken zu tragen. Wer keine Risiken tragen will, darf keine Verantwortung übernehmen. Das Thema „Führung“ ist in seinem umfassenden Sinne sowie im ganzheitlichen Kontext im deutschen Bevölkerungsschutz sowohl für das Krisenmanagement wie auch für die Mechanismen und Umsetzungen der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes von ganz erheblicher, wenn nicht gar von entscheidender Bedeutung. [13] Die sogenannten „Hybriden Bedrohungen“ [14] potenzieren diesen Befund noch einmal um ein Vielfaches. Dabei sind Führungsgrundsätze nicht auf den militärischen Alltag begrenzt, sondern als chaosresistentes Handwerkszeug auch elementarer Bestandteil in privatwirtschaftlichen Unternehmen. [15]

Einheitliche Schlüsselqualifikationen für Entscheider

Das nationale deutsche Führungsdenken, welches immer wieder eine Rezeption in anderen Organisationen, Institutionen und Behörden [16] wie auch in anderen Staaten [17] erfährt, ist insbesondere durch drei wesentliche Merkmale geprägt: Führen in Stabsorganisationen [18], den Führungsprozess [19] und das Führen mit Auftrag [20]. Wenngleich die Ursprünge dieses Denkens im militärischen Bereich liegen und ihren Ursprung im frühen 19. Jahrhundert haben [21], so ist es in den Bereichen von Feuerwehr, Katastrophenschutz, Polizei, öffentlicher Verwaltungen und der Wirtschaft dem Grunde nach rezipiert worden und hat dort seine jeweilige organisationskulturell begründete Anpassung und auch Fortentwicklung erfahren. [22] Folgerichtig findet auch im Bereich der Zivilen Verteidigung bzw. des Zivilschutzes der nationale Führungsprozess Anwendung und wird auch in der politischen Führungslehre verwendet. [23] Somit sind diese dem Grunde nach militärischen Führungsgrundsätze auch in der polizeilichen wie auch nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr auf allen Ebenen tradiert. Daher gehören der Führungsprozess und die Auftragstaktik zum Kern deutschen Führungsdenkens.

[24] Nach allgemeinem Verständnis für ein modernes und umfassendes, Ressort, Ebenen sowie Institutionen übergreifendes Krisenmanagement im Sinne des Ansatzes Vernetzter Sicherheit ist ein Entscheidungsfindungsprozess zu fordern, der in der Lage ist, eine komplexe Lage in ihrer Abstraktheit zu erfassen, einzuordnen und hinsichtlich Auswirkungen und Folgen umfassend zu bewerten, um „vor die Lage“ zu kommen, also die Initiative (wieder-)zugewinnen. [25] Das erfordert gerade auf strategischer Ebene einen stringenten Führungsprozess der weder inhaltlich reduziert ist noch in seinen Phasen und seinem Ablauf gedanklich abbricht. [26] Die Phase Entscheidungsfindung als Kern des nationalen Führungsprozesses ist durch seine Systematik, Folgerichtigkeit und Stringenz äußerst zweckdienlich. Somit ist dieses Verfahren keine mechanische Checkliste, die pedantisch abgearbeitet wird, sondern ein elastisches Modell, das die Stabsarbeit zielführend strukturiert und dem Stab zugleich ein hohes Maß an schöpferischer Eigenständigkeit im Auffinden und in der Erarbeitung der ihm gestellten Aufgaben belässt. Ein wesentlicher weiterer Vorteil ergibt sich nach diesem Vorgehen auch aus einer – unter Umständen im Nachgang einer Krise – erforderlichen sachlichen, juristischen oder politischen Aufarbeitung, da auch hier bei entsprechender Dokumentation des Entscheidungsfindungsprozesses eindeutig und begründbar nachvollzogen werden kann, wie sich der Entschluss herleitet. [27] Darüber scheint es allerdings zwingend geboten, den Prozess der Strategischen Krisenkommunikation in den Entscheidungsfindungsprozess zu implementieren, um in allen Phasen des Prozesses die für die Kommunikation relevanten Überlegungen zu takten und die entsprechenden Wechselwirkungen mit den operativen Gedanken schlussendlich im Sinne der strategischen Absichten in Botschaften zu transformieren, mit deren Hilfe diese Absichten verwirklicht, bzw. die Wirkungen im Informationsraum erzielt werden. [28]

Pflicht zum Kompetenzerwerb

Gerade auch für eine erfolgreiche Ressorts und Ebenen übergreifende Zusammenarbeit ist ein einheitliches Verständnis, das auf denselben Grundlagen und gleichen Auffassungen beruht, *conditio sine qua non* für ein erfolgreiches Zusammenwirken. [29] Demzufolge sind Ausbildung und Inübnung wesentliche Bausteine im Bevölkerungsschutz. Aus den Rechten zur Regierungsführung bzw. aus der impliziten Kompetenzzuweisung der Regierung lässt sich eine grundsätzliche Verpflichtung zum Kompetenzerwerb zur Staatsführung ableiten, die allerdings für Wahlamtsträger auf Bundes- und Landesebene ihre Schranken

als materiellrechtliches Gebot im nach Art. 79 Abs. 3 GG unabänderlichen Demokratieprinzip gemäß Art. 20 GG i.V.m. der Freiheit des Mandats gemäß Art. 38 Abs. 1 Hs. 2 GG findet. [30] Diese Schranke findet aber für die Wahlbeamten der darunter liegenden kommunalen Ebenen keine Anwendung, zumal ihre Verantwortung als Hauptverwaltungsbeamte (HVB) in den jeweiligen Landeskatastrophen- und Brandschutzgesetzen der Länder niedergelegt ist, welche zugleich eine Garantstellung gemäß § 13 StGB begründet. Dementsprechend sind der BABZ als organisatorischem Teil des BBK gem. § 4 Abs. 1, S. 2 Nr. 2 a und b sowie § 14 ZSKG die Unterweisung des mit Fragen der Zivilen Verteidigung befassten Personals sowie die Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben zugewiesen. [31] In

diesem Sinne führt die BABZ [32] auch als Kompetenzzentrum für



das Bund-Länder-Krisenmanagement Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich des Katastrophenmanagements durch [33] und nutzt auch hier somit wechselseitig die vorhandenen Synergien zum Kompetenzerwerb. Ziel ist es, die Aus- und Fortbildungen Bund-Länder-übergreifend weitestgehend zu harmonisieren. [34]

Digitale Lernangebote

Online- und Blended-Seminare, Lernmanagementsystem, Web-Based-Trainings und 3D-Akademie

Die BABZ hat die Zeit der Corona-Krise genutzt, um ihr Lernangebot umfassend auf die Anforderungen digitaler und innovativer Lehre einzustellen: Online-Seminare, unser Lernmanagementsystem, Web-Based-Trainings und die neue 3D-Akademie bereichern die Lehre und stärken den Anspruch an kompetenzorientierte Ausbildung. Der folgende Artikel gibt einen Überblick über die relevantesten digitalen Angebote an der BABZ.

Eva Mareike Schmitt

Didaktische Grundlagen und Angebote im Rahmen der Aus- und Weiterbildung an der BABZ

Die Entwicklung der Handlungskompetenz im Bevölkerungsschutz steht bei sämtlichen (Lern-)Angeboten der BABZ im Mittelpunkt. Zu dieser zählen nicht nur die fachlichen Fähigkeiten der Teilnehmenden, sondern auch die Ent-



Das Lernmanagementsystem (LMS) ILIAS wurde 2021 überarbeitet und neu strukturiert. (Foto: BBK)

wicklung von Humankompetenz (Entwicklung von Selbstständigkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortung[sbewusstsein] sowie Sozialkompetenz (kommunikative Kompetenz sowie die Fähigkeit zum wertschätzenden Umgang mit diversifizierten Akteuren und Ansprechpartnern).

Digitale Angebote bieten verschiedenste Möglichkeiten, derartige Kompetenzen zu entwickeln bzw. zu schulen. So fördern sie durch ihre „Niedrigschwelligkeit“ die Gelegen-

heit und Bereitschaft zur Teilnahme an Bildungsangeboten. Interaktive Übungen ermöglichen das kollaborative Arbeiten in heterogenen Teilnehmendengruppen, die sich ansonsten – aufgrund räumlicher Distanz, aber auch Kostenfaktoren – so nicht zusammenfinden würden. Asynchrone Lernformate wie unsere Web-Based-Trainings kommen der eigenverantwortlichen Steuerung der Lernprozesse entgegen. Die BABZ hat daher verschiedene digitale Angebotslinien implementiert, die sich grob in die „Digitalen Seminarangebote“ (Online- bzw. Blended-Seminare), in Angebote im Kontext des „Lernmanagementsystems ILIAS“ sowie in die 3D-Akademie „Virtuelle BABZ“ unterteilen.

Digitale Seminarangebote: Online- bzw. Blended-Seminare, synchrone und asynchrone Lerneinheiten

Die digitalen Veranstaltungen an der BABZ gliedern sich zumeist in Online-Seminare sowie in Blended-Seminare (letztere werden manchmal auch als Hybrid-Veranstaltungen bezeichnet).

Online-Veranstaltungen finden ausschließlich virtuell statt, d. h. die Dozierenden kommunizieren mit den Lernenden mit Hilfe eines Video- oder Webkonferenz-Tools; sie sehen sich nur über einen Bildschirm, d. h. nicht persönlich. Blended-Seminare bestehen aus (unterschiedlich kombinierten) Online-Elementen, z. B. einem synchronen Lernangebot in Form einer „Live-Einheit“ (d. h. einer für die Teilnehmenden und Dozierenden gleichzeitig stattfindenden Lerneinheit), kombiniert mit einem asynchronen Lernangebot (einer Lerneinheit, die von den Teilnehmenden außerhalb der gemeinsam verbrachten Lerneinheit bearbeitet wird, z. B. einem Web-Based-Training). Auch Mischformen aus Online- und Präsenzlernereinheiten werden als „Blended-Seminare“ bezeichnet. Für die Bereitstellung der asynchronen Lernangebote unterhält die BABZ die Lernplattform ILIAS (s. u.).

Zu den Online- und Blended-Seminaren kommen weitere Angebote, wie z. B. digitale Ringvorlesungen (regelmäßig stattfindende virtuelle Angebote zu einem bestimmten Thema) oder Kongresse mit Online-Anteilen. Aktuelle Lehrevaluationen zeigen, dass die Angebote der BABZ im Bereich Online- und Blended-Seminare von den Lernenden sehr gut angenommen werden, so dass mittlerweile Seminar(reihen) turnusmäßig im Online- bzw. Blended-Format angeboten werden.

Web-Based-Trainings auf dem Lernmanagementsystem ILIAS der BABZ

Das Lernmanagementsystem (LMS) ILIAS, das als Tool für die interne Organisation von Lehrveranstaltungen genutzt wird, wurde 2021 überarbeitet und neu strukturiert. Ein „Corporate Design“ gleicht die Lernplattform an die offizielle Webpräsenz der BABZ an. Im Rahmen von ILIAS können Dozierende und Lernende in spezifischen „Kursen“ auf Lernmaterialien zugreifen, einander kontaktieren, sich über Boards austauschen und auf Mentoring bzw. „Peer-Mentoring“ betreiben. Lernmanagementsysteme stellen somit ein ebenfalls niedrigschwelliges, jedoch gleichermaßen institutionalisiertes Umfeld für Lerninteraktionen dar, und konstituieren ein wesentliches Element der Kontaktpflege innerhalb der digitalen Infrastruktur an der BABZ.

Neben dem Kurssystem, das sich an konkrete Teilnehmendengruppen richtet, wurde auf ILIAS auch ein frei zugänglicher Bereich angelegt. Dieses „Freie Lernangebot“ erlaubt es Interessenten, auf asynchrone Lerneinheiten in Form sogenannter Web-Based-Trainings (WBTs, d. h. geführte virtuelle Trainings mit Interaktionselementen) zuzugreifen. Die Erstellung der WBTs erfolgt über das Autorentool Articulate; hiermit können grafisch ansprechende Lerneinheiten erstellt werden, die Interaktionen und Quizfunktionen beinhalten. Professionell erstellte WBTs befassen sich mit verschiedenen Themen aus dem Bereich Bevölkerungsschutz, zu denen Rechtsfragen, CBRN-Schutz, das System des deutschen Bevölkerungsschutzes und viele weitere Themen zählen. Des Weiteren dient das „Freie Lernangebot“ der Information über bestehende Ausbildungsangebote und der Zugänglichmachung von Informationen und Materialien zu Ringvorlesungen und Kongressen.

Die 3D-Akademie „Virtuelle BABZ“

Als jüngstes digitales Angebot stellt die 3D-Akademie bzw. die „Virtuelle BABZ“ – die auf den Konzepten des „(Serious) Gamings“ bzw. des Übens in einer virtuellen Umgebung beruht – einen der BABZ nachempfundenen 3D-

Campus dar. Die frei begehbare Welt enthält Schulungs-, Austausch- und Kongressräume und ermöglicht die Durchführung von Seminaren, Kongressen, (Stabs-)Übungen und Ausstellungen. Unterschiedlich designte Avatare, die sowohl aus der Ego-, wie auch aus der Verfolgerperspektive gesteuert werden können und die z. B. mit Dienstkleidungen oder Uniformen unterschiedlicher Akteure ausgestattet werden, sollen hierbei die Identifikation der Kursteilnehmenden mit dem „Virtuellen Ich“ vertiefen.

Eine eigens eingerichtete 3D-Bibliothek steht zur freien Nutzung zur Verfügung und ermöglicht das Selbststudium. Zusätzlich existieren virtuelle spezialisierte Räumlichkeiten, die nach den jeweiligen Anforderungen modular bzw. individuell (u. a. mit 3D-Objekten) ausgestattet werden können. Die „Virtuelle BABZ“ soll Anfang Januar 2023 eröffnet werden.

Ständige (Über-)Prüfung des digitalen Angebotes

Mit ihren Angeboten deckt die BABZ in der digitalen Aus- und Weiterbildung im Bereich des Bevölkerungsschutzes ein breites Spektrum ab. Hierbei arbeitet die Akademie beständig an der zielgerichteten Überprüfung ihrer



Die BABZ hat die Zeit der Corona-Krise genutzt, um ihr Lernangebot umfassend auf die Anforderungen digitaler und innovativer Lehre einzustellen. (Foto: BBK)

Angebote. So geht die BABZ seit Herbst 2022 im Rahmen einer Transferevaluation u. a. der Frage nach den Lernerfolgen und der Akzeptanz von digitalen Lerninhalten innerhalb spezifischer Zielgruppen der Akademie nach. Die Transferevaluation ist Teil des kontinuierlichen Revisionsprozesses und des Qualitätsmanagements der BABZ, durch welches die Bundesakademie ihrer zentralen Stellung in der (Aus-)Bildung im Bevölkerungsschutz gerecht wird.

Dr. Eva Mareike Schmitt ist Mitarbeiterin des Referates Grundlagen der Aus- und Fortbildung, Qualitätsmanagement an der BABZ.

Lebensader Verkehr

Pilotseminar an der BABZ zu aktuellen Entwicklungen im Sektor Verkehr: Schutz Kritischer Infrastrukturen, Notfallvorsorge, Sicherstellung von Verkehrsleistungen

Marc-Andor Lorenz und Stefan Voßschmidt

Das Jahrhunderthochwasser in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hat im Ahrtal im Juli 2021 auf einer Strecke von 40 Kilometern Tod und Zerstörung gebracht. Mehr als 130 Menschen verloren ihr Leben. Die Spuren der Verwüstung werden noch lange sichtbar sein. Viele Menschen sind unverändert elementar betroffen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des lange geplanten Pilotseminars zu aktuellen Entwicklungen im Sektor Verkehr hatten im September 2021 also – im übertragenen Sinne – die Auswirkungen einer wahren Katastrophe vor Augen, als sie zu ihrem Austausch zusammenkamen, der gerade deshalb nur virtuell stattfinden konnte.

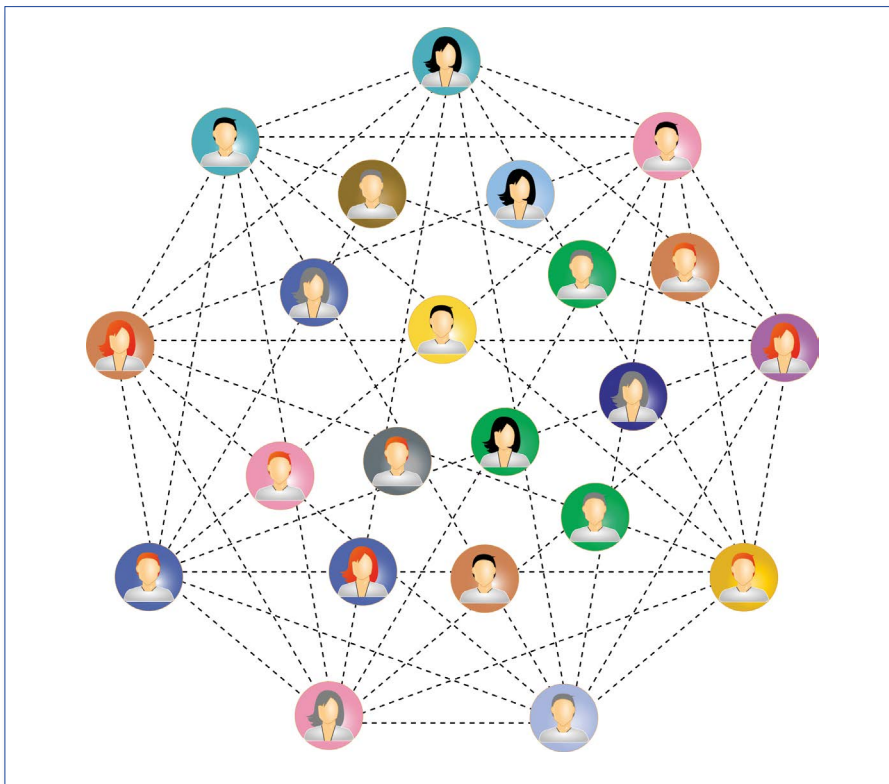
nunmehr Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), hatten dazu eingeladen, grundlegende Fragen des Schutzes Kritischer Infrastrukturen im Verkehr gemeinsam zu erörtern und strategisch miteinander ins Gespräch zu kommen. Das schloss die Notfallvorsorge und die Sicherstellung von Verkehrsleistungen ein. Auch die Schnittstellen zwischen Bund und Ländern sowie zu anderen Sektoren spielten eine wichtige Rolle.

Das Betreiben Kritischer Infrastrukturen aller Sektoren, die Katastrophenvorsorge, das Katastrophenmanagement – alles dies setzt voraus, dass die Lebensader Verkehr funktioniert. Hybride Bedrohungen steigern die Risiken und

können die Grenzen zwischen Katastrophenschutz und Zivilschutz verwischen. Bestehende Regelungen müssen mit Leben gefüllt sein, der Zivile Alarmplan (ZAP) muss z. B. im Detail stets aktuell gehalten werden. Elementar sind neben klaren Regeln auch die Menschen, die sie anwenden müssen. Damit ist der Grundsatz „3 K“ angesprochen: „In der Krise die Köpfe kennen!“.

Das im BMDV zuständige Referat G 33 (geleitet von Marc-Andor Lorenz) hatte den Impuls zu dem Austausch gesetzt, Doreen Ullrich und Guiletta Thalau übernahmen wesentliche Parts in Diskussion und Organisation und stellten die 40 Teilnehmenden so zusammen, dass sachkundige Vertreterinnen und Vertreter aus Bund und Ländern anwesend waren; auch wissenschaftlicher Sachverstand fehlte nicht. Teilweise wurde noch kurz vor Seminarbeginn um Plätze gerungen.

Das Referat G 33 des BMDV hat im Krisenmanagement zentrale Aufgaben: EU-Sicherheitspolitik, Gefahrenabwehr und NATO-Angelegenheiten im Bereich Verkehr und Logistik. In der zivilen Notfallvorsorge / Zivilen Verteidigung (ZN / ZV) umfasst das u. a.:



In der Krise die Köpfe kennen!
(Foto: Gordon Johnsen, pixabay.com)

Die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) in Ahrweiler und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI),

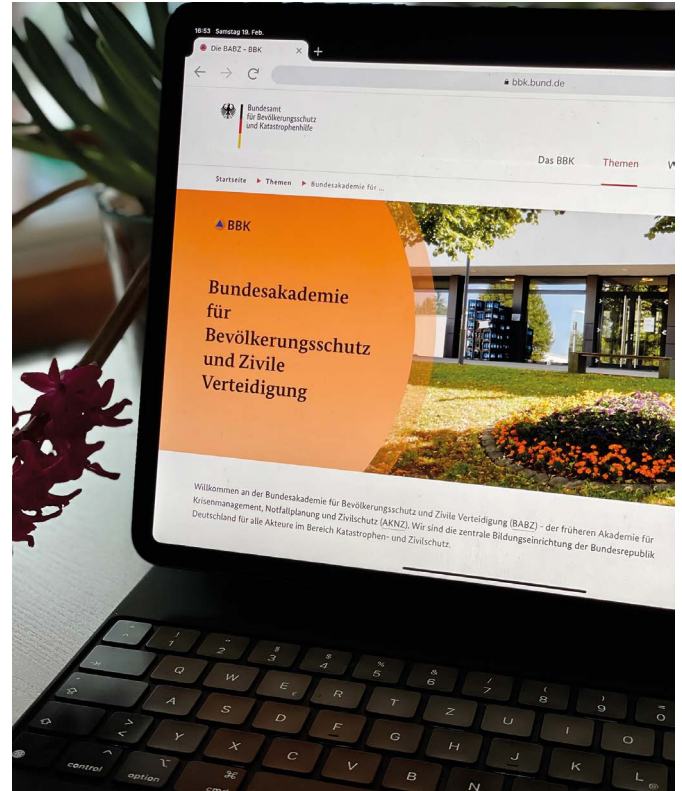
abwehr und NATO-Angelegenheiten im Bereich Verkehr und Logistik. In der zivilen Notfallvorsorge / Zivilen Verteidigung (ZN / ZV) umfasst das u. a.:

- Grundsatzfragen, Neuausrichtung und Koordinierung der ZN / ZV im BMDV und im Geschäftsbereich,
- Neukonzeption der Melderichtlinie (MeldRL) und Zivile Alarmplanung (ZAPL),
- Zivil-militärische Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der ZN / ZV,
- Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit der ZN / ZV, namentlich Verkehrsleistungsgesetz (VerkLG) und Verkehrssicherstellungsgesetz (VerkSiG).

Den Einstieg in das Pilotseminar bildeten Impulsvorträge von Dr. Dr. Dirk Freudenberg (BABZ) zur Aufgabe der Zivilen Alarmplanung und von Ingo Bäumer (BABZ) zu den Kritischen Infrastrukturen. Thomas Öller (Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern) sparte bei seinem wissenschaftlichen Blick auf die Verkehrsvorsorge anschließend nicht mit Kritik und setzte deutliche Akzente. Stefan Voßschmidt (BABZ) ordnete das rechtliche Regelwerk in die Systematik der deutschen Rechtsordnung ein (Grundgesetz, Notstandsverfassung, Sicherstellungs- und Vorsorgegesetzgebung) und erläuterte die Notwendigkeit der Regelungen anhand früherer großer Gefährdungslagen (Kuba-Krise, Tschernobyl). Ursula Mumpro (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, BMWK) und Ralf Klesel (Erdölbevorratungsverband) stellten die Bedeutung des Wirtschaftsgutes Öl und die gerade im Katastrophenfall zentrale Abhängigkeit von Verkehrsleistungen heraus. Krisenbewältigung setzt nicht zuletzt voraus, dass die Einsatzkräfte ihre Fahrzeuge bewegen können.

Bei der Anforderung von Verkehrsleistungen nimmt im Katastrophenfall das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) im Geschäftsbereich des BMDV (künftig Bundesamt für Logistik und Mobilität – BALM) eine zentrale Rolle ein, viele Fäden laufen dort zusammen. Das erläuterte Peter Mathei (BAG). Wie die Zusammenarbeit und die Abläufe genau funktionieren, stellten anschließend Doreen Ullrich und Guiletta Thalau (beide BMDV) dar. Die dafür zentrale Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz zur Sicherung von Verkehrsleistungen (VerkLGVwV) wurde neu gefasst und ist am 01.07.2021 in Kraft getreten. Die VerkLGVwV nebst Anlagen kann unter *verwaltungsvorschriften-im-internet.de* abgerufen werden. Neu ist u. a.:

- die Aufgaben und Zuständigkeiten der koordinierenden, zuständigen und anforderungsberechtigten Behörden werden genau beschrieben,



Das Pilotseminar zu aktuellen Entwicklungen im Sektor Verkehr fand im September 2021 aufgrund der Katastrophe virtuell statt. (Foto: BBK)

- die in der Krisenprävention und -bewältigung wahrzunehmenden Aufgaben im Zusammenspiel der koordinierenden, anforderungsberechtigten und zuständigen Behörden wurden abschließend definiert und verantwortet,
- die Prozesse werden detailliert und anschaulich in einem Ablaufdiagramm dargestellt,
- Formulare und Dokumente (u. a. Anforderungsformular und Verpflichtungsbescheid) wurden für eine einheitliche und schnelle Bearbeitung umfassend überarbeitet bzw. weitere Formulare (Formular für den Statusbericht der zuständigen Behörde an die koordinierende Behörde) neu aufgenommen,
- für ein besseres Verständnis wurden unbestimmte Rechtsbegriffe auch mit Beispielen erläutert.

Wie die rege Diskussion nach jedem Vortrag zeigte, gibt es noch viel zu bedenken. Dafür soll das Seminarformat verstetigt werden.

Marc-Andor Lorenz ist Leiter des Referates *EU-Sicherheitspolitik, Gefahrenabwehr und NATO-Angelegenheiten im Bereich Verkehr und Logistik* im Bundesministerium für Digitales und Verkehr.

Stefan Voßschmidt ist Mitarbeiter des Referates *Grundlagen der Aus- und Fortbildung und Qualitätsmanagement* im BBK und Dozent an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung.

Mobilität im Zivil- und Katastrophenschutz

Daniel Mandel, Lucas Salzmann und Gregor Hoppe

„Mal eben von A nach B fahren wird nicht funktionieren.“ Wer die Bilder aus der Ukraine sieht oder die Zerstörung der Flutkatastrophe 2021 noch vor Augen hat, der weiß: Damit geholfen werden kann, müssen Personal und Material befähigt werden, an den Einsatzort zu gelangen.

Die Unwetterereignisse im vergangenen Sommer mit z.T. erheblicher Zerstörung der (Verkehrs-)Infrastruktur und der aktuelle Wandel des sicherheitspolitischen Umfeldes, welcher durch kriegerische Akte ähnliche Effekte erzeugt, bekräftigen die Forderung des BBK, das künftige Fahrzeuge der ergänzenden Ausstattung des Bundes für den Katastrophenschutz im Zivilschutz mindestens geländefähig, je nach einsatztaktischer Forderung an das spezifische Fahrzeug sogar geländegängig zu gestalten sind. Diese Forderungen müssen auch dann gelten, wenn dies absehbar aufgrund der höheren Fahrzeugkomplexität mit Mehrkosten einhergeht.



Fahrzeuge – und Personal – müssen auch auf schwierige Umstände vorbereitet sein.

Ursächlich für diese Forderung ist, dass Einsatzszenarien des Zivil- und Katastrophenschutzes, also Katastrophereignisse wie auch kriegerische Auseinandersetzungen, häufig mit ausgefallener Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur einhergehen. Dementsprechend müssen die Fahrzeuge so gestaltet sein, dass sie auch unter widrigen Bedingungen Personal und Material sicher zum Einsatzort transportieren und folglich zur Wirkung bringen zu können. Daher sind entsprechend hohe Anforderungen an die Fahrzeuge bzw. die Technik zu stellen. Doch damit ist es nicht getan, denn auch die Helferinnen und Helfer müssen befähigt werden, unter diesen erschwerten Bedingungen den gestellten Einsatzauftrag zu erfüllen. Hiervon kann beispielsweise bei den Medizinischen Task Forces das Überleben von Patienten

und Patienten abhängen. Um die Fahrzeuge sicher zu bewegen, müssen die Einsatzkräfte deshalb besonders geschult werden und jenseits theoretischen Inputs auch intensive praktische Erfahrungen sammeln. Denn es gilt der bewährte Grundsatz: „Fahren lernt man nur durch Fahren.“

Zu hoffen, dass die personellen und technischen Fähigkeiten in der Realität so selten benötigt werden, dass auf eine dahin gehende Vorhaltung und Ausbildung verzichtet werden kann, ist aus einsatztaktischer und risikoanalytischer Sicht inakzeptabel.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat deshalb im November des letzten Jahres eine Sondierungsabfrage und einen Workshop an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) zum Thema „Mobilität im Zivil- und Katastrophenschutz“ initiiert. Ziel des Workshops war es, genauere Erkenntnisse zu gewinnen, ob in den Hilfs- und Einsatzorganisationen bereits flächendeckende Ausbildungsangebote im Kontext der Kraftfahrerausbildung für Szenarien des Zivil- und Katastrophenschutzes vorhanden sind und wie diese konkret durchgeführt werden.

Ergebnis war, dass in den Organisationen mit Ausnahme von THW und Bundeswehr keine einheitlichen und flächendeckenden Ausbildungskonzepte zu diesem Themenkomplex vorhanden sind. Inhalte wie das „Fahren im Katastrophenschutz“ und das „Fahren unter besonderen Bedingungen“ werden in den vorhandenen Ausbildungskonzepten lediglich punktuell, teils gar nicht vermittelt. Überkommend vertraten die Teilnehmenden des Workshops die Meinung, dass ein modernes, für extreme Situationen konzipiertes Fahrzeug den gestellten Einsatzauftrag nur erfüllen kann, wenn auch die Kraftfahrenden für den Einsatz in diesen Szenarien qualifiziert wurden.

Dementsprechend sind hierauf ausgerichtete Ausbildungsangebote zu schaffen. Kernpunkt hierbei ist, dass eine flächendeckende, einheitliche Ausbildung nur durch hierfür ausgebildete Multiplikatoren möglich ist. Schließlich gilt es aus fachlicher Sicht, alle Kraftfahrenden organisationsübergreifend vergleichbar auszubilden, um bspw. auch bei gemischten (Marsch)Verbänden ein vergleichbares Qualifikationsniveau der Einsatzkräfte sicherstellen zu können. Daher wurden im zweiten Teil des Workshops gemeinsam mit den Hilfs- und Einsatzorganisationen sowie dem Technischen Hilfswerk die Anforderungen an Ein-

satzkräfte beim Führen von Fahrzeugen in besonderen Lagen identifiziert und relevante Ausbildungsinhalte für ein Pilotseminar definiert. Hierzu gehören neben dem Fahren im Verband beispielsweise das Fahren im Gelände, die Fahrzeugbergung oder das Fahren unter CBRN-Bedingungen.

Kategorie 1	straßenfähig	Ein Fahrzeug, das üblicherweise zum Befahren von befestigten Straßen geeignet ist.
Kategorie 2	gelände-fähig	Ein Fahrzeug, das zum Befahren aller Straßen und bedingt für Geländefahrten geeignet ist. In der Kategorie 2 wird weiter unterschieden in: <ul style="list-style-type: none"> • Fahrzeuge mit eingeschränktem Fahrvermögen im Gelände • Fahrzeuge mit besserem Fahrvermögen im Gelände, üblicherweise erreicht durch Differentialsperre und Singlebereifung
Kategorie 3	gelände-gängig	Ein Fahrzeug, das zum Befahren aller Straßen und für Geländefahrten geeignet ist. Das Fahrzeug verfügt üblicherweise über einen Antrieb an allen Achsen und Differentialsperre/n und Singlebereifung

Fahrvermögen gemäß DIN EN 1846-1.

Im Anschluss an den Workshop erfolgte eine Konkretisierung der möglichen Multiplikatoren-ausbildung in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, da dort seit Jahren sogenannte Kraftfahrfeldwebel, die für die Kraftfahr-ausbildung in den Einheiten zuständig sind, geschult werden und dementsprechend dort eine umfassende Expertise im Bereich der Kraftfahrerausbildung für Einsatzsituationen vorhanden ist.

Hierauf aufbauend wurde das Pilotseminar zur Ausbildung von Multiplikatoren für das Kraftfahrwesen im Zivil- und Katastrophenschutz für 12 Teilnehmende in Kooperation mit der Bundeswehr und deren Logistikschule in der Zeit vom 4. Juli 2022 - 15. Juli 2022 in der Lucius-D.-Clay-Kaserne in Garlstedt durchgeführt.

Um ein für ehrenamtlich Helfende geeignetes kompaktes Ausbildungsformat zu schaffen, musste die Ausbildungszeit stark limitiert werden. Daher mussten die Teilnehmenden über Einsatzerfahrung verfügen, erfahrene Kraftfahrer im Bereich der Führerscheinklasse C sein, technisches Grundverständnis besitzen und bereits als Ausbilder in der jeweiligen Organisation eingesetzt werden.

Trotz der Corona-Pandemie und der bestehenden großen Belastungen ist es gelungen, dass von Seiten des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Malteser Hilfsdienstes, des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz stellvertretend für die Bundesländer sowie des Technischen Hilfswerkes eine Teilnahme ermöglicht werden konnte. Dies ist für das BBK besonders wichtig, weil so von den unterschiedlichen Erfahrungen profitiert, ein gemeinsames Verständnis geschaffen und die interorganisationale Zusammenarbeit verbessert werden konnte.

Im Rahmen des Pilotseminars wurden die vorab definierten Lehrgangsinhalte einem ersten Praxistest unterzo-

gen. Ideen und Verbesserungswünsche wurden durch die erfahrenen Einsatzkräfte eingebracht, was die Weiterentwicklungen der Multiplikatoren-ausbildung ermöglicht.

Während des Lehrganges standen insbesondere praktische Übungen, wie das Befahren von Sand- und Geröllstrecken, die Durchquerung von schlammigem und sandigem Gelände sowie das Überwinden von Hindernissen im Vordergrund. Schließlich galt es auch die Annahmen über Einsatzszenarien und die damit verbundenen Herausforderungen zu prüfen. Hier zeigten sich die Vorteile der Durchführung des Lehrganges bei der Bundeswehr. Denn die dort tätigen Fahrlehrer und Kraftfahr-feldwebel-ausbilder konnten als Ausbilder dieses Pilotlehrganges mit viel Erfahrung bezüglich des Fahrens im Gelände und in Einsatzsituationen den Teilnehmenden ihr Wissen und ihre Erfahrung im realen Gelände weitergeben. Durch die Möglichkeit, die Übungsplätze und Gelände-lehrbahnen der Logistikschule nutzen zu können, waren während des Pilotlehrganges viele unterschiedliche Hindernisse, Untergründe und Geländestrecken zum Testen des Könnens von Mensch und Fahrzeug verfügbar. Hierbei war es ausdrücklich erwünscht, dass die Teilnehmenden die gestellten Aufgaben mit organisationseigenen Fahrzeugen getreu dem Motto: „train as you fight“ bewältigen, wobei stets auf die Expertise der Ausbilder zurückgegriffen werden konnte.



Fahren im Gelände stellt hohe Ansprüche an Mensch und Material.

Neben den praktischen Erfahrungen im Gelände wurden auch mehrfach Methoden für eine solche Ausbildung thematisiert sowie einige Themen durch die Lehrgangsteilnehmenden vorbereitet, vorgestellt und abschließend besprochen. Schließlich sollen die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren künftig selbständig anderen Einsatzkräften die Ausbildungsinhalte vermitteln und praktische Übungen anleiten.

Mit etwas zeitlichem Abstand zum Pilotseminar wurde eine Evaluation mit den Beteiligten bzw. den Vertretungen der Hilfs- und Einsatzorganisationen an der BABZ durchgeführt. Der zeitliche Abstand zwischen dem Pilotseminar und der Evaluationsveranstaltung war wichtig, da hierdurch

den Beteiligten Gelegenheit zur Reflexion und Abstimmung gegeben wurde. Im Zuge der gemeinsamen Evaluation flossen die Erfahrungen in die weitere Konzeption ein. Hierdurch konnten die Ausbildungsinhalte in Teilen nachgeschärft und Erfordernisse hinsichtlich einer flächendeckenden Ausbildungsorganisation definiert werden.

Während der Evaluation zeigte sich, dass eine flächendeckende Schulung von Kraftfahrerinnen und Kraftfahrern für Szenarien des Zivil- und Katastrophenschutzes nicht zeitnah allein durch die seitens des BBK ausgebildeten Multiplikatoren realisierbar ist.

Bei Erreichen des Ausstattungssolls der ergänzenden Ausstattung von ca. 5.400 Einsatzfahrzeugen müssten bei der Vorhaltung von Doppelbesatzungen allein für die Bun-



Bei Erreichen des Ausstattungssolls der ergänzenden Ausstattung von ca. 5.400 Einsatzfahrzeugen müssten bei der Vorhaltung von Doppelbesatzungen allein für die Bundesfahrzeuge ca. 10.800 Kraftfahrer geschult werden. (Fotos: BBK)

desfahrzeuge ca. 10.800 Kraftfahrende geschult werden. Der derzeit angestrebte Lösungsansatz sieht ein mehrstufiges Ausbildungssystem vor. Hierbei ist angedacht, dass die durch das BBK ausgebildeten Multiplikatoren die künftigen Standortausbilder und -ausbilderinnen schulen. Diese wiederum teilen das Wissen mit dem Kraftfahrpersonal in ihren Einheiten und führen die Standortausbildung selbstständig durch. Wie dies konzeptionell im Detail gestaltet werden soll, befindet sich derzeit in der Erarbeitung bzw. Ausplanung.

Weiter zeigte sich auch der Zwiespalt zwischen einer detaillierten Ausbildung im Rahmen der Multiplikatoren-schulung vor Ort und der zeitlichen Verfügbarkeit der Teilnehmenden, die größtenteils ehrenamtlich Helfende sind und teilweise Schwierigkeiten bezüglich der Freistellung über einen längeren Zeitraum durch die Arbeitgeber auftreten können. Einen Lösungsansatz, um diesem Problem zu begegnen und die Ausbildungszeit in Präsenz möglichst effizient zu gestalten, bildet hier das digitale Lernen. Denkbar ist, dass theoretische Inhalte in dieser Form vorab zur Verfügung gestellt, gelehrt und abgeprüft werden. Hierdurch

könnte sichergestellt werden, dass während der Präsenzveranstaltung auf ein einheitliches Wissensfundament aufgebaut und die Vermittlung von praktischen Inhalten im Vordergrund stehen kann.

Inhalte des Pilotseminars waren unter anderem:

- Fahrsicherheitstraining für Einsatzfahrzeuge
- Fahren im Gelände
- Besondere Situationen im Einsatz (Gewässerdurchfahrt, Befahren von Schnellbrücken etc.)
- Fahren unter CBRN-Bedingungen
- Fahren im Marschverband
- Autarkie im Gelände (Abschleppen und Bergen, Nutzung von Gleitschutzketten etc.)
- Rechtsgrundlagen im Kraftfahrwesen
- Fahrphysik und Fahrzeugtechnik
- Einweisertätigkeiten

Investition in die Sicherheit

Auf Basis der Erkenntnisse der Evaluation des ersten Pilotlehrganges ist bereits nächstes Jahr der Pilotlehrgang 2.0 geplant, mit dem Ziel, im Anschluss die „Serienreife“ zu erreichen. Grundsätzlich wird das Ziel verfolgt, durch die Multiplikatoren für das Kraftfahrwesen künftig eine flächendeckende und auf die Bedarfe des Zivil- und Katastrophenschutzes ausgerichtete Kraftfahrausbildung anzubieten. Denn wie beschrieben ist es essenziell, dass die Einsatzkräfte im Umgang mit den Fahrzeugen auch im Gelände geschult werden. Der Qualifizierungsbedarf ist umso größer, je mehr die Fahrzeuge der ergänzenden Ausstattung von den alltäglichen Fahrzeugen abweichen. Da diese Abweichung bei geländefähigen und geländegängigen Fahrzeugen gegeben ist, müssen die Nutzer im Umgang mit der nach §§ 11 ff. ZSKG zur Verfügung gestellten Mobilitätsplattform geschult werden. Die Forderung nach entsprechenden Unterweisungen wird auch durch die DGUV Vorschrift 70 und die DGUV Information 205-024 unterstrichen.

Durch diesen Lehrgang des BBK soll sichergestellt werden, dass die in Zukunft ausgebildeten Multiplikatoren ihr erlerntes Wissen in die Breite der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben streuen, sodass eine Ausbildung für das Fahren in Szenarien des Zivil- und Katastrophenschutzes sichergestellt werden kann.

Damit soll perspektivisch erreicht werden, dass die Einsatzkräfte in Zukunft gewappnet sind, unter widrigen Verhältnissen im Einsatz den Auftrag sicher und erfolgreich auszuführen und der Bevölkerung dort effektiv zu helfen, wo Hilfe notwendig ist.

Daniel Mandel ist Mitarbeiter des Referates *Forschung und Grundlagen* im BBK.

Lucas Salzmann ist Dozent und Ausbilder für *Technik, Sicherheit und Logistik* beim Arbeiter-Samariter-Bund.

Gregor Hoppe leitet das Referat *Sonderprojekte* im Landesverband NRW der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Aufbau eines Netzwerkes zur Pädagogik im Bevölkerungsschutz

Claudia Richter

Zählt Bildung zu den Kritischen Infrastrukturen? Oder ist sie „nur“ systemrelevant? Unabhängig davon, wie die Diskussionen von Experten und Politikern hier ausgehen, steht Bildung für die BABZ im absoluten Mittelpunkt – so wie bei den aus- und weiterbildenden Schulen im Bevölkerungsschutz ebenso.

Lernen unter veränderten Bedingungen

Es wurde bereits viel darüber gesprochen und geschrieben, wie die Pandemie das Lernen verändert hat. Die digitale Lehre in all ihren Facetten hatte sich schon lange vor 2020 im Bereich der Erwachsenenbildung vor allem im internationalen Bereich ausgebreitet. Es ist aber nicht zu leugnen, dass die Pandemie auch im nationalen Kontext einen enormen Schub dazu gegeben hat, die oft reine Präsenzlehre umzustellen. Das passierte in vielen Fällen sehr abrupt, mit wenig Vorbereitung und somit zunächst nur in recht simplen Umstellungen auf Online-Vorlesungen. Auch die BABZ musste natürlich all ihre Seminare und Veranstaltungen auf Online-, in Ausnahmefällen auch Hybrid-Formate umstellen. Seit 2021 sind wir aber verstärkt dabei, das Potenzial der Online-Formate besser auszuschöpfen: die Lernplattform ILIAS wird nicht nur als Speicherort für Präsentationen genutzt, sondern wird mit Foren, Umfragen, Ergänzungsmaterialien ergänzt. Ab 2023 wird die BABZ Sie auch in ihre virtuelle Schwester, die vBABZ, einladen. Hier können Sie zunächst als Avatar am Seminar, an einer Besprechung oder sogar an einer Konferenz teilnehmen. Der komplette Zusatznutzen wird dann deutlich, wenn wir auch 3D-Simulationen oder 3D-Modelle einsetzen können, an denen alle individuell lernen und üben können. Auch hierbei wird es sicher fruchtbare Kooperationen mit anderen Schulen geben, die schon mit der virtuellen Lernumgebung arbeiten.

Natürlich werden die reinen Bildungsformate in Präsenz nicht wegfallen – wann immer möglich und sinnvoll, werden diese weiterhin eine bevorzugte Form des Zusammenkommens und Lernens bleiben. Wir werden sie nur eben mit digitalen Angeboten ergänzen, und so auch noch mehr Raum für Austausch und Diskussion schaffen.

Kompetenzen weiter im Blick

Das Herausbilden von Kompetenzen bei den Akteuren im Bevölkerungsschutz ist die Zielvorgabe der BABZ. Kompetenzorientierung wird als didaktische Vorgabe verstanden. Diese Zielstellung ist für Pädagogen manchmal eine Herausforderung, bleibt doch immer die Erkenntnis, dass

nur jede/r Einzelne seine/ihre Kompetenzen selbst erwerben und stärken muss. Aber natürlich wollen und können die Pädagogen hierbei unterstützen: mit Bildungsangebo-



Unterschiedliche Formate: Präsenzseminar (o.) und digitaler Kongress (u.).



ten, die nicht die pure Wissensvermittlung in das Zentrum stellen, sondern die Anwendung, die Analyse, die kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen im entsprechenden Berufs- oder auch Lebenskontext. Damit dies nicht nur rein intuitiv passiert, hat die BABZ Ende 2021 damit begonnen, Kompetenzprofile zu entwickeln – zunächst für Dozenten und Dozentinnen im Bevölkerungsschutz. Unser Kompetenzmodell ist an die Niveaustufen des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) angelehnt, wird aber auf die Bedarfe und Besonderheiten im Bevölkerungsschutz angepasst. Anfang 2023 wird das Kompetenzmodell für Dozenten und Dozentinnen vorgelegt werden können. Damit werden diese sich besser einschätzen können und so evtl. individuellen Fortbildungsbedarf identifizieren können.

In einem nächsten Schritt sollen auch sukzessive Kompetenzmodelle für spezifische Zielgruppen erstellt werden. Anhand dieser Kompetenzmodelle wird es dann noch einfacher sein, Bildungsangebote passgenau auf unsere Zielgruppen auszugestalten.



Brainstorming und Austausch bringen Vernetzung auf den Weg.
(Fotos: BBK)

dene Themen und Schwerpunkte ihrer Praxis zu beleuchten und zu diskutieren. Dieser stets sehr fruchtbare Austausch wird natürlich weitergeführt – aber auch auf eine neue Stufe gebracht: 2021 gab es den Anstoß, aus dem „Forum Bevölkerungsschutzpädagogik“

ein „Netzwerk Bevölkerungsschutzpädagogik“ zu entwickeln. Dies wurde nun im Oktober 2022 in Angriff genommen. Neben den Zielen und Aufgaben sowie Nutzen wurden auch eine Stakeholder-Analyse und die Rahmenbedingungen umrissen. Weitere Schritte zur Etablierung werden in den nächsten Monaten folgen. Auf jeden Fall sind alle pädagogischen Verantwortlichen der Schulen im Bevölkerungsschutz eingeladen, sich in diesem Netzwerk zu engagieren! Ein erstes Vorhaben wurde bereits in Angriff genommen: das Abstimmen über ein gemeinsames pädagogisches Grundlagenmodul für Anleitende sowie Dozenten und Dozentinnen in den verschiedenen Schulen.

Dies ist ein entscheidender und wichtiger Schritt in Richtung enge Kooperation – vielleicht sogar in gegenseitige Anerkennung ...? Wir bleiben

zuversichtlich und optimistisch, dass dies der richtige Weg in die weitere Professionalisierung ist.



Erleben statt pure Wissensvermittlung.

Gemeinsam für gleiche Ziele – das Netzwerk Bevölkerungsschutzpädagogik

Seit 2016 treffen sich jährlich Pädagogen und Pädagoginnen im Bevölkerungsschutz an der BABZ, um verschie-

Claudia Richter ist Referentin im Referat Grundlagen der Aus- und Fortbildung, Qualitätsmanagement im BBK.

Engagement im Bevölkerungsschutz in die Zukunft denken

Eine Metaperspektive auf Forschung und Praxis

Sara T. Merkes, Theresa Zimmermann und Martin Voss

Das Projekt ATLAS-ENGAGE zieht Bilanz: Was wurde bereits zu Engagement und Ehrenamt im Bevölkerungsschutz geforscht? Welche praktischen Ansätze gibt es zur Stärkung des Engagements

und zur Zusammenarbeit unterschiedlicher Engagementstypen? Und wo stehen wir, was lernen wir und welche Bedarfe für Forschung und Praxis ergeben sich für die Zukunft?

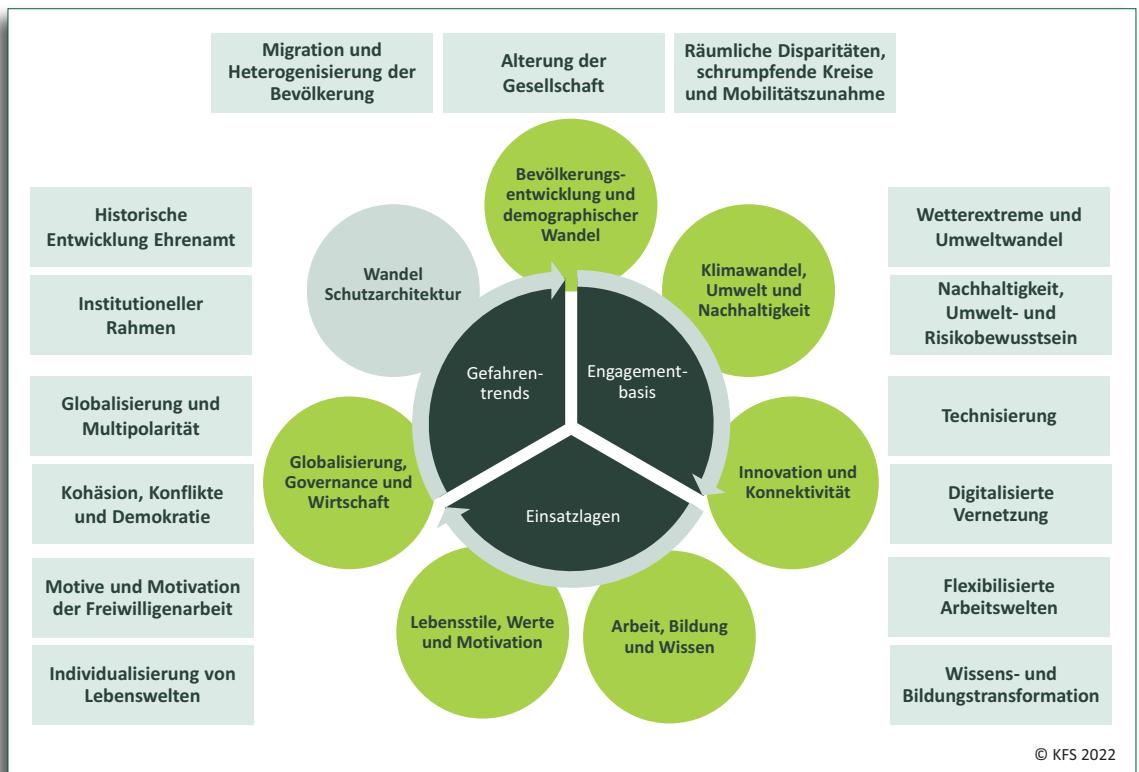
Ehrenamt und Engagement fungieren gewissermaßen als Kitt, der unsere Gesellschaft verbindet und prägt – im Alltag, aber ebenso in Krisenzeiten. Im vom BBK geförderten Projekt ATLAS-ENGAGE gehen wir den Fragen nach, welche gesellschaftlichen Entwicklungen sich wie auf Engagement im Bevölkerungsschutz auswirken und wie sich partizipative Krisenbewältigung in Zukunft gestalten könnte. Hierzu bündeln wir in einem Trendbericht Forschungs- und Fachperspektiven zu Treibern von sich verändernden Hilfsformen und Gefahren, die sich wiederum auf die Einsatzlagen auswirken. Vor diesem Hintergrund analysieren wir den beachtlichen Forschungs- und Praxisstand zu Engagement in Krisen. Bislang konnten wir über 70 Forschungsprojekte und 270 Praxisansätze sammeln, die wir einer strukturierten Metaanalyse unterziehen. Das Projekt ATLAS-

ENGAGE ist auf zwei Jahre angelegt und befindet sich aktuell in der Halbzeit. Somit sind die im folgenden geschilderten Einblicke als derzeitiger Arbeitsstand zu begreifen.

Bevölkerungsschutz als System im Wandel

Schauen wir uns Megatrendanalysen, Beiträge aus Praxis und Forschung und Perspektiven von Fachleuten an, dann lassen sich einige große Entwicklungsbereiche identifizieren, die Konsequenzen für das komplexe deutsche Hilfeleistungssystem im weiteren und den Bevölkerungsschutz im engeren Sinne haben bzw. teilweise dieses auch schon mit zu dem gemacht haben, was wir heute vorfinden. Durch eine strukturierte Literaturrecherche und ein in-

Abbildung 1: Trends und Auswirkungen auf Engagement im Bevölkerungsschutz.



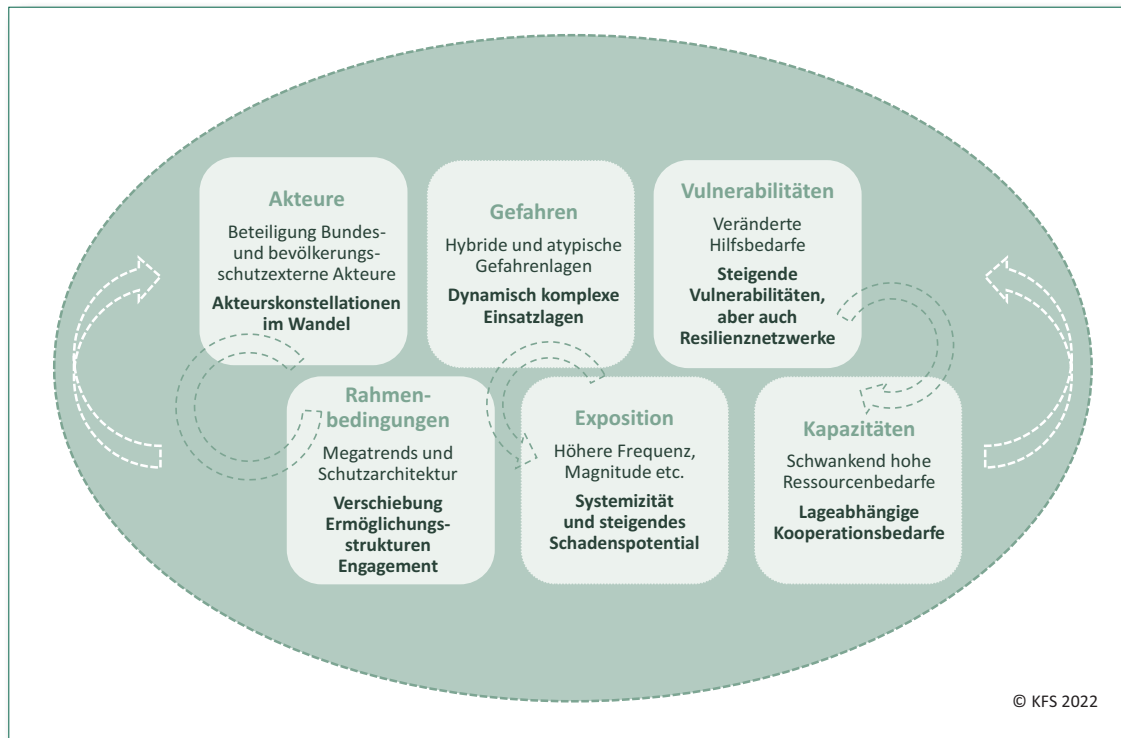


Abbildung 2: Veränderungen und Veränderungsbedarfe im Bevölkerungsschutz.

haltsanalytisches Vorgehen haben wir – zusätzlich zu Entwicklungen der Schutzarchitektur selbst – sechs sogenannte Megatrend-Cluster identifiziert, die jeweils verschiedene Trends mit Auswirkungen auf den Bevölkerungsschutz allgemein, Gefahren- und Einsatzlagen sowie Engagement(formen) umfassen (Abbildung 1). Seien es Bevölkerungsentwicklung, Klimawandel, Digitalisierung, Arbeits- und Bildungswelten, Werte und Motivationen, Globalisierung, Politik und Wirtschaft oder auch die Veränderungen der institutionellen Schutzarchitektur – der Bevölkerungsschutz existiert nicht isoliert von der Bevölkerung bzw. Gesellschaft, der er verpflichtet ist. Im Gegenteil, er wird von ihr mitgestaltet und getragen. Umso wichtiger ist es, immer wieder zu fragen, was Entwicklungen im Großen wie im Kleinen für den Katastrophen- und Zivilschutz im Allgemeinen und – wie in unserem Projekt – im Besonderen für das Engagement und Ehrenamt in Krisen und Katastrophen bedeuten (können).

Basierend auf unseren Recherchen zu gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungsverläufen des Engagements im Bevölkerungsschutz lässt sich fragen, welche Transformationsprozesse, -potenziale und -notwendigkeiten sich für den Bevölkerungsschutz ergeben. Hierzu stellen wir folgende Beobachtungen an (Abbildung 2):

Erstens sehen wir neue Akteure bzw. eine erstarkende Bedeutung von Akteuren, die auf Bundesebene fungieren oder außerhalb des Bevölkerungsschutzes stehen. Hier denke man beispielsweise an die Beteiligung der Bundeswehr in Pandemie- und Starkregeneinsätzen oder auch an die vielen Hilfsinitiativen aus der Bevölkerung, wenn es um die Versorgung von Geflüchteten 2015-2016 und 2022, die Bewältigung der Starkregeneignisse 2021 oder auch die Nachbarschaftshilfe im Rahmen der SARS-CoV-2 Pan-

demie geht. Kurzum, es lässt sich ein gewisser Wandel von Akteurskonstellationen bzw. der Bedeutung bevölkerungsschutzexterner Akteure im Kontext der Krisen- und Katastrophenbewältigung feststellen.

Zweitens ergibt unsere Trendanalyse, dass eine Reihe gesellschaftlicher Veränderungen sich auf den Bevölkerungsschutz und zivilgesellschaftliches Engagement auswirken. Entsprechend finden Verschiebungen von Ermöglichungsstrukturen zum Engagement und eine Diversifizierung von Engagementformen neben dem klassischen Bevölkerungsschutzehrenamt statt. Dies bedeutet nicht, dass das „klassische“ Bevölkerungsschutzehrenamt akut vom Aussterben bedroht ist – manche Organisationen konnten in den letzten Jahren sogar an Zuwachs gewinnen –, sondern dass es ergänzt wird durch andere Formen des Engagements und dass das Ehrenamt in seiner Ausgestaltung auch Anpassungen an neue Umstände vornimmt. Ehrenamt heute ist nicht unbedingt vergleichbar mit Ehrenamt vor 20 Jahren.

Drittens ist laut Gefahren- und Risikoanalysen neben den „Klassikern“ mit einer Zunahme an hybriden und atypischen Gefahrenlagen zu rechnen. Diese bergen besondere Herausforderungen z. B. was ihr Konfliktpotenzial, das Zusammenspiel unterschiedlichster Akteure und Ebenen oder die Klärung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten angeht. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für einen zukunftsrobusten Bevölkerungsschutz mit dynamisch komplexen Einsatzlagen umgehen zu können und sich entsprechend aufzustellen.

Uneindeutig ist die Datenlage zu allgemeinen Katastrophentrends, mindestens hinsichtlich der Frage, ob die Gefahren oder die Vulnerabilitäten zunehmen oder aber hauptsächlich die Summe versicherter Werte, deren Verlust dann umso stärker als katastrophal wahrgenommen wird. In der

Konsequenz und auch hinsichtlich der oben genannten Trends im Allgemeinen zeigt sich aber, dass zukünftig mit einer höheren Frequenz, Magnitude, Flächendeckung usw. von Katastrophen und Krisen gerechnet werden muss. Dies bedeutet viertens eine insgesamt stärkere Exposition und dass komplexe, ineinandergreifende, überlappende Krisen nach dem Motto „Pandemie plus Starkregen gefolgt von Ukraine-, Wirtschafts- und Energieversorgungskrise plus X“ wahrscheinlicher werden. Vernetzte Gesellschaften sind mit systemischen Krisen und Effekten und sich potenzierenden Schadenspotentialen konfrontiert.

Fünftens verändern sich entsprechend der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Trends auch Vulnerabilitäten und Hilfsbedarfe. Hier seien beispielsweise der höhere Prozentanteil an pflegebedürftigen Menschen, aber auch Technologieabhängigkeit, Migration, nicht auf Hitzewellen ausgerichtete Infrastruktur, die Volatilität und Abhängigkeit von globalen Märkten etc. erwähnt. Einerseits lassen sich steigende Vulnerabilitäten beobachten, aber durchaus auch Ansätze zur Erhöhung der Resilienz. Denn besondere Herausforderungen bergen auch Sternstunden für Tatenrang, Erfindungsreichtum und Gemeinschaftssinn.

Sechstens lässt sich beobachten, dass an den Bevölkerungsschutz sehr unterschiedliche Ressourcenbedarfe herangetragen werden. Während in manchen Jahren Ehrenamtliche seltener in den Einsatz kommen, können andere Szenarien die vorhandenen, vor allem auch lokalen Ressourcen überfordern (Abbildung 3). Mit den sehr schwankenden Ressourcenbedarfen gehen lageabhängige Bedarfe der integrierten Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure, Sektoren und Ebenen, der Kapazitätenbündelung und -erhöhung und der Kooperation mit Nicht-Bevölkerungsschutzakteuren einher.

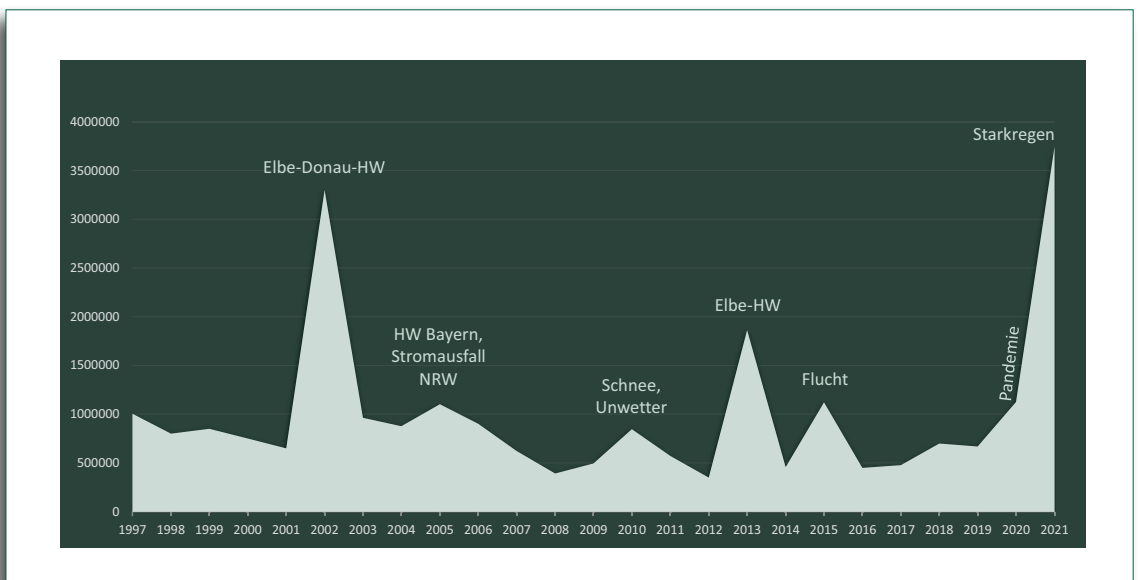
Eine Vogelperspektive auf Forschung und Praxis

Implizit und explizit werden laufend Antworten auf und Umgangsweisen mit diesen Entwicklungen erarbeitet –

denn Fragen rund um die Gestaltung und Stärkung von Beteiligung im Bevölkerungsschutz sind ein Dauerthema in anwendungsbezogener, transdisziplinärer Bevölkerungsschutzforschung und in der alltäglichen Arbeit der Hilfsorganisationen, des THW und der Freiwilligen Feuerwehren. Für dieses Thema einschlägige Forschungsprojekte der letzten 20 Jahre wurden beispielsweise im Rahmen der BMBF-Förderlinie SIFO: Forschung für die zivile Sicherheit (ca. 33 Projekte), Förderlinien der Europäischen Union wie Horizon 2020 (ca. 14 Projekte) und durch Landesministerien (ca. 7 Projekte), das BBK (ca. 6 Projekte) und vereinzelt weiteren Förderern wie anderen Bundesministerien oder Stiftungen ermöglicht. Oftmals fand eine Zusammenarbeit in inter- bis transdisziplinären Konsortien statt, in denen beispielsweise neben Forschungseinrichtungen Bevölkerungsschutzakteure wie Hilfsorganisationen, Behörden und Verwaltungen, Unternehmen etc. vertreten waren. Empirisch wird vielfach auf eine Mischung aus quantitativen und qualitativen Methoden zurückgegriffen. Die Forschungsfragen überschneiden sich teilweise, aber ergänzen sich meistens in ihrer Fokussierung und ihren Lösungsansätzen. Dabei behandeln sie Einsatzkontexte und Gefahren entlang von spezifischen Fällen und Szenarien. Deutlich wird, dass die Katastrophenbewältigung in der Regel im Vordergrund steht, während Zivilschutzszenarien eher seltener betrachtet werden. Als praktische Lösungsansätze wurden in den Forschungsprojekten u. a. Lösungen für die Bereiche Ausbildung, Organisation, Gesellschaft und Technik entwickelt. Darunter fallen diverse Schulungsmaterialien, Managementkonzepte und Handreichungen, Best-Practice-Übersichten sowie technische Systeme und Applikationen.

Neben den transdisziplinären Forschungsverbänden erarbeiten auch Verbände, Behörden oder einzelne Ortsgruppen der Einsatzorganisationen praktische Ansätze zu Engagement und Ehrenamt im Bevölkerungsschutz. Die Ziele sind dabei so vielfältig wie die Ansätze selbst: Während einige die Aus- und Fortbildung von Einsatzkräften, die Gewinnung, Bindung und Vernetzung ehrenamtlicher / freiwilliger Helfer oder die Nachwuchsarbeit und Diver-

Abbildung 3:
THW-Einsatzstunden
1997-2021.
(Eigene Darstellung
basierend auf folgenden
Datenquellen:
THW-Jahresberichte
2002, 2005, 2010, 2013,
2015, 2018, 2020, 2021)



sifizierung thematisieren, fokussieren andere die bessere Koordinierung von u. a. Spontanhelfenden bzw. ungebundenen Hilfswilligen oder die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit innerhalb der Bevölkerung. Die entwickelten Ansätze umfassen beispielsweise Werbe- und Imagekampagnen, Apps und Plattformen z. B. zur Koordinierung von Helfenden, Ausbildungen, Kurse und Weiterbildungen, Koordinierungsstellen für den Einsatz, Arbeitskreise und Projektgruppen, Leitfäden und Handlungshilfen sowie Ausdrucksformen der Anerkennung und Wertschätzung. Im Projekt ATLAS-ENGAGE erfassen und systematisieren wir diese Ansätze und werden im weiteren Projektverlauf eine Übersicht dazu veröffentlichen – denn viele dieser Ansätze sind so gut durchdacht und weit entwickelt, dass es sich auf jeden Fall lohnt, voneinander zu lernen.

Ausblick

Neben den geschilderten Bausteinen erarbeiten wir im Projekt eine Typologie von Engagementformen und entwickeln Kriterien für deren Tauglichkeit für unterschiedliche Praxiskontexte – von der alltäglichen Gefahrenabwehr über größere Katastrophen bis zu Zivilschutzlagen. Die Typologie ermöglicht die Betrachtung von Engagementformen, -merkmalen und -dimensionen in ihrer Vielfältigkeit und entlang verschiedener Phasen der Katastrophenbewältigung. Sie kann somit als Grundlage für Bevölkerungsschutzorganisationen und Kommunen dienen, spezifische Umgangsstrategien sowie Konzepte für die Einbindung von bestimmten Engagementtypen zu entwickeln. Ebenso kann sie z. B. in Ausbildungskontexten ein Werkzeug sein,

um den Blick auf Engagement in Krisen und Katastrophen einerseits zu weiten, andererseits aber auch hinsichtlich verschiedenster Typen, ihrer Potenziale und Bedarfe sowie möglichen Herausforderungen zu schärfen. Dazu stehen wir in engem Austausch mit den verschiedenen Einsatzorganisationen, stets mit dem Ziel, den Wandel der Engagementformen wissenschaftlich zu begleiten, die Erkenntnisse hierzu zu bündeln und praxisrelevantes Orientierungswissen bereitzustellen.



Engagement für Kriegsgeflüchtete am Berliner Hauptbahnhof 2022.
(Foto: Sara T. Merkes)

Das Projekt ATLAS-ENGAGE „Atlas des zivilgesellschaftlichen Engagements im Bevölkerungsschutz - Gesellschaftliche Veränderungen und Einbindung in Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)“ (10/2021 - 09/2023) beschäftigt sich mit unterschiedlichen Beteiligungsformen im Bevölkerungsschutz und in Katastrophenlagen im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen.

Das Projekt wird vom BBK gefördert, von der Katastrophenforschungsstelle der Freien Universität mit einem Unterauftrag an das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes durchgeführt und von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk fachlich begleitet.

Weitere Informationen zum Projekt unter:

www.fu-berlin.de/atlas-engage

Sara T. Merkes und Theresa Zimmermann arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der Katastrophenforschungsstelle, Freie Universität Berlin, im Projekt ATLAS-ENGAGE.

Die Projektleitung hat Prof. Dr. Martin Voss, Leiter der Katastrophenforschungsstelle und Universitätsprofessor im Fachgebiet Sozialwissenschaftliche Katastrophenforschung, inne.

Inside 6. Kleeblatt

Das BBK hat mit dem GMLZ für die Übernahme von Patientinnen und Patienten aus dem Ukrainekrieg die Rolle eines 6. Kleeblattes übernommen

Sonja Engels, Charlotte Hartig, Nina Klein, Klara Schlicksupp und Dominik Lorenz

6. Kleeblatt?

Gerade erst war es Deutschland möglich, sich nach der letzten schweren Welle von den Strapazen einer Delta- und einer Omikron-Variante in der SARS-CoV-2-Pandemie zu erholen, als am 24.02.2022 der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann.

Die Pandemie machte es zuvor notwendig, dass aufgrund der Vielzahl an Intensivpatientinnen und -patienten und damit einhergehender regionaler Überlastungssituationen COVID-19-Patientinnen und -Patienten innerhalb Deutschlands verlegt werden mussten.

Im Rahmen dieses sogenannten strategischen Patiententransportes konnten in Summe 115 Intensivpflichtige verlegt werden. Zum Zwecke dieser Verlegungen, die teilweise weit über die Bundeslandgrenzen hinweg erfolgen mussten, wurde das Kleeblatt-Konzept entwickelt. Als sogenannte Kleeblätter bilden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein das Kleeblatt Nord, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen das Kleeblatt Ost und die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland das Kleeblatt Süd-West. Aufgrund ihrer Größe bilden Bayern und Nordrhein-Westfalen das Kleeblatt Süd respektive West [1-4].

Schon in den ersten Stunden des Krieges wurden gemeinsame Überlegungen zwischen Bund und Ländern angestellt, die bestehenden, belastbaren – und gerade in der Hochphase der Pandemie erfolgreich eingesetzten – Strukturen des Kleeblatt-Konzeptes auch für den Transport und die Verteilung von Verletzten und Erkrankten, die als Folge des Ukraine Konfliktes zu antizipieren waren, in Deutschland zu nutzen. Damit wurde das bestehende Kleeblatt-Konzept um diese neue Lagebewältigung erweitert.

Um die Anfragen und Hilfeleistungsersuchen, die im Gegensatz zur schwerpunktmäßig innerdeutschen Verlegung jetzt vornehmlich aus dem Ausland kamen, in das

bestehende Kleeblatt-Konzept einsteuern zu können, bedurfte es einer neuen Struktur: das 6. Kleeblatt. Diese Aufgabe übernimmt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit dem Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum (GMLZ). Die Aufnahme bzw. der Transport nach Deutschland ebenso wie die Verteilung der Patientinnen und Patienten auf Krankenhäuser erfolgt in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den fünf „aufnehmenden“ Kleeblättern. Um einen Einblick in gemeinsame Aufgaben zu geben: Hierzu gehören beispielsweise ein regelmäßiger Austausch über bevorstehende MEDEVAC-Missionen, gemeinsame Koordinierungsmeeting mit internationalen Partnern bis hin zu einer vielfältigen Unterstützung der Patientinnen und Patienten nach der Ankunft in Deutschland. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt dabei stets unter Gewährleistung einer 24/7-Verfügbarkeit – sowohl bei den Kolleginnen und Kollegen auf Ebene der Kleeblätter als auch im 6. Kleeblatt im BBK.



Mitarbeiterin bei der Aufgabenwahrnehmung in der Kleeblattzelle des GMLZ im BBK.
(Foto: BBK)

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das BBK mit dem GMLZ für das etablierte Kleeblatt-Konzept eine beratende Rolle wahrgenommen. Die subsidiäre Vermittlung von Reservemitteln in Form von spezialisierten Transportmitteln, wie beispielsweise Intensivtransporthubschraubern oder Ambulanzflugzeugen, lag zuvor im Fokus der Tätigkeiten. Dass das BBK nun auch diese operative Tätigkeit wahr-

nimmt, ist ein Novum und geht über den originären Auftrag des BBK hinaus.

Von 0 auf 100 – Kleeblatt im BBK

Im BBK wurde mit dem Kriegsausbruch der „Schalter auf Krise umgelegt“ und die etablierte Krisenorganisation mit den benötigten Strukturen und Abläufen aktiviert. Diese ermöglichte, dass u. a. im ganzen Haus aus den verschiedenen Fachreferaten vornehmlich medizinisches Personal zusammengezogen werden konnte, um im GMLZ eine eigene Zelle für das 6. Kleeblatt einzurichten. Wer zuvor noch zu regulären Servicezeiten administrativ im BBK tätig war, wurde gewissermaßen „über Nacht“ zum operativ Mitarbeitenden im Kleeblatt. Die neu geschaffene BBK-Kleeblattzelle als Rückgrat des 6. Kleeblattes war geschaffen. Nun lag es an den Beschäftigten schnellstmöglich diese neue Aufgabe im BBK umzusetzen.



Tägliche Lagebesprechung des diensthabenden Kleeblattteams vor der Übersicht des europäischen Katastrophenschutzmechanismus (UCPM).
(Foto: Machinia/BBK)

Ab der ersten Minute des Kleeblatt-Auftrages für den Ukrainekrieg wurden für die Aufgabenwahrnehmung des 6. Kleeblattes für das BBK Prozessabläufe definiert, Standardvorgehensweisen beschrieben um sich dieser neuen Herausforderung zu stellen. Beim bestehenden Kleeblatt-Konzept war, mit COVID-19, ein definiertes Krankheitsbild als Grundlage vorhanden [1, 2]. Die Spezialressource Intensivmedizin stand sowohl bei der Versorgung im Krankenhaus als auch beim Transport im Vordergrund. Für das neue Kleeblatt-Konzept hingegen bestehen hinsichtlich Patientenklientel im Prinzip keine Ausschlusskriterien. Hier werden weder die Art der Verletzung, Verwundung oder Erkrankung, noch Alter oder Konstitution als Ausschlusskriterien zugrunde gelegt [1-4]. Ferner wird auch kein Unter-

schied zwischen Soldatinnen und Soldaten oder der Zivilbevölkerung gemacht. Die Patientinnen und Patienten, die eine medizinische Behandlung benötigen, werden in den europäischen (EU-) Katastrophenschutzmechanismus (UCPM) eingespielt (sog. requests for assistance bzw. Hilfeleistungersuchen). Hier können die Mitglieds- und sog. „participating“ Staaten ihre Transport- und/oder Behandlungskapazitäten für diese Patientinnen und Patienten anbieten. Die werden dann über sichere Anrainerstaaten der Ukraine in den jeweiligen Mitglieds- bzw. „participating“ Staat gebracht und dort einer weiterführenden medizinischen Behandlung zugeführt.

MEDEVAC – Mission started?

Noch während die notwendigen Strukturen geschaffen wurden, gingen die ersten Hilfeleistungersuchen über den EU-Katastrophenschutzmechanismus ein. Und so war

das 6. Kleeblatt mitten in der Lage und unmittelbar gefordert, agil neue Wege zu gehen. Als einer der ersten EU-Mitgliedsstaaten hat Deutschland Patientinnen und Patienten erfolgreich im Rahmen sogenannter MEDEVAC (Medical Evacuation) übernommen und mit dem A310 der Bundeswehr auch die erste große Gruppe Verletzter und Erkrankter ausgeflogen. Seitdem hat Deutschland regelmäßig MEDEVAC-Flüge durchgeführt und innerhalb von knapp neun Monaten rund 600 Personen im EU-Mechanismus übernommen. Damit hat Deutschland einen substanziellen Beitrag zu den MEDEVAC-Missionen geleistet und auf EU-Ebene mit Abstand die meisten Patientinnen und Patienten über den EU-Katastrophenschutzmechanismus evakuiert. Dieser Erfolg ist ein gemeinsamer aller Kleeblattpartner und ihrer vertrauensvollen Zusammenarbeit unter- und miteinander.

Nach mehreren Monaten Kleeblatt-Tätigkeit im Rahmen des Ukrainekrieges, die nunmehr zeigt, dass es sich hierbei um ein Erfolgsmodell handelt, kommt die Frage auf, wie die Zukunft aussieht. Insbesondere das letzte Jahr hat gezeigt, dass der Bedarf einer Verstärkung des Kleeblatt-Konzeptes vorhanden ist.

Kleeblatt ist Teampay

Die Kleeblattzelle hat auch im eigenen Haus viele Partner. Der Zentrale Sanitätsdienst der Bundeswehr (ZSanDstBw) unterstützt das BBK mit einem Beratungs- und Unterstützungsoffizier [5]. Zusätzlich steht stets ein „Leitstellen-disponent“ zur Verfügung, der z. B. Erfahrungen mit der

Verlegung von Patientinnen und Patienten, bspw. aus dem Patient Evacuation Coordination Centre (PECC), der Koordinierungsstelle der Bundeswehr für medizinische Evakuierungsmissionen beispielsweise aus Auslandseinsätzen, mitbringt.

Sie helfen mit ihrer tiefgreifenden Expertise bei der Abfrage und Aufbereitung von Patientendaten, welche das Kleeblatt aufgrund von Hilfeleistungsersuchen oder durch die behandelnde medizinische Einrichtung erreichen, um den Transport und die anschließende Behandlung zu ermöglichen.

Weiterhin unterstützen sie das Kleeblatt-Team unter anderem bei der Kommunikation mit Kleeblatt-Partnern und Transporteuren, ebenso wie bei der Transportplanung, Datenaufbereitung, Lagedarstellung und weiterem. Das Wissen und die Erfahrung der Partner der Streitkräfte rund um MEDEVAC-Missionen ist eine besondere Verstärkung der Kleeblattzelle und hilft in der täglichen gemeinsamen Teamarbeit sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung von Missionen.



Begleitung einer MEDEVAC-Mission durch Mitarbeitende der Kleeblattzelle, hier die Übergangsvorbereitung an einem deutschen Flughafen (Bereitstellung von Einsatz- und Rettungsmitteln zur raschen Patientenweiterversorgung und Transport).
(Foto: Lorenz/BBK)

Das Voneinander-Lernen wird hier großgeschrieben und ist gelebte zivil-militärische Zusammenarbeit. Kurze Dienstwege haben dazu beigetragen, die zahlreichen MEDEVAC-Flüge, welche auch in Amtshilfe durch die Bundeswehr durchgeführt wurden, rasch und unkompliziert durchzuführen, um unverzüglich medizinische Hilfe bereitzustellen.

Immer etwas zu tun im Kleeblatt

Nach einem dreiviertel Jahr Kleeblatt-Erfahrung im BBK kann man eines sicher feststellen: Es gibt immer etwas zu tun. Die Kleeblattzelle hat sich als Ansprechpartner für eine

Quellen

- [1] https://www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Fokusthemen/Corona-Pandemie/Kleeblattkonzept/kleeblattkonzept_node.html
- [2] https://www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Fokusthemen/Corona-Pandemie/Kleeblattkonzept/Was-ist-Kleeblattkonzept/was-ist-kleeblattkonzept_node.html
- [3] <https://www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Fokusthemen/Corona-Pandemie/Kleeblattkonzept/Neuigkeiten-Kleeblatt/Aktuell/artikel-2022-05-05.html?nn=20098>
- [4] <https://www.aerzteblatt.de/archiv/225888/Krieg-gegen-die-Ukraine-Nutzung-des-Kleeblattmechanismus-fuer-Verlegungen-aus-der-Ukraine>
- [5] <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/sanitaetsdienst/aktuelles-im-sanitaetsdienst/evakuierung-verwundeter-aus-der-ukraine-5445632>

Vielzahl nationaler und internationaler Partner entwickelt und wird fortlaufend mit spannenden und neuen Fragestellungen konfrontiert. Nicht nur der Kernauftrag MEDEVAC gehört zum Aufgabenspektrum, sondern häufig auch

einfach „ein offenes Ohr zu haben“, insbesondere für Anfragen rund um die Patientenversorgung, aus Kliniken, Behörden und von internationalen Akteuren. Die Gleichung „BBK gleich 6. Kleeblatt gleich Ansprechpartner für MEDEVAC Ukraine“ hat sich vielerorts festgesetzt und so klingelt als erstes im GMLZ das Telefon. Hinter den Anfragen stecken oft komplexe Fälle, die nur dank aller Kleeblatt-Partner gemeinsam gelöst werden können.

Das BBK sichert hierbei eines regelmäßig zu: Drehscheibe für Informationen, Abstimmung und Koordination. Eine spannende, zugleich aber auch herausfordernde Aufgabe für das „Team Kleeblatt“ und das BBK. Der operative MEDEVAC-Auftrag ist nicht nur eine

neue Facette im Portfolio des BBK, sondern trägt hier auch zu einem neuen Selbstverständnis der Mitarbeiter bei, Teil einer nicht-administrativen, sondern im Kern operativen Zelle zu sein. Hierbei gibt es Höhen und Tiefen, die dieses Team sehr eng haben zusammenwachsen lassen und es liegt dabei eines auf der Hand: Kleeblatt ist mehr als nur ein Job.

Dr. rer. nat. Sonja Engels, Charlotte Hartig, Nina Klein und Klara Schlicksupp stellen den Führungsdienst in der BBK-Kleeblattzelle, Dr. med. Dominik Lorenz ist der Leiter der BBK Kleeblattzelle im GMLZ.

Langsam besser vorbereitet?

Neue Eindrücke aus der Evaluation der Informationskampagne Selbstschutz

Sabine Katharina Geicht

Als das BBK im Oktober 2021 seine multimediale Kampagne „Für alle Fälle vorbereitet“ startete, war die Invasion russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 noch nicht abzusehen. Mit dem Beginn dieses Krieges gewinnt das Ziel der Kampagne, die Förderung der Selbstschutzzfähigkeiten der Menschen, jedoch weiter an Gewicht. Die Entwicklungen im weltpolitischen Geschehen werden insofern auch im Zuge der kampagnenbegleitenden Evaluation nicht unbeachtet bleiben. Neue Ergebnisse deuten jetzt schon darauf hin: Das Risikobewusstsein steigt langsam an.

Infrastrukturelle Ausfälle, Brände, CBRN-Gefahren, Extremwetterereignisse – die Liste der Notsituationen, die unverhofft über jeden Menschen hereinbrechen können, ist lang. Ist erst einmal eine Lage akut eingetroffen, entscheidet sich rasch, welche Akteure und Mechanismen des Bevölkerungsschutzes greifen, um sie effektiv und umfassend zu bewältigen. Der einzelne Mensch, den sie betrifft, wird jedoch unmittelbar mit ihr konfrontiert. Für ihn akut entscheidend ist darum zunächst, wie er ganz persönlich vorbereitet ist und welche praktischen Vorkehrungen er im Vorfeld getroffen hat, die ihm nun ein schnelles und kompetentes Handeln ermöglichen. Denn die richtige Reaktion in Notsituationen ist nicht nur existenzsichernd, sondern manchmal sogar überlebenswichtig.

Kampagne „Für alle Fälle vorbereitet“ – Maßnahmen der Phase 2

- ☞ Bespielung der hauseigenen Social-Media-Kanäle:
 - › Youtube: animierte Erklärfilmserie „Für alle Fälle kurz erklärt“ mit 8 Episoden, diverse Youtube Shorts
 - › Twitter: mindestens 4 Tweets pro Woche, Fokus: Informationsverweise und Wissensvermittlung
 - › Instagram: durchschnittlich 1-2 Feedbeiträge pro Woche, darunter diverse Inforeels, sowie verschiedene regelmäßige Storyformate
 - › Bespielung der Kampagnenpage (www.notfallvorsorge-bbk.de) auf der BBK-Website mit regelmäßigen Artikeln und Beiträgen

Zusätzlich ab August 2022:

- ☞ Ausspielung von Online- und Social-Media-Werbung auf verschiedenen Plattformen (Native Ads, Twitter Ads, Video, Google Ads)
- ☞ Ausspielung von digitaler Werbung auf Werbescreens im öffentlichen Raum (DOOH – Digital out of home)

Die Ressourcen, auf die alle Menschen in diesen Momenten zurückgreifen, sind ihre individuellen Selbstschutzzfähigkeiten. Unter sie fallen sowohl die getroffenen Maßnahmen der persönlichen Notfallvorsorge als auch das erworbene, praxistaugliche Wissen um richtiges Verhalten in Notsituationen. Gemeinsam bilden sie einen Kompetenzpool, aus dem in einer herausfordernden, oft zeitkritischen

Akutlage unmittelbar geschöpft werden kann und muss, um die eigene Sicherheit und Versorgung bestmöglich zu gewährleisten, bis staatliche Hilfe vor Ort greift. Darum ist die Förderung der Selbstschutzzfähigkeiten der Bevölkerung ein zentraler Bestandteil des Bevölkerungsschutzes, in dem Bund und Länder zusammenwirken.

Dem Bund als zuständiger Stelle für den Zivilschutz obliegt dabei gemäß ZSKG § 2c in erster Linie der Auftrag, die Gemeinden und Gemeindeverbände bei ihren Aufgaben um Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung zu unterstützen. Als ein Baustein in der Erfüllung dieser Daueraufgabe startete das BBK im Oktober 2021 die Kampagne „Für alle Fälle vorbereitet“. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte eine dichte Gemengelage unterschiedlicher Ereignisse¹ in Deutschland für ein erhöhtes öffentliches Bewusstsein in Sachen Bevölkerungs- und besonders auch Selbstschutz gesorgt. Sie fiel damit vom Startschuss an auf fruchtbaren Boden.² Der Kriegsbeginn in der Ukraine hat die bereits gesteigerte Sensibilität für die Anliegen des Bevölkerungsschutzes verstärkt.

Umso interessanter ist derzeit der Blick darauf, welche Erkenntnisse die aktuellen Messungen der Kampagnenevaluation über das aktuelle Risikobewusstsein und die Informations- und Vorbereitungs-lage der Menschen liefern können. Ihre Resultate werden nämlich dabei helfen, langfristig fundierte Erkenntnisse für künftige Maßnahmen und Aufgaben in der Förderung der Selbstschutzzfähigkeiten ableiten zu können.

„Für alle Fälle vorbereitet“ – die Kampagne und ihre Evaluation

Die Laufzeit der Selbstschutzkampagne „Für alle Fälle vorbereitet“ begann mit dem Oktober 2021 und wird mit

1 Dabei vor allem die seit 2020 andauernde Covid-19-Pandemie und die weite Teile West- und Süddeutschlands treffende Flutkatastrophe infolge des Unwetters „Bernd“ im Juli 2021, vgl. exemplarisch bpb 2022a, bpb 2022b.
2 Vgl. hierzu die Vorstellung erster Evaluationsergebnisse in Geicht 2022.

dem Dezember 2022 enden. Sie richtet sich an die Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren und dabei insbesondere an die Generation Z (Altersgruppe: 14-15 Jahre), Eltern minderjähriger Kinder und Menschen ab 60 Jahren. Gegliedert ist sie in 3 Phasen, die fließend ineinander übergehen:

- In Phase 1 (Oktober bis Dezember 2021) galt es, Aufmerksamkeit für das Thema Selbstschutz zu generieren und das Risikobewusstsein der Bevölkerung zu stärken.
- In der seit Januar 2022 laufenden Phase 2 werden auf verschiedensten Kanälen konkrete Fachinformationen, Handlungstipps und Übungsmaterialien verbreitet. Sie wurden dafür konzipiert, den Menschen auf ansprechende und nachhaltige Weise praxistaugliches Wissen zur Stärkung ihrer eigenen Selbstschutzzfähigkeiten zu vermitteln und sie zur weiteren Auseinandersetzung mit Themen des Selbstschutzes zu animieren. Hierbei werden vier zentrale Fokusthemen abwechselnd in den Blick genommen: Extremwetter, Bevorratung, Stromausfall und Dokumentensicherung/Notgepäck.
- In Phase 3 wird es abschließend gelten, die vermittelten Inhalte und Denkanstöße langfristig im Bewusstsein der Menschen zu verankern und dadurch zu verstetigen.

Nachdem ein wesentlicher Aspekt der Phase 1 die Auspielung von Plakat-, Online- und TV-Werbung als Türöffner für die Beschäftigung mit dem Kampagnenthema war, setzte mit Phase 2 die handlungsorientierte Schwerpunktsetzung ein: All ihre Maßnahmen (siehe Infokasten) zielen darauf ab, konkretes Wissen zu den 4 Fokusthemen der Kampagne zu vermitteln.

Damit die Wirkung der Kampagne in ihrem Verlauf dezidiert nachgezeichnet und die in verschiedenen Phasen auftretenden Effekte als vergleichbar erfasst werden, wird sie durchgängig evaluiert. Annalect Germany führt im Auftrag des BBK eine Evaluationsstudie durch, die sich aus fünf Erhebungswellen speist. Pro Welle werden 1.000 für zentrale Bevölkerungsparameter repräsentative Erwachsene zwischen 16 und 69 Jahren (E 16-69, N=1.000) im Rahmen einer wiederholten quantitativen Befragung im Online Access Panel befragt.

Die einzelnen Befragungen gliedern sich in 2 Module. Modul 1 (Welle 1-5) ist darauf ausgelegt, den jeweiligen Status quo der Teilnehmenden in den Punkten Risikobewusstsein, Notfallvorsorge und entsprechender Informationsbeschaffung zu ermitteln. Modul 2 (Welle 2-5) dagegen eruiert explizit, wie die Kampagnen- und Werbemittel von den Befragten wahrgenommen werden und welche Effekte sie erzielen.

Mittlerweile liegen die Ergebnisse von 3 Wellen vor: Welle 1 fand als Nullmessung bereits Ende September 2021 statt, Welle 2 wurde am Ende von Phase 1 im Dezember 2021 durchgeführt. Zudem stehen dank der Zwischenmessung der Welle 3 im Juli 2022 mittlerweile auch erste Ergebnisse aus der Phase 2 bereit. Allerdings messen diese absichtlich einen Status ab, der sich direkt an eine längere Off-Air-Phase anschließt, in der nur BBK-eigene Kanäle gespielt wurden. Belastbare neue Erkenntnisse zur direkten

Wissenswertes To Go

Was ist Zivilschutz?

Alle nichtmilitärischen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungs- oder Spannungsfall.

Bund, Länder und verschiedene Hilfsorganisationen ziehen hierfür **alle an einem Strang**. Aber auch...

...**Du kannst aktiv werden**. Deine **persönliche Notfallvorsorge** ist eine wichtige Basis für den Zivil- und Katastrophenschutz.

Solides Wissen über den Bevölkerungsschutz und praxisnahe Infos zu sinnvollen Selbstschutzmaßnahmen bilden eine gute Basis für den Aufbau der eigenen Notfallvorsorge. Beide Elemente werden daher in der Kampagne fokussiert und auch über Social-Media-Beiträge verbreitet.

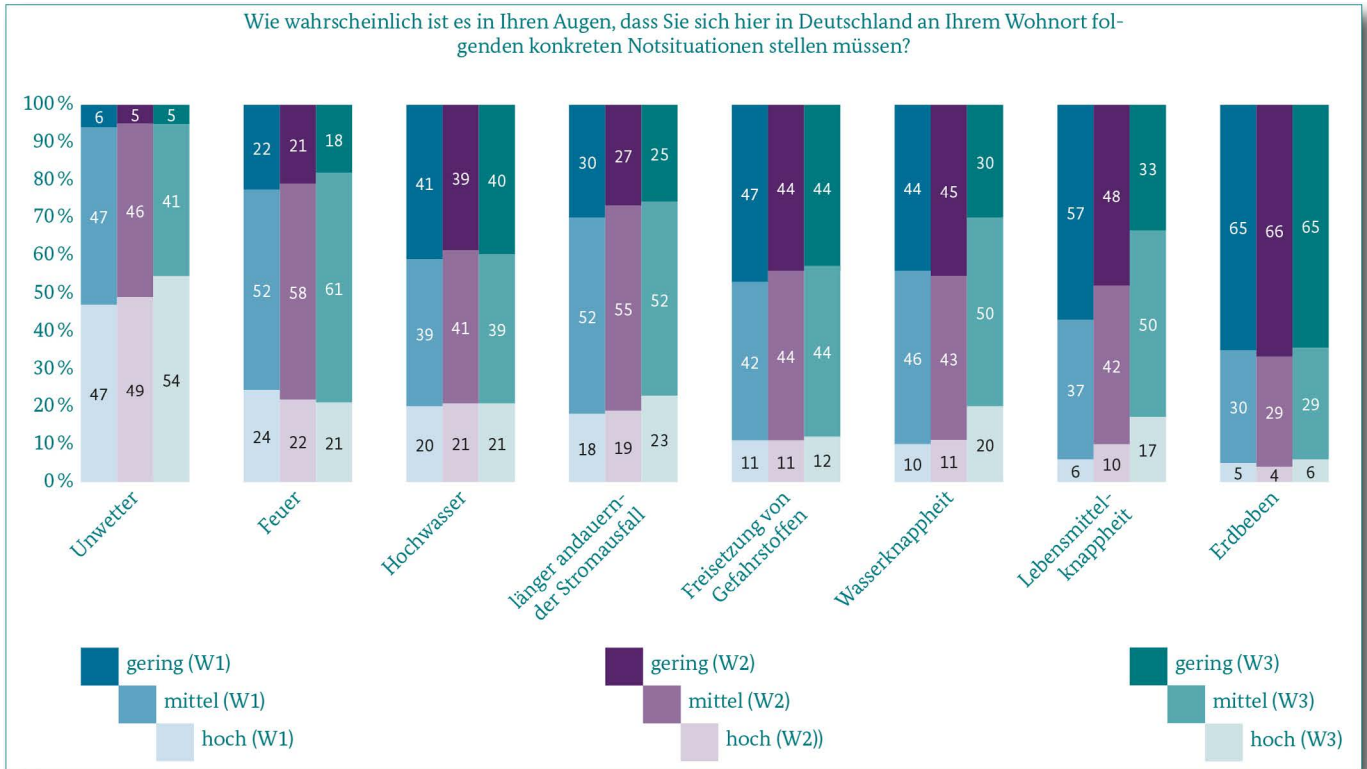


Abbildung 1: Selbsteinschätzung der persönlichen Risikolage der Befragten in den Wellen 1, 2 und 3. Bewertung anhand von 6-stufiger Skala von 1 („überhaupt nicht wahrscheinlich“) bis 6 („sehr wahrscheinlich“). Werte gerundet und in Prozent (%) angegeben. W1=Welle 1, W2=Welle 2, W3=Welle 3. Basis: alle Befragten, Welle 1 N=1002, Welle 2 N=1002, Welle 3 N=1006. (Datenquellen: annalect / BBK: Kampagnentracking ‚Selbstschutz‘ Welle 1 und 2 sowie Welle 3)

Wirksamkeit von Kampagnenmaßnahmen konnten hier insofern nicht generiert werden: Vielmehr diente die Messung als Werkzeug, um später anstehende, intensivere Maßnahmen in ihrer Wirksamkeit diffiziler auswerten zu können. Dafür liefern sie aktuelle Einsichten in das allgemeine Risikobewusstsein der Menschen und ihre Auseinandersetzung mit der eigenen Selbstschutzzfähigkeit. Deswegen verdienen diese Ergebnisse kampagnenunabhängig durchaus eine nähere Beachtung, was im Folgenden ausgeführt wird.

Zur Entwicklung des Risikobewusstseins

Der Messung der Welle 3 zufolge halten es zum Befragungszeitpunkt 10% der Teilnehmenden für wahrscheinlich, in ihrem Leben von einer unvorhergesehenen Notsituation betroffen zu werden; 55% ordnen diesem Risiko eine mittlere Wahrscheinlichkeit zu, die restlichen 35% stufen es als gering ein. Bei der Nullmessung der Welle hatten 9% der Befragten eine hohe, 41% eine mittlere und 40% eine niedrige Wahrscheinlichkeit angenommen. Dafür entsprechen die in Welle 3 eruierten Prozentzahlen beinahe exakt den Ergebnissen der Welle 2.

Auf die Frage, ob sich die eigene Einschätzung dieses persönlichen Risikos durch aktuelle Ereignisse im Vergleich zu früher geändert habe, antworteten 48% der Befragten, dass sie es nun höher einstufen als zuvor, und 3%, dass sie es für geringer halten. 49% verneinen die Frage. In Welle 2 hatten dagegen 42% eine Verstärkung, 4% eine Verringerung und

54% eine Stagnation des eigenen Risikoempfindens im Zeitverlauf angegeben, in Welle 1 fielen 39% auf die Verstärkung, 58% auf die Stagnation und 3% auf die Verringerung desselben.

Offenbar hat sich also das Risikobewusstsein der Befragten hinsichtlich ihrer persönlichen Lebenssituation im Zuge der Kampagnenphase 1 verstärkt, über das dort erreichte Niveau hinaus konnte es aber weder von den Maßnahmen der Phase 2 noch der Berichterstattung über die in ihr stattfindenden weltpolitischen Ereignisse gesteigert werden. Dieser Umstand deckt sich jedoch nicht mit der persönlichen Wahrnehmung einer Entwicklung des jeweils eigenen Risikoempfindens. Insbesondere der mit + 6 Prozentpunkten signifikante Anstieg in der Anzahl derer, die eine Steigerung des persönlichen Risikos im Vergleich zu früheren Zeitpunkten attestieren, lässt hier aufhorchen. Es scheint sich insofern trotz aktueller Beständigkeit in der eigenen Risikobewertung der Eindruck einer Verschärfung allgemeiner Risikofaktoren deutlich zu verbreiten.

Zur Bewertung dieses Umstandes aufschlussreich ist auch der Blick darauf, wie die von konkreten Szenarien ausgehenden persönlichen Risiken bewertet werden (vgl. Abbildung 1). Die Teilnehmenden wurden dazu gefragt, für wie wahrscheinlich sie es halten, sich den folgenden acht Notsituationen in ihrem Leben stellen zu müssen: Hochwasser, Unwetter, Feuer, länger andauernder Stromausfall, Freisetzung von Gefahrstoffen, Erdbeben, Wasserknappheit und Lebensmittelknappheit. Die Anzahl derer, die das eigene Risiko bei Hochwasser, Freisetzung von Gefahrstoffen

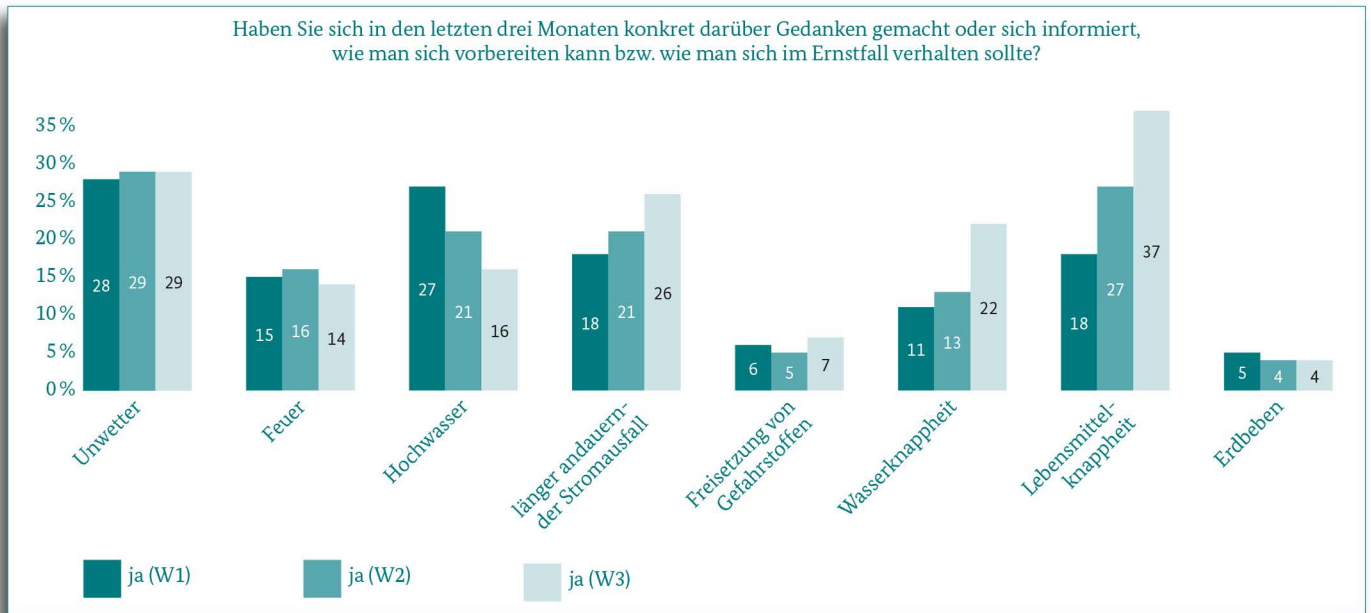


Abbildung 2: Gedankliche Auseinandersetzung mit Notfallvorsorge unter den Befragten in den Wellen 1, 2 und 3. Auswahlmöglichkeit zwischen „ja“ und „nein“. Werte gerundet und in Prozent (%) angegeben. W1=Welle 1, W2= Welle 2, W3=Welle 3. Basis: alle Befragten, Welle 1 N=1002, Welle 2 N=1002, Welle 3 N=1006. (Datenquellen: annalect/BBK: Kampagnentracking ‚Selbstschutz‘ Welle 1 und 2 sowie Welle 3)

fen und Erdbeben als hoch einstufen, hat sich von Welle 1 bis Welle 3 minimal gesteigert (+ 1%), bei Feuer ist er minimal gesunken (- 1%). Signifikante Zunahmen können wir allerdings ebenfalls beobachten: Die Risikobewertung steigt bei Unwetter von 47% (Welle 1) über 49% (Welle 2) auf 54% (Welle 3). Für den Bereich Stromausfall klettert sie von 18% (Welle 1) über 19% (Welle 2) auf 23% (Welle 3). Das Szenario Wasserknappheit wurde erst von 10% (Welle 1), dann von 11% (Welle 2) und zuletzt von 20% (Welle 3) als wahrscheinlich eingestuft. Und für die Lebensmittelknappheit steigern sich die Werte von 6% (Welle 1) über 10% (Welle 2) auf 17% (Welle 3).

Auch diese Zahlen belegen, dass das allgemeine Risikoempfinden tendenziell deutlich anwächst. Aber mehr noch: In dieser Form deuten sie darauf hin, dass diese Steigerung inhaltlich an aktuelle Entwicklungen im Weltgeschehen gekoppelt ist. Gerade die vier Notsituationen, bei denen eine signifikante Steigerung des Risikoempfindens ablesbar ist, wurden nämlich insbesondere im Zeitraum zwischen Welle 2 und Welle 3 öffentlich diskutiert. Im Zuge auffälliger Witterungslagen in dieser Zeit wurden die Gefahren durch Unwetter und die Auswirkungen einer Wasserknappheit mit breiterer medialer Aufmerksamkeit bedacht.³ Die bedeutende Steigerung in Sachen Wasserknappheit (+ 9%) könnte daher rühren, dass mit dieser Notsituation verbundene Themen wie der Klimawandel und vermehrte Dürreperioden gerade in den Tagen vor der Befragung der Welle 3 im Kontext von Waldbränden in den Fokus gerückt waren.⁴ Dass über diese beiden witterungsbedingten Themen hinaus gerade das Risikoempfinden zu Stromausfällen und Lebensmittelknappheiten signifikant stieg, ist dagegen da-

mit zu erklären, dass beide Felder in der Berichterstattung um den Krieg in der Ukraine prominent aufgegriffen und diskutiert wurden.⁵ Einen Zusammenhang zwischen der öffentlichen Präsenz von Themen und dem Risikoempfinden zu Notsituationen, die mit ihnen korrelieren, können wir indes anhand der Datenlage annehmen.

Die Informationslage zur Notfallvorsorge

Ebenfalls abgefragt wird der aktuelle Status der Informations- und Umsetzungslage der Befragten in Sachen Notfallvorsorge. Im Zuge der Welle 3 geben 60% an, sich in den vergangenen 3 Monaten in dieser Hinsicht informiert zu haben; in Welle 2 waren es 52%, der Wert stieg somit signifikant an (+ 8%). Zudem halten es zu diesem Zeitpunkt 29% für relevant, sich für eventuell eintretende Notsituationen vorzubereiten – dieser Wert lag in Welle 2 bei 25% und in Welle 1 bei 24%, auch hier ist also eine signifikante Steigerung (+ 4%) zu verzeichnen.

Die Tendenz zu einer Verstärkung des persönlichen Risikobewusstseins und ihre Übertragung in einen handlungsvorbereitenden Bereich, der eine Vorstufe zum Ergreifen konkreter, aktiver Maßnahmen der Notfallvorsorge darstellt, zeichnet sich in diesen Zahlen klar ab. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich die signifikanten Steigerungen hier komplett im Zeitraum zwischen den Wellen 2 und 3 und somit innerhalb der Kampagnenphase 2 ereigneten – Ereignisse in dieser Zeitspanne scheinen daher viel eher handlungsmotivierend gewirkt zu haben als jene, die zwischen Welle 1 und Welle 2 eintraten.

Der Blick auf die Zahlen zur Informationsbeschaffung und Vorsorgeumsetzung ist in dieser Angelegenheit weiter erhellend. In der Frage, wie gut die Befragten sich auf die acht konkret abgefragten Szenarien vorbereitet fühlten, las-

3 Vgl. exemplarisch FAZ 2022a, FAZ 2022b, Tagesschau 2022.

4 Vgl. exemplarisch Schmundt 2022, ZEIT 2022.

5 Vgl. exemplarisch Beckmann 2022, Eberl 2022, Ehmman/ Haas 2022.

an; die Option Warnfunktion/-systeme wurde in Welle 1 von 28 % und in Welle 2 und 3 von jeweils 31 % der Befragten gewählt. Für die Option Informationen zu Vorsorgemaßnahmen für den Notfall stieg der Wert von 32 % in Welle 1 und 33 % in Welle 2 erstmals signifikant auf 38 % in Welle 3. Selbiges gilt für die Option Informationen zum Verhalten im Notfall: Hier stieg er von jeweils 32 % in Welle 1 und 2 auf 37 % in Welle 3 an.

Bei der Frage nach der Bekanntheit spezifischer Informationsangebote des BBK liegen klassische Kanäle weit vorn: Die persönliche Checkliste für Notsituationen ist in Welle 3 36 % der Befragten ein Begriff, der *Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituation* 30%; darauf folgen die Website des BBK mit 29 % und Flyer/Informationsbroschüren mit 26 %. Die Youtubevideos zur Notfallvorsorge sind 17 % bekannt, das sich an Kinder richtende Angebot *Max & Flocke – Helferland* kennen 8 %. Gleichwohl haben all diese Angebote im Kampagnenverlauf eine konstante Steigerung von + 2 bis 6 % zwischen Welle 1 und Welle 3 erfahren.



Videofomate sind besonders vielseitig einsetzbar und eignen sich gut, um aus der Perspektive des Selbstschutzes in den Bevölkerungsschutz einzuführen. In der Erklärfilmreihe „Für alle Fälle kurz erklärt“ werden daher grundlegende wie auch praxisnahe Themen anschaulich dargestellt.

Da die bisherige Phase 2 der Kampagne aufgrund der anders gelagerten Werbemittel weniger in die Breite gestreut wurde als die ihr vorangegangene Phase 1, kann die Evaluation in Bezug auf ihre spezifischen Maßnahmen in Welle 3 wenig neue Erkenntnisse bringen. Von Interesse ist allerdings die neuerlich abgefragte Bewertung des Kampagnenplakates aus Phase 1, das ein grundlegendes Motiv aus der Anfangsphase aufgreift: die Aufmerksamkeitsgene-

rierung mittels surrealer Katastrophendarstellungen. Zwischen den Wellen 2 und 3 musste dieses Werbemotiv signifikante Zustimmungseinbußen von 4 bis 7 % in den Kategorien Verständlichkeit, ansprechende Gestaltung, Vermittlung einer klaren Botschaft, seriöse Wirkung und Informationsgehalt hinnehmen, außerdem gab es geringfügigere Reduktionen von jeweils 1 bis 3 % in den Kategorien Angemessenheit für das behandelte Thema und Anregung zum Nachdenken. In Sachen Einprägsamkeit gab es dagegen eine signifikante Steigerung von 7 %.



Die anschauliche und praxisnahe Aufbereitung auch komplexer Themengebiete ist ein wichtiges Prinzip in der Kommunikation der Selbstschutzkampagne, das auch in der Erklärfilmreihe „Für alle Fälle kurz erklärt“ zum Einsatz kommt.“

Nimmt man diese Ergebnisse zusammen, wird klar, dass das BBK samt seines Angebotes zunehmend an Wahrnehmung gewinnt, und dies auch ganz explizit als Absender mit besonderer Expertise in Fragen des Selbstschutzes. Dass gerade die klassischen Kanäle des BBK nachgefragt werden, allem voran der Ratgeber inklusive Checkliste sowie die Website, kann indes durchaus mit der vermehrten Berichterstattung über die Rolle und Lage des Bevölkerungsschutzes in Deutschland im Untersuchungszeitraum zusammenhängen. Gerade im Kontext des Krieges in der Ukraine und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf das Leben wurde und wird das BBK immer wieder prominent genannt und auf die genannten Angebote verwiesen.⁷ Die Einbußen in der Bewertung der Anzeige geben zudem einen ersten Hinweis darauf, dass sich nicht nur in der Häufigkeit und Intensität, sondern auch im emotionalen Bezug zu Vorsorgethemen neue Tendenzen ergeben, die zu beachten sind, um wirksame Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Es bleibt abzuwarten, wie sich dies in der zweiten Hälfte der Kampagnenphase 2 und angesichts des neuen sachbezogenen Fokus ihrer Inhalte entwickeln wird.

7 Vgl. exemplarisch Jordan 2022, Walter 2022.

Literatur:

- Beckmann, Holger (2022): Europas Angst vor Lebensmittelknappheit, 21.03.2022, in: tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-landwirtschaft-ernaehrungssicherheit-101.html> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2022a): Die Corona-Krise und ihre Folgen. Ausgewählte Links aus der Sicherheitspolitischen Presseschau, 05.10.2022, in: <https://www.bpb.de/themen/gesundheit/coronavirus/306919/die-corona-krise-und-ihre-folgen/> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2022b): Jahrhunderthochwasser 2021 in Deutschland, 28.07.2021, in: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/337277/jahrhunderthochwasser-2021-in-deutschland/> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Eberl, Jens (2022): Bei einem Blackout droht der Kollaps, 07.03.2022, in: tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/technologie/blackout-deutschland-101.html> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Ehmann, Annick/Haas, Lukas (2022): Wie der Krieg den Hunger verschlimmert, 10.06.2022, in: ZEIT online, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-05/krieg-hunger-ukraine-russland-lebensmittelknappheit> (zul. einges.: 17.10.2022).
- FAZ (2022a): Schäden in Milliardenhöhe durch Winterstürme, 25.02.2022, in: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/winterstuerme-versicherer-gehen-von-schaeden-in-milliardenhoehe-aus-17832827.html> (zul. einges.: 17.10.2022).
- FAZ (2022b): Wie schützt man sich vor einem Tornado? 23.05.2022, in: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/ungluecke/sturmwarnung-wie-man-sich-vor-einem-tornado-schuetzt-18053001.html> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Geicht, Sabine Katharina (2022): Für alle Fälle vorbereitet? Erste Thesen aus der Evaluation der Informationskampagne Selbstschutz, in: Magazin Bevölkerungsschutz 01/2022, S. 23-31.
- Jordan, Frank (2022): Notvorrat im Krisenfall. Was jeder zu Hause haben sollte, 03.05.2022, in: Bayerischer Rundfunk (BR 24), <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/notvorrat-im-krisenfall-anlegen-was-jeder-zu-hause-haben-sollte-eine-liste,T4gOzKz> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Schmundt, Hilmar (2022): „Wir leben in Brandenburg auf einem Pulverfass“. Dürre in Deutschland, 14.05.2022, in: SPIEGEL Wissenschaft, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/duerre-und-klimawandel-warum-brandenburg-zum-waldbrand-hotspot-wird-a-7f0e0345-126f-4b0e-868c-92a1341c83e3> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Tagesschau (2022): Besser den Pool nicht befüllen, 25.06.2022, in: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/wasserknappheit-duerre-101.html> (zul. einges.: 17.10.2022).
- Walter, Dirk (2022): Bundesamt rät: Im Notfall ein „lebender Vorrat“ für zehn Tage. Immer mehr Bürger fragen nach Jodtabletten, 12.03.2022, in: <https://www.merkur.de/bayern/ukraine-krieg-bayern-konflikt-russland-notfall-hilfe-vorrat-bbk-atomschlag-erstfall-91394544.html> (zul. einges.: 17.10.2022).
- ZEIT (2022): Hunderte Menschen müssen wegen Waldbränden ihre Häuser verlassen, 20.06.2022, in: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2022-06/brandenburg-beelitz-treuenbrietzen-waldbrand> (zul. einges.: 17.10.2022).

Langsam besser vorbereitet – es bleibt viel zu tun

Die Wahrnehmung des Bevölkerungsschutzes durch die Gesellschaft wandelt sich. Sei es ein aktiver Gewinn durch vermehrt betriebene Öffentlichkeitsarbeit oder ein passiver Ertrag aus der gesteigerten medialen Präsenz in der vorherrschenden Nachrichtenlage: Das Risikobewusstsein der Menschen scheint sich zu schärfen. Langsam, aber stetig werden sie für ihre eigene Rolle im System des Bevölkerungsschutzes und die Bedeutung des Selbstschutzes für ihr eigenes Leben sensibilisiert. Erste Schritte des Kümmerns um die eigene Vorsorge im Sinne der Informationsbeschaffung sind ebenfalls in höherem Maße nachweisbar. Dabei konnte sich das BBK in seiner Zuständigkeit verstärkt als präsender, kompetenter Ansprechpartner positionieren und seine Angebote anbringen.

All diese Tendenzen dürfen jedoch in ihrer Nachhaltigkeit nicht überbewertet werden. Immerhin ging aus dem

Vergleich der Ergebnisse von Welle 2 und Welle 3 an vielen Stellen hervor, wie unmittelbar der thematische Fokus der Nachrichtenlage sowohl das Risikobewusstsein als auch die Eigeninitiative der Menschen lenken kann. Dadurch bilden sich immer wieder neu akut geeignete Anknüpfungspunkte heraus, die als Schlüssel zum Bewusstsein der Menschen dienen können. Eine andere Aufgabe wird es sein, diese Tür nicht nur zu öffnen, sondern alsdann zu einem aktiven Handeln in Sachen Selbstschutz zu animieren und auf die stetige Auseinandersetzung mit der eigenen Notfallvorsorge und dem richtigen Handeln in Notsituationen hinzuwirken. Mit diesen Elementen kann der Ausbau einer breit aufgestellten Krisenmündigkeit unter den Menschen adäquat gefördert und der Bevölkerungsschutz an seinen Ursprüngen mit einem soliden Fundament gestärkt werden, das ihm Agilität, Effizienz und Wirksamkeit verleiht: bei den Selbstschutzfähigkeiten der Menschen.

Sabine Katharina Geicht (M.A.) ist Mitarbeiterin im Referat *Information der Bevölkerung, Selbstschutz und -hilfe* des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Großübung des ASB: Training für den Ernstfall

Über 630 Einsatzkräfte probten die Versorgung vieler Verletzter nach einem Massenanfall

Schwarzer Rauch, der aus dem Stadion des 1. FSV Mainz 05 emporsteigt, Flammen, die schnell höherschlagen und dann laute Schreie, Chaos und Panik. Der Stadionsprecher bricht die Veranstaltung ab und fordert alle Besucherinnen und Besucher auf, das Stadion zu verlassen. Mehrere Feuerwerkskörper sind im Gästeblock explodiert. Zahlreiche Verletzte liegen auf den Tribünen, es gibt Gedränge an der Treppe. Außerdem ist im Imbissstand ein Behälter mit

tag findet in Mainz und Worms die große Bundesübung des ASB statt.

„Auf einmal ging es los, es hat laut geknallt, überall war Rauch zu sehen und die Menschen haben geschrien“, erzählt einer der 140 Freiwilligen, die die Verletzten darstellen. Der junge Mann hat eine täuschend echt geschminkte Verbrennung, die von den Fingerspitzen bis hoch zum Arm

geht und schnell versorgt werden muss. Die Sanitäter und Sanitäterinnen, die die Menschen nach dem Schweregrad ihrer Verletzung einteilen, weisen ihm die „Stufe gelb“ zu – eine schwere Verletzung, die dringend eine Behandlung erfordert. Im Fachjargon „Triage“ genannt. „Ich fühle mich bei den Sanitätern gut aufgehoben und gut umsorgt“, sagt er.

Für die Rettungskräfte ist das Szenario bis zum Übungsanfang unbekannt, damit die Übung so realitätsnah wie möglich abläuft. Mehr als 630 ehrenamtliche und hauptamtliche Samariterinnen und Samariter aus zehn Bundesländern sind an dem Wochenende vom 16. bis 19. Juni mit dabei. Auch Unterstützung aus Südtirol und Österreich ist angereist – insgesamt 40 internationale Teilnehmende. „Einsatz! Immer bereit!“, so lautet das Motto der bislang größten

Bevölkerungsschutzübung des ASB mit 630 Einsatzkräften, 140 Statistinnen und Statisten und 160 Rettungsfahrzeugen. Organisiert wurde die Übung vom ASB-Bundesverband in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz und den ASB-Kreisverbänden Worms / Alzey und Mainz-Bingen.



Um den Ernstfall zu simulieren, wurden im Stadion Feuerböllner gezündet.

heißem Fett explodiert. Rettungskräfte des Sanitätsdienstes versuchen, sich einen Überblick zu verschaffen, übernehmen die Erstversorgung und stufen die Verletzten nach der Schwere ihrer Verletzungen ein. Der Katastrophenschutz wird alarmiert, erste Einheiten rücken aus. Doch all das ist nur gespielt, denn an diesem heißen Juli-

Die Verletzungen, die behandelt werden müssen, sind vielfältig. Eine Statistin hat eine Brandwunde dritten Grades im Gesicht, ein anderer Verbrennungen ersten und zweiten Grades am Oberarm, ein dritter Patient ist gestürzt und hat sich den Oberschenkel gebrochen. Insgesamt 140 „Verletzte“ sind für die ASB-Bundesübung geschminkt worden. Eine Mammutaufgabe für die Samariter und Samariterinnen der Realistischen Unfalldarstellung (RUD) des ASB Berlin-Nordwest und ASB Gera. Die hohen Temperaturen machen die Arbeit für das Schminkteam nicht leichter – an dem Samstag der Bundesübung herrschen im Stadion bis zu 38 Grad.

Unter den Statistinnen und Statisten sind 35 Bundesfreiwilligendienstleistende und viele Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter in Ausbildung. Sie kennen ihre Rollen, Verletzungen und Symptome. Manche haben Anweisungen erhalten, Panik zu schüren, kein Deutsch sprechen zu können oder gehörlos zu sein. Das stellt die Rettungskräfte realitätsgetreu vor zusätzliche Herausforderungen. In der VIP-Lounge der MEWA Arena wird die Übung von mehreren Kameras live übertragen und von einem ASB-Experten kommentiert und moderiert – unter den zahlreichen Gästen ist der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz, außerdem Vertreter und Vertreterinnen der Hilfsorganisationen, des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), aus Polizei, Wissenschaft und Behörden. Auf dem Bildschirm ist eine junge Patientin mit einer Kopfverletzung zu sehen, der ein fiktives Schmerzmittel verabreicht wird. Auch sie ist von der Übung beeindruckt, die insgesamt über vier Stunden dauerte.

Der Großübung im Mainzer Stadion war am Freitag eine Wasserrettungsübung in Worms vorausgegangen. Das Szenario sah vor, dass eine Yacht mit einer Gruppe Feiernder in Flammen gerät. Ein Teil der acht Passagiere springt in den Rhein, um sich vor dem Feuer zu retten, einige drohen aber zu ertrinken. Der Kapitän bleibt an Bord und alarmiert die Rettungskräfte. Zunächst fliegt eine Drohne des ASB Worms heran. Sie setzt sogenannte Auftriebsmittel – kleine Luftkis-

sen – ins Wasser. An diesen können sich die Menschen über Wasser festhalten. Kurze Zeit später treffen die ers-



Runde 140 Mimen sind für die Bundesübung realistisch geschminkt worden.

ten Rettungsschwimmer und Rettungsschwimmerinnen mit Jetskis ein. Auch die beiden Boote der Berliner Wasserrettung erreichen den Unfallort, die Rettungskräfte kümmern sich um den Kapitän und bringen nach und nach die Geretteten an Land. Am Ufer werden sie von



Versorgung Verletzter, die nach dem Unglück aus dem Rhein gerettet wurden. (Fotos: ASB)

Rettungskräften in Empfang genommen und zur Weiterbehandlung in fiktive Krankenhäuser gebracht.

Bei der Übung ist dies die Zeltambulanz des FAST (First Assistance Samaritan Teams). Das FAST leistet sonst weltweit Hilfe nach Katastrophen im Ausland. An diesem Freitag haben die Team-Mitglieder eine große Zeltambulanz aufgebaut, in der bis zu acht Patienten und Patientinnen parallel versorgt werden können. Sie werden je nach dem Schweregrad ihrer Verletzung behandelt. „Rote“ Patientinnen und Patientinnen schweben in akuter Lebensgefahr, „gelbe“ sind schwer verletzt und „grüne“ leicht.

Samariterin Tabea Drost übernimmt bei der Wasserrettungsübung die technische Leitung in der Ambulanz. Besonders begeistert ist sie von der Kommunikation mit der Rettungsleitstelle und der Patientenübergabe. „Ich bin sehr zufrieden, die Abstimmung mit der Rettungsstelle klappt gut und auch die Patientenannahme hier vor Ort läuft professionell, effizient und schnell ab“, sagt sie. Helfen macht auch Spaß.

Am Abend nach der großen Bundesübung in Mainz wird aber auch kritisch reflektiert und eine erste Bilanz gezo-

gen. Die Organisatoren und Organisatorinnen von ASB-Bundesverband, ASB Mainz-Bingen und ASB Worms sind insgesamt sehr zufrieden. Doch es gibt auch Dinge, die optimiert werden müssen. Milton Scheeder vom ASB Mainz sagt: „Es gab ein paar Schwachstellen bei der Kommunikation innerhalb des Einsatzgeschehens. Auch bei der Sichtung und der Triage ist aufgefallen, dass das im Katastrophenschutz bzw. Rettungsdienst in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird.“

Je nach Bundesland gibt es an der Einsatzstelle unterschiedliche Herangehensweisen. „Wir müssen überlegen wie man das verbessern kann“, gibt er zu bedenken. Das ist auch Michael Schnatz, Fachbereichsleiter Bevölkerungsschutz beim ASB-Bundesverband ein wichtiges Anliegen. „Länderübergreifende Zusammenarbeit regelmäßig zu üben, ist unerlässlich“, sagt er. „Solche Lehren aus der Übung zu ziehen und Verbesserungen im Katastrophenschutz anzustoßen – genau das ist der Sinn einer so großen Übung und liefert wichtige Impulse für den ASB-Katastrophenschutz“, meint Michael Schnatz.

**Technisches
Hilfswerk** 

Zuwachs im THW Fuhrpark

Moderne Technik für die Fachgruppen Wassergefahren

Nicht nur die Risiken durch Naturkatastrophen, sondern auch die Gesellschaft verändern sich und bestimmen unsere Gegenwart. Gleichermaßen wirken sich diese auf das THW aus. Damit das THW für die Zukunft bestens aufgestellt ist, werden Fuhrpark und Ausstattung stetig optimiert und den neuen Bedürfnissen und Begebenheiten angepasst. Für das neueste optimierte Fahrzeug, den LKW mit Ladekran der THW-Fachgruppe Wassergefahren, steht nun in Kürze die Auslieferung an die ersten Ortsverbände an.

Vielfältige Einsatzlagen bedürfen vielfältiger Ausstattung: Von der leichten Drohne bis hin zu tonnenschweren Brücken. Im Jahr 2021 investierte das THW verstärkt in Fahrzeuge – allein 19 Prozent der gesamten Finanz-

mittel wendete das THW für die Modernisierung der Fuhrparks der Ortsverbände auf, um sich für die Zukunft noch besser aufzustellen. Knapp 500 Ortsverbände konnten durch die rund 83 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt

mit neuen Fahrzeugen ausgestattet werden – mit dabei speziell angefertigte Modelle für die verschiedenen THW-Fachkompetenzen.



Auf der Interschutz 2022 konnten Besucherinnen und Besucher den LKW Wassergefahren bereits genaustens begutachten.



Das neueste Fahrzeug der Fachgruppe Wassergefahren.

Technik für THW-Fachgruppen

Starkregen, Großbrände, Unwetter: Kein Einsatz ist wie der Andere, das THW muss flexibel reagieren können. Da-

zu benötigen die Helferinnen und Helfer spezielles - auf die individuelle Situation angepasstes - Wissen. Deshalb können sie sich nach der Grundausbildung in verschiedenen Fachgruppen und Trupps spezialisieren. Dort werden sie zu Expertinnen und Experten für die unterschiedlichen Einsatzoptionen des THW ausgebildet. Im Einsatz kann das THW so auf ein breites Fundament an Wissen bei den Einsatzkräften zurückgreifen, dieses individuell einsetzen und damit flexibel auf eine Vielzahl an Situationen reagieren. Dazu ist die speziell entwickelte Technik entscheidend – die auf jede Fachgruppe zugeschnitten ist.

Zuwachs für Fachgruppe Wassergefahren

Das neueste Fahrzeug für die Fachgruppen Wassergefahren wurde im Juni dem Fachpublikum bei der Interschutz 2022 in Hannover präsentiert: ein besonders leistungsfähiger LKW mit Ladekran. Auffällig sind mit dem Rettungskorb und der Frontseilwinde zwei direkt sichtbare Neuerungen. Die Anbauseilwinde ist durch das finanzielle Engagement der THW-Bundesvereinigung e.V. ermöglicht worden und bei allen 68 Fahrzeugen serienmäßig. Das geländegängige Fahrzeug kann die Boote der Fachgruppe zu Wasser bringen, leicht überflutete Flächen überwinden und Sachgüter bergen und umschlagen.

Die bundesweit 120 Fachgruppen Wassergefahren retten bei Notlagen auf oder an Gewässern Menschen und Tiere oder bergen Sachwerte. Auch unterstützen die Einsatzkräfte der Fachgruppe bei Gefahren und Schäden durch Überflutung. Außerdem wirken sie bei der Damm- und Deichsicherung mit.

Fachgruppe vielfältig gefragt

Zum Einsatz kamen Fachgruppen Wassergefahren in jüngster Zeit in verschiedenen Lagen: Als hunderte Tonnen Fisch in der Oder im September verendeten, unterstützten THW-Helferinnen und -Helfer dabei, die Ausbreitung der Katastrophe unter anderem in Frankfurt (Oder) sowie in den Landkreisen Märkisch-Oderland und Uckermark zu verhindern. Gemeinsam mit Einsatzkräften der Wasserwacht, Feuerwehr- und Katastrophenschutzeinheiten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Stadt- und Kreisverwaltungen sowie Mitgliedern verschiedener Vereine und Anglerverbände, sammelten die THW-Kräfte die auf dem Wasser treibenden und

ans Ufer gespülten toten Tiere ein. Besonders das Zusammenspiel zwischen LKW und THW-Mehrzweckarbeitsboot stellte sich dabei als nützlich heraus. Auf diese Weise konnten schwer zugängliche Bereiche mit flachem Was-



Zur Fahrzeugausstattung der Fachgruppe Wassergefahren gehören neben dem LKW mit Ladekran (6,5 t Nutzlast) zwei Mehrzweckarbeitsboote, zwei Mehrzweckarbeitsbootanhänger und ein Material-Container. (Fotos: THW)

serstand erreicht werden, die andere Boote nur schwer erreichen können.

Auch beim größten Einsatz der THW-Geschichte – die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli des vergangenen Jahres, zeigte die Fachgruppe Wassergefahren ihr vielfältiges Einsatzpotential. Der einsetzende Starkregen verwandelte Bäche in reißende Fluten. Die Folge waren verheerende Überschwemmungen und Zerstörung. In den ersten Stunden galt es, möglichst viele Menschen aus den Fluten zu retten – unter anderem mit Hilfe von THW-Booten. Auch danach war die Fachgruppe Wassergefahren mitsamt ihrer Technik im Einsatz. Die THW-Kräfte entfernten Treibgut und Geröll aus den Fluss- und Bachläufen. Außerdem betrieben sie eine Personenfähre über die Ahr. Insgesamt leisteten rund 17.000 Helferinnen und Helfer aus allen 668-THW-Ortsverbänden

rund 2,6 Millionen Einsatzstunden.

Als Beispiel:
Steckbrief LKW mit Ladekran

- Leistung: 316 kW (430 PS)
- Zulässiges Gesamtgewicht: 26.000 kg
- Ladefläche: 4 m lang
- Fahrgestelltyp: 6 x 6

Neuheiten (Auswahl): Kranbedienung auf dem Führerstand und mobil möglich. Zugkraft der Seilwinde beträgt 6 Tonnen.

i

Steckbrief neuer GWK | Fact sheet for new GWK

- Leistung: 213 kW (290 PS) |
Power: 213 kW (290 HP)
- Leergewicht: 9.830 kg | Weight (empty):
9,830 kg
- Größe: 8x2,5x3,3 m | Size: 8 x 2.5 x 3.3 m

Neuheiten (Auswahl) | New features (selected):

Mehrere Assistenzsysteme (ABS, Tempomat etc.) zur Unterstützung der Fahrerin oder des Fahrers, LED-Umfeldbeleuchtung, Optimierung der Fächer im Hinblick auf Größe und Platzierung. | Several driver-assistance systems (ABS, cruise control, etc.); LED periphery lighting; equipment compartments with optimised size and position.

DLRG

Persönliche Schutzausrüstung gegen Ertrinken

Unternehmerische Pflicht zur Unterweisung und Prüfung

Die Rettungsweste gehört für die Rettungsschwimmer der DLRG am und auf dem Wasser inzwischen zum alltäglichen Ausrüstungsgegenstand. Seit 2014 sind geeignete Auftriebsmittel verpflichtend im Bootsdienst gemäß verbandsinterner Bootsdienstanweisung sowie der DGUV Regel 112-201 zu tragen.



Signalleute im Einsatz.

Der Einsatz von geeigneten Schwimmhilfen beziehungsweise Rettungswesten ist allerdings nicht nur auf den Bootsdienst begrenzt. Die Verpflichtung betrifft alle Personen, die auf oder am Wasser arbeiten, also zum Beispiel auch Signalleute bei der Sicherung von Einsatztauchern. Rechtsverbindliche Vorschriften sind im Regelwerk (DGUV Regel 112-201) der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) festgelegt. Dort ist das Tragen von Persönlicher Schutzausrüstung (PSA) gegen Ertrinken verbindlich vorgeschrieben, sofern bei Hilfeleistungen Absturzgefahren

mit zusätzlichem Risiko des Ertrinkens bestehen. Persönliche Schutzausrüstung gegen Ertrinken (PSA_{GE}) zählt entsprechend der PSA-Verordnung 2016/425 zur Kategorie III und unterliegt somit einer jährlichen Unterweisungspflicht.

Diese besteht auch für in der Wasserrettung tätige Organisationen wie DLRG, THW oder Feuerwehren mit freiwillig bzw. ehrenamtlich tätigen Einsatzkräften, die rechtlich als Unternehmer gelten: Die Organisation muss ihre Einsatzkräfte, die rechtlich in diesem Fall Arbeitnehmern gleichgestellt sind, theoretisch und praktisch in die Nutzung von PSA gegen Ertrinken einweisen – und zwar jährlich wiederkehrend. Die Ein beziehungsweise Unterweisung ist zu dokumentieren. Ebenso müssen regelmäßig notwendige Prüfungen von Persönlicher Schutzausrüstung gegen Ertrinken durchgeführt und dokumentiert werden. Die Pflichten, die sich aus dem Arbeitsschutzrecht und den Unfallverhütungsvorschriften ergeben, sind auch für die Mitarbeiter bindend. Eine Ablehnung der Beschäftigten ist nicht möglich, da die arbeitschutzrechtliche Verantwortung in jedem Fall bei dem Arbeitgeber bzw.

seinen Beauftragten nach § 13 ArbSchG verbleibt. Ob der Arbeitgeber/Unternehmer/das Führungspersonal in der Organisation den Einsatz privater (von den Beschäftigten beigebrachter) PSA mit gleichwertiger Schutzfunktion gestattet, unterfällt seinem Direktionsrecht und ist somit eine Frage des Arbeitsrechts, die nicht pauschal beantwortet werden kann und individuell geregelt werden muss.

Gemäß § 31 DGUV Vorschrift 1 besteht für Persönliche Schutzausrüstung, die gegen tödliche Gefahren oder blei-

bende Gesundheitsschäden schützen soll, eine Pflicht zur besonderen Unterweisung mit theoretischen und praktischen Inhalten. Die regelmäßige Unterweisungspflicht ist vielen sicher schon aus anderen Bereichen bekannt (Arbeitsschutz, Sonder- und Wege-rechte, Tauchen und so weiter). Hierunter fällt auch die PSA gegen Ertrinken, also Schwimmhilfen/Auftriebsmittel und Rettungswesten. Daraus ergibt sich für die jeweilige Organisation als Unternehmer die Pflicht, dass jährlich Unterweisungen stattfinden und diese auch dokumentiert werden (vgl. § 4 der DGUV Vorschrift 1).

Durchführung der Unterweisungen

Die Unterweisung anhand der Betriebsanweisung und der Benutzerinformation des Herstellers muss vor der ersten Benutzung und nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, durchgeführt werden. Ziel der Unterweisung ist es, die Einsatzkräfte bezüglich des sicheren Umgangs mit der PSAge zu schulen. Diese sollen nicht nur das richtige Anlegen und Tragen (Einstell- und Verschlussvarianten) der Auftriebsmittel beherrschen, sondern auch defekte PSAge erkennen und ausmustern sowie Gefahren und Risiken schneller wahrnehmen und entsprechende Schutzmaßnahmen durchführen können.

In der DLRG beispielsweise kann die Unterweisung durch geeignete Bootsführer erfolgen. Sie haben während ihrer Ausbildung und praktischen Prüfung auch eine Teilprüfung zum Thema Rettungswesten abgelegt und sind somit Sachkundige auf diesem Gebiet. Ausbildungsvorschriften enthalten ergänzend zu vermittelnde Kenntnisse. Die theoretischen Inhalte der Unterweisung für die Einsatzkräfte umfassen unter anderem:

- die besonderen Anforderungen an die Persönliche Schutzausrüstung gegen Ertrinken,
- umfangreiche Anlege- und Gebrauchsinformationen (etwa korrektes Einstellen des Brustgurtes, auf den Träger und Kleidung abgestimmte Auftriebskraft und Größe),
- die Handhabung der Rettungswesten,
- die Einhaltung der Wartungsintervalle / Lebensdauer anhand der Prüfplakette / des Stempelaufdrucks auf dem Westenkörper
- und die ordnungsgemäße Aufbewahrung.

Die theoretische Unterweisung für die PSAge muss durch geeignete praktische Übungen ergänzt werden. Diese müssen die wichtigsten Funktionen, die Prüfung der Einsatzbereitschaft, das sachgerechte Anlegen und die Handhabung bis hin zu einer Erprobung umfassen.



Helfer der DLRG beim Ankeren.

Notwendige Prüfungen

PSAge muss entsprechend den Einsatzbedingungen und den betrieblichen Verhältnissen nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, auf den einwandfreien Zustand durch eine sachkundige Person geprüft werden. Um die ordnungsgemäße Funktion der PSAge bestmöglich zu gewährleisten, sind notwendige Prüfungen vorgeschrieben, die in die folgenden drei Kategorien unterteilt sind:



Die Rettungsweste Secumar.

- Sichtprüfung durch die Einsatzkraft: Vor jedem Einsatzbeziehungsweise Dienstbeginn muss der – durch die regelmäßige Unterweisung qualifizierte – Nutzer eine



Ein Rettungsboot in voller Fahrt.
(Fotos: DLRG)

Sichtprüfung der Einsatzbereitschaft der PSaGE durchführen.

- Regelmäßig wiederkehrende Prüfung durch einen Sachkundigen (mindestens einmal jährlich): Diese Prüfung unterliegt der Dokumentationspflicht durch die Organisation. Der Dokumentationsnachweis ist mindestens so lange aufzubewahren, wie die PSaGE genutzt wird, plus weitere fünf Kalenderjahre.
- Wartung durch den Hersteller oder durch eine vom Hersteller autorisierte Person: Hinsichtlich der Wartung bei PSaGE wird zwischen Auftriebs-/Schwimmhilfen und Rettungswesten unterschieden. Da bei ist nur die Wartung durch den Hersteller für aufblasbare Rettungswesten vorgeschrieben. Bei Feststoffwesten ist das nicht der Fall. Diese muss die Gliederung jedoch ebenso regelmäßig wiederkehrend prüfen, um Beschädigungen der

Materialien sowie Veränderungen des Auftriebes frühzeitig zu erkennen.

Zuständigkeit

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, dass in der Wasserrettung tätige Organisationen die PSaGE nutzen, eine Pflicht zur Unterweisung, Prüfung und Dokumentation haben. Diese Pflichten müssen sie auf jeden Fall wahrnehmen. Grundsätzlich ist der geschäftsführende Vorstand (oder vergleichbar) dafür verantwortlich. Dieser kann das Thema an geeignete Helfer delegieren, muss dann jedoch die Umsetzung kontrollieren.

Christian ter Stein, Dr. Philipp Haselbach

Fachempfehlung zur Gestaltung der Zahlungsbedingungen bei Ausschreibungen

Feuerwehr-Experten des Fachausschusses Technik geben Hinweise angesichts aktueller Marktlage

Berlin - Die jüngere Entwicklung der globalisierten Weltwirtschaft sowie die Einflüsse der Pandemie und des Krieges erzeugen aktuell teilweise massive Probleme bei Lieferketten und erhebliche Schwankungen bei den Preisentwicklungen.

Dies betrifft auch Beschaffungen der Feuerwehren, besonders bei Feuerwehrfahrzeugen und deren Beladung: „Wenn Lieferzeiten inzwischen in der Regel mehrjährig sind, sind die Preisentwicklungen unter Beachtung der Produktionszeiten kaum kalkulierbar“, erklärt Christian Schwarze, Vorsitzender des Fachausschusses Technik der deutschen Feuerwehren, einem gemeinsamen Gremium des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF-Bund).

In der Fachempfehlung „Gestaltung der Zahlungsbedingungen bei Ausschreibungen vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen“ geben die Fachausschussmitglieder Christian Schwarze (Feuerwehr Stuttgart), René Schubert (Feuerwehr Ratingen) und Jörg Fiebach (Feuerwehr München) aus Beschaffersicht Hinweise zur Reaktion auf die aktuelle Marktlage. „Teils werden Produkte gar nicht mehr angeboten, da Hersteller Lieferbarkeit und Produktionskosten nicht absehen können. Bei den Preisentwicklungen sind über mehrere Jahre auch Rückgänge denkbar, die für die Auftraggeber wertvoll wären. Um bei Ausschreibungen Angebote erhalten zu können, sind Regelungen sinnvoll, die bei wenigen Dienststellen – wenn überhaupt – nur aus mehrjährigen Rahmenverträgen bekannt sind“, so die Autoren: „Die Fachempfehlung wurde im Dialog mit den potentiellen Bietern ausgearbeitet, denn nur von deren Seite aus akzeptierte Regelungen können zielführend sein.“

Die Fachempfehlung Nr. 1 vom 11. August 2017 „Die Ausschreibung und Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen“ empfahl zwei Lose: Los 1 für „Fahrgestell und Aufbau“, Los 2 für „Beladung“. Betrachtet werden nunmehr in einem praxisnahen Dokument die Zahlungsbedingungen in neuen Vergabeverfahren mit der Nutzung einer Preisgleitklausel in Los 1 „Fahrgestell und Aufbau“ sowie geänderten Liefer- und Zahlungsbedingungen für Los 2 (zwei Varianten: Separate Ausschreibung und Lieferung unabhängig von der Fertigstellung des Fahrzeuges). Auch auf die je nach Bundesland möglicherweise unterschiedlichen Randbedingungen gehen die Autoren ein.



(Foto: DFV)

„Die schnelle und einheitliche Empfehlung ist wichtig, um auf die aktuellen Marktveränderungen reagieren zu können und Beschaffungen bei der Feuerwehr sinnvoll durchführen zu können“, betont Lars Oschmann, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, die Bedeutung der Fachempfehlung „Gestaltung der Zahlungsbedingungen bei Ausschreibungen vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen“. Die Fachempfehlung steht auf der DFV-Webseite zum Herunterladen bereit: <https://www.feuerwehrverband.de/fachliches/publikationen/fachempfehlungen/>.



21. Bundesweite Fachtagung Ehrenamt erfolgreich durchgeführt

Unter dem Motto „Ehrenamt im Bevölkerungsschutz heute und morgen – das Komplexe Hilfeleistungssystem leben“ trafen sich vom 04. bis 06. November 2022 in der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler rund 200 Führungs- und Leitungskräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), um externe und interne Herausforderungen zu diskutieren. Weitere 1.200 Zugriffe erfolgten aus dem gesamten Bundesgebiet online im Live-Stream der Veranstaltung.

Nach der Eröffnung durch die DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt, den Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Ralf Tiesler und den Präsidenten des DRK-Landesverbandes Rheinland-Pfalz Rainer Kaul referierte der BBK-Bereichsleiter Dr. Wolfram Geier zum Thema „Herausforderungen in der neuen Sicherheitslage in Europa“. Er stellte Konsequenzen für die Stärkung des Bevölkerungsschutzes im Kontext der Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2021, der Corona-Pandemie und der aktuellen Ukraine-Krise dar. Die Beiträge machten erneut sehr deutlich, dass eine enge Abstimmung von Behörden und Ministerien mit dem DRK als Auxiliar im humanitären Bereich ebenso wie die bundesweite Gleichstellung der Helferinnen und Helfer in Einsatzlagen und eine ausreichende Finanzierung des Bevölkerungsschutzes von staatlicher Seite unabdingbare Faktoren für die Bewältigung der kommenden Krisen sind.

In einer Talk-Runde am Samstagvormittag wurde der Hochwassereinsatz 2021 in Westdeutschland unter dem Titel „Konsequenzen aus dem Hochwassereinsatz für Hilfsorganisationen und lokale Behörden im Katastrophenmanagement“ thematisiert. In einem Fachbeitrag wurden dabei bereits Zwischenergebnisse der internen DRK-Evaluation zum Einsatz vorgestellt. Ebenfalls wurde die Konzeption „Mobile Betreuungsmodule 5.000“ als kommende Zivilschutzreserve vorgestellt. Im Rahmen einer Outdoor- und Indoor-Ausstellung konnten sich die Teilnehmenden über Teile dieser Module, weitere Ausrüstung im Bevölkerungsschutz (bspw. Einheiten der Bergwacht und der Wasserwacht) sowie aktuelle

innovative Projekte und Forschungsergebnisse aus dem Verband informieren.



Die Fachtagungsteilnehmer.
(Foto: Carsten-Michael Pix / DFV)

In einer Workshop-Phase wurden elf führungsrelevante Themen praxisnah diskutiert. Dazu gehörten die Stärkung der Psychosozialen Notfallversorgung, der Wiederaufbau der Sozialarbeit nach dem Hochwasser „Bernd“, spontanes Engagement in der Krise, die Stärkung der Resilienz der Bevölkerung, Ethik im Bevölkerungsschutz und Ausbildungsbedarfe für die Führung in Großschadenslagen.

Am dritten Tag der Veranstaltung wurden im Plenum internationale und nationale Erfahrungen, die Kooperation in der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung und die Bedeutung des Humanitären Völkerrechts im Ukraine-Konflikt beleuchtet und diskutiert. Besonders eindrucksvoll war ein Interview mit Irina Boicheva, Head of Strategic Partnership and International Relations des Ukrainischen Roten Kreuzes, zu humanitärer Hilfe im bevorstehenden Winter.

Mit Worten des Abschieds und des Dankes von Thomas Mitschke als Leiter der BABZ und Klemens Reindl, dem Vorsitzenden des DRK-Ausschusses Ehrenamtlicher Dienst wurde die Veranstaltung abgerundet. Die Aufzeichnungen sind weiterhin online verfügbar über: <https://www.drk-lerncampus.de/fachtagung-ehrenamt/>



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben

Mobile Helfer: Die sinnvolle Ergänzung im Bevölkerungsschutz

Unter der Federführung der Johanniter-Unfall-Hilfe fördert das Projekt „Mobile Helfer“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (BAGEH) das Engagement der Bevölkerung, indem ungebundene Helfende systematisch gebündelt in Einsätze des Bevölkerungsschutzes integriert werden.

Als bei der Flutkatastrophe des Jahres 2021 Starkregen, Wassermassen und Erdbeben verheerende Schäden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz verursachten, machten sich spontan Tausende von Helfenden in die betroffenen Regionen auf, um den Menschen in dieser Extremsituation zu helfen. Dies zeigte einmal mehr: In außerordentlichen Notlagen und vergleichbaren Ausnahmesituationen sind der Zusammenhalt und die Hilfsbereitschaft in Deutschland enorm. Insbesondere ungebundene Helfende – die in keine feste Strukturen wie Hilfsorganisationen oder die Feuerwehr eingebunden sind – spielen in diesen Situationen eine wichtige Rolle.

Vor diesem Hintergrund fördert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die Konzeption und Realisierung des Projektes „Mobile Helfer“ durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe, in der die anerkannten deutschen Hilfsorganisationen ASB, DLRG, DRK, JUH und MHD vertreten sind. In Zusammenarbeit mit dem Mobile Retter e.V. ist das Hauptziel des Projektes, das Engagement der Bevölkerung zu fördern, indem ungebundene Helfende systematisch gebündelt in Einsätze des Bevölkerungsschutzes integriert werden. Gestartet ist das Projekt im November 2021, bis Ende 2022 soll eine erste Ausbaustufe der digitalen Plattform entwickelt werden. In der nächsten Antragsstufe soll die App „Mobile Helfer“ bis 2024 vollumfänglich ausgebaut werden und für ungebundene Helfende zur Verfügung stehen.

Bestehende Strukturen verbessern und unterstützen

„Mit dem Projekt und der App ‚Mobile Helfer‘ wollen wir eine sinnvolle Ergänzung im Bevölkerungsschutz schaffen. Wir entwickeln die Plattform in enger Absprache und Koordination mit den Krisenstäben, Feuerwehren und beteiligten Organisationen. Unser Ziel ist, die bestehenden



Stefan Hanke,
Projektkoordinator
„Mobile Helfer“.
(Foto: JUH)

Strukturen zu verbessern und zu unterstützen und damit die Begeisterung von Ehrenamtlichen für den Bevölkerungsschutz und die Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz zu fördern“, erläutert Ralf Sick, Projektleiter und Geschäftsbereichsleiter Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der Johanniter in der Bundesgeschäftsstelle. Aktuell wird die technische Infrastruktur entwickelt und in einer Dummy App bereitgestellt, die in einer Testphase von potentiellen Nutzern getestet werden soll. „Über die Plattform können sich zukünftig alle Interessierten als potenzielle ehrenamtliche Helfende in außerordentlichen Notlagen registrieren. Willkommen sind alle: unabhängig von ihren Erfahrungswerten und Fähigkeiten“, sagt Stefan Hanke, Projektkoordinator „Mobile Helfer“ aus dem Geschäftsbereich Bildung der Bundesgeschäftsstelle. Im Fall einer Katastrophe können so die Verantwortlichen durch eine dahinterliegende Datenbank Helfende passgenau zu den Bedarfen in diesem Einsatz anfragen. Dafür wird ein Einbindungskonzept gemeinsam mit Feuerwehren, Leitstellen und Krisenstäben erarbeitet, die im Einsatzfall entscheiden, wann, wo und wie viele spontan Helfende für welche Tätigkeiten gebraucht werden.

Passgenaue Angebote für jedes Engagement

Über die Einsatzanfragen hinaus werden den Interessierten auf ihre Bedarfe abgestimmte Angebote bereitgestellt wie allgemeine Informationen zum Bevölkerungsschutz, digitale Lernangebote bis hin zur Möglichkeit, die App mit der NINA-Warn App zu verknüpfen. Allgemein Interessierte können nach einer „Grundbesohlung“ in der zweiten Engagementstufe bei einfachen Tätigkeiten mitwirken wie Bauschutt wegräumen oder Sandsäcke befüllen. In der dritten Engagementstufe können Interessierte ihre Fähigkeiten hinterlegen - das können ein LKW Führerschein sein, Übersetzertätigkeiten, Erste-Hilfe- oder Pflegekenntnisse - und verifizieren lassen, um spezifisch alarmiert zu werden.

Zudem soll ein breites Ausbildungsangebot in Form von digitalen, hybriden und Trainings in Präsenz sowie ein aktives Ehrenamtsmanagement die jeweiligen Gruppen bestmöglich auf einen Einsatz vorbereiten, betreuen und vor Gefahren oder psychischer Überbelastung schützen. „Wir haben eine Fürsorge- und Sorgfaltspflicht. Deshalb wurde ein differenziertes und trotzdem niederschwelliges

Ausbildungsprogramm für alle mobilen Helfenden entwickelt, um das ungebundene Engagement zu fördern und die Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen“, betont Ralf Sick.

Aktuell sind bereits zwei Lern- und Infoangebote aus dem Projekt „Mobile Helfer“ auf der Lernplattform der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) verfügbar. Unter dem Link https://lernplattform-babz-bund.de/goto.php?target=cat_117237 erhalten Interessierte in einem Video Antworten auf Fragen zu Wie funktioniert eigentlich Bevölkerungsschutz in Deutschland? Wer wirkt dabei mit? Und wie kann ich selber einen Beitrag leisten? Weiterhin informiert ein Online-Kurs über Sicherheit, Vorsorge und Erste Hilfe in außerordentlichen Notlagen.

Telefon: 0173 9447728

Mail: stefan.hanke@johanniter.de

Weitere Informationen auf der Website

<https://mobile-helfer.org>



Malteser

...weil Nähe zählt.

Katholikentag – Eine Art Familientreffen

Nach vier Jahren Pause fand in Stuttgart endlich wieder der Deutsche Katholikentag statt. 450 Einsatzkräfte der Malteser aus ganz Deutschland waren dabei.

195 mal Hilfe vor Ort und 139 Fahrten für Menschen mit Beeinträchtigungen – so sieht die Bilanz der Malteser für den fünf Tage dauernden Deutschen Katholikentag aus, der rund um Christi Himmelfahrt in Stuttgart stattfand. Endlich wieder.

Katholikentag ist auch immer eine Art Familientreffen: aus allen Himmelsrichtungen kommen Malteser zusammen, arbeiten zusammen schlafen, frühstücken in der großen Gemeinschaftsunterkunft und begegnen alten Bekannten. Die Vorarbeit für den Deutschen Katholikentag



DKT 2022 - Sanitätsdienst beim Abschlussgottesdienst.
(Foto: MHD)

rund um Christi Himmelfahrt hatte Monate in Anspruch genommen. Und auch wenn in Stuttgart nur rund 30.000 Besucher und damit etwa ein Drittel des letzten Katholikentags 2018 in Münster gezählt wurden, war es eine Großveranstaltung.

Mit sechs festen Sanitätsstationen und vier mobilen Versorgungseinheiten sorgten die Helfer und Helferinnen der Malteser für die Erstversorgung der Besucher. Zwölf Rescue-Biker und vier Einsatzkräfte auf Motorrädern gewährleisteten eine schnelle Erreichbarkeit jedes Punkts des weitläufigen Geländes. Teams der Malteser Jugend begleiteten auf Wunsch Menschen mit Beeinträchtigung zu einzelnen Veranstaltungen oder auch über den ganzen Tag.

Und in neun Schulgebäuden betreuten die Malteser mehr als 3.000 Übernachtungen der Katholikentagsteilnehmer.

Zudem engagierten sich die Malteser auf dem Katholikentag bei Aktionen, auf Infoveranstaltungen und Podien, zum Beispiel zum Thema Migration und Integration, zur Teilhabe älterer Menschen und zum Umgang mit Sterbewünschen und Suizidassistenten. Außerdem boten sie Veranstaltungen zum Thema Demenz, eine Ausstellung von Bildern geflüchteter Künstler sowie bunte Aktionen der Malteser Jugend an. Gut besucht war auch der Stand der Malteser auf der großen Caritas-Meile – hier gab es frische Brötchen und Übungen zum Herzensretter.



Die Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung (UG-ÖEL) des Landkreises Bamberg

Kooperative Einbindung in die Gefahrenabwehr auf kommunaler Ebene

Die UG-ÖEL des Landkreises Bamberg ist als Regieeinheit beim Landratsamt Bamberg aufgestellt. Sie besteht derzeit aus 20 Ehrenamtlichen aus dem ganzen Landkreis, welche i. d. R. Erfahrungen aus einer Feuerwehr einbringen. Die Einheit verfolgt hinsichtlich ihrer personellen Besetzung einen integrativen Ansatz, in dem sie auch um Mitglieder aus anderen Organisationen mit ihren entsprechenden Expertisen wirbt. Die UG-ÖEL unterstützt im Katastrophenfall bzw. bei koordinierungsbedürftigen Einsätzen den Örtlichen Einsatzleiter und bei Bedarf auch Einsätze der Feuerwehr.

bindungen (u. a. Funk, Internet) zu den Einsatzkräften, der Integrierten Leitstelle und zu weiteren Behörden, das Erstellen von Lagekarten, Führen des Einsatztagebuches, die Einrichtung und das Kennzeichnen der Einsatzleitung sowie die Unterstützung der Einsatzleitung mit Personal und der entsprechenden Technik.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, stellt der Landkreis Bamberg folgende Ausrüstung zur Verfügung:



Führung der UG-ÖEL Landkreis Bamberg: von links Sebastian Pflaum (KBM EDV), Julian Hager (Leiter UG-ÖEL), Tino Hertel.

- Einsatzleitwagen (Mercedes-Benz Sprinter 516 CDI, Baujahr 2016) als Kommunikationsplattform für die örtliche Einsatzleitung mit drei Funkarbeitsplätzen
- Führungskraftwagen (VW T5 1.9 TDI 4 Motion, Baujahr 2007) mit umfangreicher Funkausrüstung; mit Allradantrieb als flexibles Universalfahrzeug
- Gerätewagen IuK (Mercedes-Benz Sprinter 312 D, Baujahr 2000 – ehemals Einsatzleitwagen (umgebaut im Jahr 2017 zum GW-IuK
- Satellitenanhänger zur Herstellung ortsunabhängiger Internetverbindungen
- Tandem-Kofferranhänger (Fertigstellung Ende 2022)

Zu den primären Aufgaben der UG-ÖEL gehören neben dem Herstellen und den Betrieb der Kommunikationsver-

bindungen ein erhöhter Koordinierungsbedarf zu erwarten ist (z. B. Brand Industrie, Zug-, Schiffs-, Flugzeugunglück)

Alarmiert wird die UG-ÖEL automatisch bei Einsatzstichwörtern, bei de-

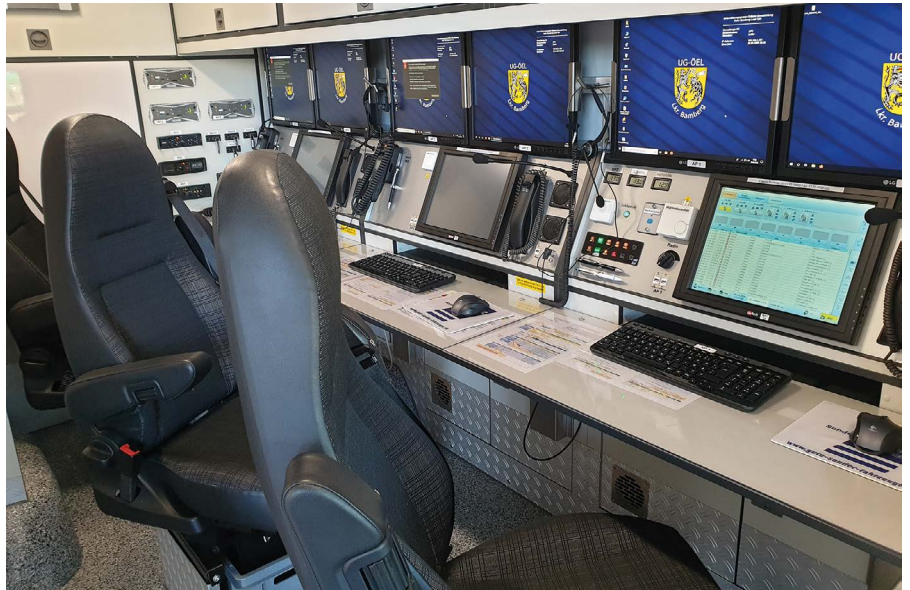
oder auf Anforderung des Einsatzleiters bzw. des Landratsamtes. Darüber hinaus kann die UG-ÖEL auch zur Führungsunterstützung der Feuerwehreinsatzleitung alarmiert und eingesetzt werden. Zukünftig wirkt die UG-ÖEL auch in der Drohnengruppe des Landkreises Bamberg aktiv mit. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Rattelsdorf wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe gebildet und die gemeinsame Beschaffung durch den Landkreis Bamberg vorbereitet und in die Wege geleitet. Ausbildung und Einsätze erfolgen zusammen mit der Feuerwehr Rattelsdorf.

Neben den Einsätzen gehören die Wartung bzw. das Herstellen der ständigen Einsatzbereitschaft der Technik und Fahrzeuge zu den Aufgaben. Hierfür gibt es intern verschiedene Arbeitsbereiche, welche eigenständig die entsprechenden Aufgaben wahrnehmen und die Einsatzfähigkeit der Einheit gewährleisten. Selbstverständlich gehören auch gesellige Abende zur Förderung des Zusammenhalts in der Gruppe dazu.

Durch fachliche Lehrgänge an der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried, eigene praktische und theoretische Ausbildungen und die Teilnahme an entsprechenden Übungen innerhalb des Landkreises werden die Helfer geschult und das Wissen bzw. die Fähigkeiten vertieft. Ebenso finden einmal im Jahr im Rahmen einer Ausbildung der UG-ÖEL Betriebsbesichtigungen in Betrieben im Landkreis Bamberg statt. Hierbei kann mit den Betreibern Kontakt aufgenommen werden, Informationen auch für Einsatzzwecke in Erfahrung gebracht und die hinterlegten Alarmpläne aktualisiert werden können.

Vom 15. – 21. August 2021 war die UG-ÖEL Teil des Hilfeleistungskontingents Ölwehr des Freistaates Bayern (Stadt und Landkreis Bamberg) und unterstützte bei der Fluthilfe im Ahrtal. Vor Ort wurde die Einsatzleitung des Kontingents aufgebaut, ein Bürgertelefon für die Anwohner geschaltet und durch die Kontingenteilnehmer der UG-ÖEL betrieben. Mittels Flugblätter wurde vor Ort auf das Bürgertelefon hingewiesen. Betroffene Bürger konnten so direkt mit dem Kontingent

in Verbindung treten. Die Aufgabe vor Ort war die Koordination der Kräfte des Kontingents. Hierfür wurden den Einsatzkräften und den entsprechenden Kontingent-



Blick in den Einsatzleitwagen

Fahrzeugen Erkundungs-, Pump- und Transportaufträge zugewiesen. Besonderer Dank gilt allen Einsatzkräften



Fahrzeuge der UG-ÖEL Landkreis Bamberg
(Fotos: UG-ÖEL)

aller Organisationen, welche mit dem Kontingent in dieser Zeit hervorragend zusammengearbeitet und die Unterkunft vor Ort versorgt haben.

Weitere Informationen unter www.ug-bamberg-land.de <<http://www.ug-bamberg-land.de/>> oder auf Facebook oder Instagram.

*Julian Hager
Leiter der UG-ÖEL (Regie) des Landkreises Bamberg*

Mit neuem Handbuch in sechs Schritten zur erfolgreichen Risikokommunikation

Corona-Pandemie, Starkregenereignisse und auch der Ukraine-Krieg – viele Ereignisse der letzten Jahre haben noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Risiken sowie Vorsorgemaßnahmen und Verhaltensempfehlungen ist. Um Behörden und Organisationen bei ihrer Kommunikationsarbeit zu unterstützen, haben das BBK und das Bundesamt für Risikobewertung (BfR) gemeinsam ein Handbuch verfasst.



Titelblatt des Handbuchs.
(Foto: BBK)

„Risikokommunikation – Ein Handbuch für die Praxis“ liefert einen übersichtlichen Einstieg in das Thema Risikokommunikation, erläutert relevante wissenschaftliche und rechtliche Grundlagen und gibt mit Checklisten Hilfestellungen für die Entwicklung eigener Risikokommunikationsstrategien. „Wir wollen die Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Bedarfen und Bedürfnissen unterstützen und damit ihre Resilienz gegenüber Krisen stärken. Hier ist es wichtig, die Bevölkerung als Partner zu begreifen. Dazu bedarf es eines Dialogs mit der Bevölkerung - wir nennen es Sicherheitspartnerschaft. Das kann nur durch eine transparente und dialogorientierte Risikokommunikation erfolgen.“

Wir freuen uns deshalb sehr, dass unser gemeinsames Handbuch hierbei einen wertvollen Beitrag leistet und sind sehr dankbar, mit dem Bundesamt für Risikobewertung einen so kompetenten Partner für dieses Projekt gefunden zu haben“, betont BBK-Präsident Ralph Tiesler. Das Handbuch ist als PDF ver-

fügbar und kann kostenfrei bestellt werden unter www.bbk.bund.de/

BBK, DFV und vfdb wollen Fähigkeiten der Menschen in Selbstschutz und -hilfe stärker fördern

Präsidenten unterzeichnen Vereinbarung für enge Kooperation

Schwere Unwetter, Überschwemmungen, Brandkatastrophen, Pandemien: Nicht immer können professionelle Helferinnen und Helfer bei Großereignissen sofort zur Stelle sein.

Eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), dem Deutschen Feuerwehrverband (DFV) und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) soll jetzt dazu beitragen, die Selbstschutzfähigkeiten in der Bevölkerung noch stärker zu fördern.

Am 7. November 2022 unterzeichneten BBK-Präsident Ralph Tiesler, DFV-Präsident Karl-Heinz Banse und vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner die Vereinbarung. Sie sieht unter anderem vor, dass im Rahmen der Brandschutzerziehung beispielsweise in Schulen und Betrieben künftig verstärkt auch Fähigkeiten im Bereich Selbstschutz und -hilfe vermittelt werden.

Bereits seit langem setzen sich die drei Institutionen dafür ein, dass die private Notfallvorsorge und das Wissen um richtiges Handeln in Notsituationen als wichtige Bausteine zur Steigerung der Selbstschutzfähigkeit der Gesamtgesellschaft (Resilienz) mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Die erste gemeinsame Projektarbeit nach Unterzeichnung der Vereinbarung erfolgte im Rahmen des Forums Brandschutzerziehung und -aufklärung (BE-BA) am 11. und 12. November in Saarbrücken.

Gemeinsame Arbeit an Bildungsangeboten

Kernpunkte der vereinbarten Kooperation sind

- ein regelmäßiger fachlicher Austausch,

- die gemeinschaftliche Ausarbeitung von Aufklärungs- und Bildungsangeboten
 - sowie die gemeinsame Nutzung von Ressourcen bei der Verbreitung dieser Angebote in der Bevölkerung.
- Den inhaltlichen Hintergrund der Zusammenarbeit bilden hierbei durchgehend die Themen Selbstschutz und Selbsthilfe.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<https://www.bbk.bund.de>

Redaktion: Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein,
Tel.: 022899-550-3609
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein
Petra Liemersdorf-Strunk

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November),
Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert.
Bestellungen und Adressänderungen bitte an:
redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Titelbild: Schmitt

Heute: Frauenkirche in Dresden, Sachsen



Die Frauenkirche, das berühmteste Wahrzeichen Dresdens, blickt auf eine lange Geschichte zurück. Sie ist nicht nur als historischer Sakralbau aufgrund ihrer Baukunst von Bedeutung; darüber hinaus stellt sie als identitätsstiftendes Kulturdenkmal in ihrer heutigen Form ein außergewöhnliches Zeugnis für das bürgerschaftliche Engagement nach Frieden dar. Damit ist sie nach der Haager Konvention ein besonders schützenswertes Gut, welches auch für die kommenden Generationen bewahrt werden sollte.



Frauenkirche Dresden.
(Foto: Stiftung Frauenkirche Dresden / Oliver Killig)

Der Ursprung im Mittelalter und die Barock-Blütezeit

Bereits im 11. Jahrhundert wurde die Frauenkirche (ursprünglich Kirche Unserer Lieben Frau) urkundlich erwähnt. Diese und weitere Vorgängerkirchen des späteren Barockbaus am Dresdner Neumarkt waren der Hl. Maria geweiht und trugen den Namen Frauenkirche.

1722 beauftragte der Rat der Stadt Dresden Ratszimmermeister George Bähr mit dem Neubau der marode gewordenen Vorgängerkirche. Als bedeutendster Kuppelbau nördlich der Alpen zählt die von 1726-1743 entstandene Frauenkirche Dresden zu den wichtigsten Werken europäischer Kultur- und Baugeschichte. Bährs Kirche wurde zum Wahrzeichen der Stadt: Die in barockem Stil gebaute Sandsteinkirche galt als Sinnbild des protestantischen Kirchbaus und prägte mit ihrer Kombination aus dem achteckigen Zentralbau und der eindrucksvollen, glockenförmigen Kuppel zweihundert Jahre die Stadtsilhouette Dresdens.

Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg

Dieser Ruhm überdauerte mehrere Jahrhunderte und entwickelte sich, verstärkt durch die Zerstörung der Stadt

kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs, schließlich zur Gedächtniskultur an das „alte Dresden“ und die Frauenkirche. Am 13. Februar 1945 fiel der von Deutschland ausgegangene Krieg auf Dresden zurück: Zunächst hielt die Kirche den Bomben stand und bot etwa 300 Frauen und Kindern Schutz, die vor den verheerenden Flammen geflüchtet waren. Diese Menschen konnten gerettet werden, doch zwei Tage nach der Bombardierung der Stadt stürzte die Kirche ausgebrannt in sich zusammen.

Die Frauenkirche als Mahn- und Symbol der Hoffnung auf Frieden

Die Ruine der Kirche sollte noch lange als Mahnmal des Krieges eine Wunde im Stadtbild und im Herzen der DresdnerInnen bleiben. 1966 deklarierte der Rat der Stadt Dresden die Kirchentrümmer offiziell zum „Mahnmal für die Opfer des Bombenkrieges“ und ließ eine Gedenktafel anbringen. Fast Fünfzig Jahre lang prägte die Ruine das Stadtbild und die Erinnerungskultur. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands begannen Anfang 1993 die archäologische Enttrümmerung und 1994 schließlich der Wiederaufbau der Kirche unter Verwendung historischer Originalsteine. Tatsächlich wurden 115 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Kirche durch private Spenden aus aller Welt generiert.

Die Frauenkirche als Ort der Versöhnung

Als Ausdruck der Verbundenheit der Menschen aus der ganzen Welt mit dem Schicksal der Frauenkirche lässt sich das rekonstruierte Kuppel-Kreuz – das von britischen Handwerkern hergestellt wurde – als symbolischer Akt der Versöhnung sehen. Die wiedererrichtete Dresdner Frauenkirche besteht zu etwa 43 Prozent aus historischem Steinmaterial.

Das Miteinander aus Alt und Neu veranschaulicht, dass die Vergangenheit stets ein Teil der Gegenwart ist und dass Wunden heilen können. Es gilt, dieses einmalige Kulturdenkmal für die Menschheit zu bewahren und angesichts des derzeitigen Krieges in Europa als friedens- und sinnstiftendes Gut zu schützen. Die wiedererrichtete Dresdner Frauenkirche ist ein einzigartiges Symbol: Sie gemahnt an die zerstörerische Gewalt des Krieges und ist zugleich sichtbares Zeichen der Kraft des Friedens und der Versöhnung.

Weiterführende Informationen zur Frauenkirche auf <https://www.frauenkirche-dresden.de/>

Sabina Libertini / BBK

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn

